

Die Pläne zur Vermögensdekonzentration

*Darstellung und kritische Würdigung
unter besonderer Berücksichtigung
des erreichbaren Dekonzentrationsgrades*

*Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät
der Albert-Ludwigs-Universität zu Freiburg im Breisgau*

*vorgelegt von
Diplom-Volkswirt
Bruno Dietrichs
aus Hannover*

1964

Die Pläne zur Vermögensdekonzentration

*Darstellung und kritische Würdigung
unter besonderer Berücksichtigung
des erreichbaren Dekonzentrationsgrades*

*Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
der Rechts-und Staatswissenschaftlichen Fakultät
der Albert-Ludwigs-Universität zu Freiburg im Breisgau*

*vorgelegt von
Diplom-Volkswirt
Bruno Dietrichs
aus Hannover*

1964

Dekan: Professor Dr. Konrad Hesse
Referent: Professor Dr. J. Heinz Müller
Korreferent: Professor Dr. Alois Oberhauser

Tag der mündlichen Prüfung: 19./20. Februar 1964

Meinen lieben Eltern



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Gliederung

Seite

<u>Einleitung</u>	1
 Teil I : <u>Die Pläne zu einer breiten Streuung der</u> <u>Vermögen</u>	 3
A. Allgemeine Grundlagen	3
1) Die Ausgangssituation.....	3
2) Die Ziele	8
3) Ansatzpunkte zur Änderung der Vermögensverteilung	10
B. Die einzelnen Pläne	14
1) Privatisierung	14
2) Investivlohn-Plan (auf der Grundlage des theoretischen Konzepts v. Nell-Breunings) ..	18
3) Förderung des freiwilligen Sparens (Schreiber)	24
4) Änderungen des Steuersystems (Föhl)	34
5) Vermögensabgabe (SPD)	41
6) Sozialkapitalfonds und Werksge- nossenschaften (DGB, DAG und Sozial- ausschüsse der CDU)	44
7) Sozialkapitalfonds (Gleitze/Büttner)	47
8) Sachwertlohn-Plan (Bachmann)	49
 Teil II : <u>Der angestrebte Dekonzentrationsgrad</u>	 56
A. Versuch der Gewinnung eines Maßes zur Beurteilung der Dekonzentrationswirkung der Pläne	56
1) Die Festlegung eines geeigneten Konzentrationsmaßes	56
2) Einzelprobleme der Gleichverteilung im Lorenz-Maß	58
a) Das Erwerbsvermögen als Gesamt- merkmalsbetrag	58
b) Die Erwerbsperson als Grundgesamtheit - Probleme der Gleichverteilung	63
3) Modelltheoretische Analyse der Dekonzentrationswirkungen	67

B. Die Dekonzentrationswirkungen bei Realisierung einzelner Pläne	80
1) Die Dekonzentrationswirkung einer Privatisierung öffentlichen Erwerbsvermögens	80
2) Die zeitlich begrenzte Umverteilung einer bestimmten Quote der Vermögenszuwächse im Plan v. Nell-Breunings	95
3) Die zeitlich nicht begrenzte Umverteilung einer bestimmten Quote der Vermögenszuwächse in den Plänen von Bachmann, Schreiber, Gleitze/Büttner und im SPD-Plan	96
4) Quantitativ unbestimmte Dekonzentrationswirkungen einiger Pläne (Föhl, DGB, DAG und Sozialausschüsse der CDU)	105

Teil III: <u>Die Begrenzung der erreichbaren Vermögensdekonzentration unter Berücksichtigung der Einkommensverteilung</u>	109
A. Die Bedeutung der Einkommensverteilung für die erreichbare Vermögensdekonzentration	109
B. Die Veränderungen der Einkommensverteilung bei einer dekonzentrierten Vermögensverteilung ...	111
1) Beziehungen zwischen Vermögens- und Einkommensverteilung	111
2) Änderungen in der Einkommensverteilung bei Annahme einer Gleichverteilung der Vermögen	118
C. Voraussetzungen zur Aufrechterhaltung der erreichten Vermögensdekonzentration	128
1) Die Aufrechterhaltung einer erreichten Vermögensdekonzentration durch verschärfte Progressivbesteuerung der Vermögen und Einkommen	128
a) Progressivbesteuerung der Vermögen	128
b) Progressivbesteuerung der Einkommen zwecks Aufrechterhaltung einer erreichten Vermögensgleichverteilung ...	132
2) Die Aufrechterhaltung eines bestimmten Vermögensdekonzentrationsgrades	139
<u>Schlußbetrachtung</u>	145

Einleitung

In der Bundesrepublik Deutschland wird die sozial- und wirtschaftspolitische Frage sehr lebhaft diskutiert, ob und gegebenenfalls welche Möglichkeiten zu einer Änderung der herrschenden Vermögensverteilung bestehen. Allen diesbezüglichen Plänen ist gemeinsam, daß sie den heutigen Zustand der Vermögensverteilung als unbefriedigend ansehen. Der Stein des Anstoßes ist die Tatsache, daß die breite Schicht der Arbeitnehmer sehr weitgehend von der Teilnahme an der Vermögensneubildung seit der Währungsreform ausgeschlossen ist. Ausgehend von dieser Kritik werden ganz unterschiedliche Wege vorgeschlagen, eine Umgestaltung der Vermögensstruktur in Richtung auf eine stärkere Dekonzentration zu erreichen.

Es soll nicht das Ziel dieser Arbeit sein, einen weiteren Plan der vorhandenen grossen Zahl hinzuzufügen. Auch geht es nicht - oder nur am Rande - darum, die Pläne auf die Möglichkeit ihrer Verwirklichung hin zu untersuchen. Dafür kann auf eine Reihe anderer Veröffentlichungen verwiesen werden.¹⁾ Das Ziel der vorliegenden Arbeit besteht vor allem darin, eine Antwort auf die Frage zu geben, welcher Dekonzentrationsgrad der Vermögen sich mit Hilfe der einzelnen Pläne im Falle ihrer Realisierung erreichen lässt.

Um diese Frage beantworten zu können, werden im I. Hauptteil - nach einer kurzen einleitenden Darstellung der allgemeinen Grundlagen der breiten Vermögensstreuung - die einzelnen Pläne hinsichtlich ihrer Umverteilungsziele untersucht.

1) Vgl. z.B. Littmann, Konrad, Über einige Zwangsläufigkeiten der Vermögensverteilung in der Marktwirtschaft, Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 113, 1957, S. 205 ff.; Spiegelhalter, Franz, Eigentumsbildung. Pläne und Möglichkeiten, Neuwied/Rhein 1959; Fandré, Helmut, Zum Problem der Streuung des Eigentums an Unternehmen, Berlin 1961; v. Loesch, Achim, Zur Problematik des Miteigentums, Berlin 1961 und die dort angegebene Literatur.

Im II. Hauptteil wird ein Maß für den Konzentrationsgrad aufgestellt. Dieses Maß ist zwar keineswegs immer identisch mit den Maßen, die den einzelnen Plänen zugrunde liegen, aber es bildet gewissermaßen die Norm, mit deren Hilfe die Wirkung der Pläne gemessen werden kann. Dieses Konzentrationsmaß wird sodann auf die einzelnen Pläne angewendet, um zu zeigen, welcher Dekonzentrationsgrad im Falle der Realisierung erreicht werden kann.

Um das in Teil II entwickelte Konzentrationsmaß auf die einzelnen Pläne anwenden zu können, ist es erforderlich, die in den Plänen enthaltenen Quantifizierungsbeispiele zu verallgemeinern. Es wird unterstellt, daß im Falle der Realisierung die in einem Plan angenommene Umverteilungsquote tatsächlich durchgesetzt wird.

Ob sich der jeweils aus den Plänen ergebende Dekonzentrationsgrad wirklich erreichen läßt, hängt nicht nur von den allgemeinen Bedingungen (wie z.B. Geldwertstabilität, kollektive Vermögensbildung der Arbeitnehmer usw.) ab, die in den meisten Plänen enthalten sind. Es können vielmehr die zwischen den personellen Verteilungen der Einkommen und der Vermögen bestehenden engen Beziehungen beschränkend auf den erreichbaren Dekonzentrationsgrad der Vermögen wirken. Die sich aus der Einkommensstruktur ergebende Begrenzung der erreichbaren Vermögensdekonzentration, die nur in einigen Plänen durch redistributive Eingriffe in die Einkommensverteilung und in die Vermögensverteilung überwunden werden soll, wird im III. Hauptteil erörtert.

Teil I : Die Pläne zu einer breiten Streuung der Vermögen

A. Allgemeine Grundlagen

1) Die Ausgangssituation

In den verschiedenen Plänen zur Änderung der heute herrschenden Vermögensverteilung in Richtung auf eine Dekonzentration wird die Ausgangslage ganz allgemein mit folgender Feststellung umrissen: Die Entwicklung der Vermögensbildung seit der Währungsreform 1948 zeigt eine einseitige Verteilung der privaten Vermögenszuwächse zugunsten der Bezieher von Besitzeinkommen.¹⁾ Dabei ist der Substanzzuwachs der Unternehmen überwiegend aus unverteilteten Gewinnen im Wege der Selbstfinanzierung entstanden. Auch die Ersparnisse der privaten Haushalte sind zum größten Teil aus ausgeschütteten Dividenden und Zins-einkommen gebildet worden, der aus den Arbeitseinkommen entstammende Teil der Ersparnisse ist dagegen sehr gering.²⁾

Die Verteilung des gesamtwirtschaftlichen Vermögenszuwachses (gemessen an der laufenden Ersparnisbildung einschl. Vermögensübertragungen des Auslandes) auf Staat, Unternehmen und private Haushalte im Zeitraum 1950 bis 1962 zeigt einen durchschnittlichen Anteil des Staates von 36,9 %, der Unternehmen von 39,1 % und der pri-

1) Carl Föhl (Über die Möglichkeiten einer Beeinflussung der Vermögensbildung und ihrer Verteilung, Finanz-archiv, N.F., Bd. 19, 1958/59, S. 132) bemerkt hierzu: "Es ist kaum übertrieben, wenn geltend gemacht wird, daß der in der Bundesrepublik in den zehn Jahren seit der Währungsreform erwirtschaftete Vermögenszuwachs, der mit rund 120 Mrd. DM beziffert werden kann, nahezu in voller Höhe den Beziehern von Besitzeinkommen zugefallen sei."

2) Vgl. auch Oberhauser, Alois, Die wirtschaftlichen Auswirkungen und Grenzen des Investivlohnes, Paderborn o.J., S. 14 ff.

vaten Haushalte von 24,0 % (vgl. Tabelle 1). Ein Vergleich der Vierjahresdurchschnitte dieser Anteile für 1950 - 1953, 1954 - 1957 und 1958 - 1961 zeigt für die Unternehmen einen durchschnittlich fast unveränderten Anteil und für den Staat eine Verminderung. Im Rahmen dieser Entwicklung hat sich der Spielraum für die Beteiligung der privaten Haushalte an der gesamtwirtschaftlichen Vermögensneubildung geringfügig ausgedehnt, nicht zuletzt auch infolge eines schnelleren Wachstums der gesamten privaten Ersparnisbildung im Vergleich zur gesamten Vermögensneubildung.

Die Kritik hat sich schon an diesem nur sehr global gekennzeichneten Verteilungsergebnis entzündet. Es wird festgestellt, daß die Vereinigung von rund Dreiviertel des Vermögenszuwachses auf Staat und Unternehmen zu wenig Raum lasse für eine befriedigende Vermögensbildung im Bereich der privaten Haushalte.¹⁾ Der hohe Anteil der öffentlichen Hand an der volkswirtschaftlichen Vermögensbildung ist hauptsächlich aus dem Steueraufkommen finanziert worden. Es wird bestritten, daß eine öffentliche Vermögensbildung in diesem Umfange notwendig ist, da ein Teil dieser neu gebildeten Vermögen bei niedrigeren Steuern über Anleihefinanzierungen den Haushalten zufallen könnte, ohne daß der öffentlich-rechtliche Status der Einrichtungen (z.B. der öffentlichen Anlagen zur Verkehrs- und Energieversorgung) davon berührt würde.²⁾ Die umfangreiche öffentliche Vermögensbildung ist symptomatisch für ein weites Vordringen öffentlicher Wirtschaftstätigkeit (mit einem Anteil von rund 40 % am Sozialprodukt) und steht für viele Kritiker im Widerspruch zum Ordnungsbild einer Marktwirtschaft, die gemäß ihren klassisch-liberalen Wurzeln die wirtschaftliche Aktivität des Staates auf ein Optimalmaß beschränken möchte.

1) Vgl. Wolkersdorf, Lorenz, Zur Frage der Vermögensbildung in breiten Schichten, Finanzarchiv, N.F., Bd. 20, 1959/60, S. 88

2) Vgl. Schreiber, Wilfrid, Vermögensbildung in breiten Schichten, Schriftenreihe des Bundes katholischer Unternehmer, N.F. 4, Köln 1958, S. 61 ff.

Tabelle 1: Die Vermögens- und Ersparnisbildung in der BRD 1950 - 1962 a)

A. Vermögensbildung (Mrd. DM)												
	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961 1962 ^{b)}
Sachvermögensbildung insgesamt	11,7	14,2	18,2	18,0	22,7	32,2	32,8	33,6	34,3	40,5	51,6	56,7 60,6
davon: Unternehmen ^{c)}	10,0	11,7	15,3	14,5	19,0	27,2	27,9	28,6	28,6	33,4	43,1	46,6 48,4
öff. Haushalte	1,7	2,5	2,9	3,5	3,8	5,0	4,9	5,0	5,7	7,0	8,5	10,0 12,2
Nettozuwachs der Forderungen an die übrige Welt	0,3	3,1	2,8	4,0	3,6	2,2	4,2	5,6	5,6	4,4	3,6	0,7 -1,6
Nettovermögensbildung	12,0	17,2	21,0	22,0	26,3	34,4	37,0	39,2	39,9	44,8	55,2	57,4 58,9
desgl. in % des Nettosozialprodukts zu Marktpreisen	13,7	16,1	17,2	16,6	18,4	21,0	20,6	20,1	19,1	19,8	21,4	20,2 19,2
B. Laufende Ersparnis (in %)												
Private Haushalte	17,1	13,4	20,7	24,7	25,3	20,0	19,0	28,3	32,0	31,6	27,4	30,3 32,3
Unternehmen (nicht entnommene Gewinne)	38,8	43,8	39,9	26,3	29,7	39,3	39,6	35,2	36,3	33,8	33,3	27,4 22,5
öff. Haushalte (Überschuß der laufenden Rechnung)	28,8	35,2	38,3	49,0	45,2	40,9	41,9	37,3	32,4	36,9	41,4	46,8 47,2
Saldo der Vermögensübertragungen des Auslands und Berlins(West)	15,3	7,6	1,1	0,0	-0,2	-0,2	-0,5	-0,9	-0,8	-2,3	-2,0	-4,5 -2,0
C. Ersparnis einschl. Vermögensübertragungen (in %)												
Private Haushalte	16,3	13,5	20,9	27,9	30,5	19,3	16,8	25,2	29,2	28,6	25,9	28,6 29,6
Unternehmen	43,0	43,4	39,7	25,9	29,6	42,5	43,5	42,6	46,5	42,2	40,7	35,6 32,9
öff. Haushalte	40,7	43,1	39,4	46,2	39,9	38,2	39,7	32,2	24,3	29,1	33,4	35,8 37,5
	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

a) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.- b) Vorläufiges Ergebnis.- c) Einschliesslich Wohnungsbau - 1959:11,6, 1960:13,1, 1961:14,9, 1962:16,4 Mrd. DM

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Juli 1960, S. 56/57; Juli 1962, S. 58 u. 60; Mai 1963, S. 4/5 u. 15.

Die Vermögensbildung im Bereich der Unternehmen wird zum Gegenstand kritischer Auseinandersetzungen, weil sie auf einer nach herrschender Ansicht stark überhöhten Selbstfinanzierungsrate der gewerblichen Wirtschaft, insbesondere der Industrie beruhe. Diese hohe Selbstfinanzierung sei zu Lasten der Endverbraucher gegangen, die sie über überhöhte Preise getragen hätten.¹⁾ Oder wie Preiser es formuliert, wird der Konsument zugunsten einer hohen Selbstfinanzierung mittels überhöhter Preise "ausgebeutet"²⁾. Es wird allerdings von anderer Seite hervorgehoben, dass die hohe Selbstfinanzierungsrate in den ersten Jahren nach der Währungsreform erforderlich und ihre starke steuerliche Begünstigung insofern gerechtfertigt gewesen sei, weil der rasche Wiederaufbau des zu einem großen Teil zerstörten und demontierten Produktionsapparates der westdeutschen Wirtschaft nur auf diesem Weg der Finanzierung möglich wurde. Wären die entsprechenden Beträge den Arbeitnehmern als zusätzliche Einkommen zugeflossen, so hätten sie bei dem damals bestehenden hohen Nachholbedarf sofort konsumtive Verwendung gefunden. Für die zweite Hälfte der fünfziger Jahre verliert dieses Argument aber erheblich an Bedeutung, da seither eine Konsolidierung der wirtschaftlichen Verhältnisse eingetreten und auch die Funktionsfähigkeit des Kapitalmarktes verbessert worden ist, so dass sich die Finanzierung der Investitionen nicht mehr in dem gleichen Maße in den Unternehmen selbst vollziehen müsste. Tatsächlich ist aber auch nach dem Abklingen der Wiederaufbauperiode, das noch in die erste Hälfte der fünfziger Jahre fällt, keine wesentliche Minderung der industriellen Selbstfinanzierungsquote eingetreten.

1) Vgl. v. Nell-Breuning, Oswald, Wirtschaft und Gesellschaft heute, Bd. 1: Grundlagen, Freiburg 1956, S. 438 f.

2) Vgl. Preiser, Erich, Multiplikatorprozess und dynamischer Unternehmergewinn, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 167, 1955, S. 121

Die mangelnde Beteiligung der unselbständig Beschäftigten an der gesamten privaten Vermögensbildung wird darauf zurückgeführt, daß sich die Bereitwilligkeit dieser Bevölkerungsschichten zum freiwilligen Sparen in den vergangenen Jahren kaum erhöht hat. Es kann sogar vermutet werden, daß ihre Sparwilligkeit trotz des gestiegenen Einkommens nicht zugenommen hat, weil sie ihren Konsum an einem laufend gesteigerten Lebensstandard orientiert haben und sich immer weniger fähig fühlten, die Quote ihrer Vermögensbildung aus laufenden Einkommen wesentlich zu erhöhen.¹⁾ Eine Vermögensbildung in breiten Schichten der Bevölkerung erscheint auch insofern erschwert, als gerade die kleinen Vermögen in Form von Sparkonten, Bausparverträgen, Lebensversicherungen usw. durch die laufende Geldentwertung betroffen werden, während die grossen Vermögen, die überwiegend Sachwertbesitz darstellen, dadurch nicht betroffen bzw. relativ sogar noch begünstigt werden. Die Anlage kleiner Vermögen als Sachwertbesitz ist aber meistens nicht möglich, weil sie eine bestimmte Mindesthöhe des angesparten Geldvermögens voraussetzt. Eine gewisse Benachteiligung der kleinen Geldvermögen ergibt sich auch daraus, daß beim freiwilligen Sparen aus hohen Einkommen die steuerliche Begünstigung²⁾ bis etwa 1958 sehr viel stärker zum Zuge kam als beim Sparen aus kleinen Einkommen, so daß der bei höheren Sparbeträgen an sich schon leichtere Übergang zur Sachwertanlage relativ noch erleichtert war.

1) Vgl. hierzu Müller, J. Heinz, Wirtschaftliche Fragen der Bildung breitgestreuten Eigentums, Ordo, Bd. 10, 1958, S. 297 f.; Huhle, Fritz, Sparwille und Sparfähigkeit als Komponenten der Spartätigkeit, in: Beiträge zur Theorie des Sparens und der wirtschaftlichen Entwicklung, Schriften des Instituts für Spar-, Giro- und Kreditwesen, Bd. 1, Berlin 1958, S. 85 ff.

2) Vgl. Jecht, Horst, Finanzpolitik und Kapitalbildung, Tübingen 1958, S. 12 f.

2) Die Ziele

Ausgehend von dieser, als wirtschafts- und sozialpolitisch unbefriedigend empfundenen Situation - Jostock bezeichnet sie geradezu als "sozialen Skandal"¹⁾ - fordert eine Reihe von Autoren eine breitere Vermögensstreuung. Die Bildung breitgestreuten Vermögens, die vor allem die vom Vermögensbesitz bisher weitgehend ausgeschlossenen Schichten der Bevölkerung, insbesondere der Arbeitnehmer, begünstigt, erscheint in den jeweiligen Plänen nicht als ein sogenanntes 'letztes' Ziel, sondern lediglich als ein im wirtschaftlichen Bereich liegendes Zwischenziel, dessen Realisierung gewährleisten soll, dass eine ganze Reihe allgemeiner Ziele ausserhalb des engeren Bereichs der Wirtschaft erreicht wird. Das wirtschaftspolitische Ziel einer Vermögensdekonzentration kann in dieser Sicht als die noch im ökonomischen Bereich liegende Bündelung bestimmter ausserökonomischer Zielsetzungen angesehen werden. Diese Fernziele liefern die Motive für eine Dekonzentrationspolitik. Unter Motiven werden hier Vorstellungen über gesellschafts- und sozialpolitische Ideale verstanden;²⁾ die Politik einer breitgestreuten Vermögensbildung bzw. einer Vermögensdekonzentration stellt dann das wirtschaftspolitische Mittel zur Erreichung dieser Ideale dar.

Unter den gesellschaftspolitischen Motiven für eine breite Streuung des Vermögens sei hier als erstes aufgeführt, dass eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auf der Institution des Privateigentums basieren und diese Institution von der Mehrheit der Bevölkerung getragen sein soll. Der Besitz von Vermögen vermittele neben wirtschaftlichen und sozialen Vorteilen vor allem die Möglichkeit zur Entfaltung der Persönlich-

1) Vgl. Jostock, Paul, Das Sozialprodukt und seine Verteilung, Paderborn o.J., S. 38

2) Vgl. Michel, Hartmut, Eigentumspolitik, Tübingen 1962, S. 58 ff.

keit, indem er einen zusätzlichen Bereich persönlicher Freiheit sichere. Im Zusammenhang hiermit wird auch hervorgehoben, daß bestimmte Vermögenswerte als sogenanntes 'bergendes Eigentum' zu einer Festigung der Familie beitragen und damit zugleich auch die Grundlagen des gesellschaftlichen und politischen Lebens stärken.

Von diesen allgemeinen gesellschaftspolitischen Motiven für eine breitgestreute Vermögensbildung sind die sozialpolitischen Motive zu unterscheiden¹⁾, die auf eine Minderung der Klassengegensätze im Sinne einer "gerechteren" Verteilung von Einkommen und Vermögen und eine Verstärkung der "sozialen Sicherheit" der Arbeitnehmer abstellen. Sie lassen sich wie folgt umreißen: Die Bedeutung des Vermögensbesitzes für den wirtschaftlichen Status des Einzelnen ergibt sich einmal aus den einkommenserhöhenden Wirkungen des Vermögens. Es wird argumentiert, daß vermögensbedingte Einkommenssteigerungen breiten Schichten der Bevölkerung einen höheren Lebensstandard eröffnen könnten. Die bisher weitgehend vermögenslose Schicht der Arbeitnehmer würde aus ihrer einseitigen Abhängigkeit vom Arbeitseinkommen gelöst; dadurch könnten ganz allgemein die sozialen Spannungen zwischen Arbeit und Kapital gemildert werden.²⁾ Außerdem könne der einzelne Arbeitnehmer wirtschaftliche Chancen wahrnehmen, so z.B. seine Arbeitskraft besser verwerten, indem ihm sein vermögensbedingtes Einkommen ein längeres Abwarten erlaube. In bestimmten Fällen könne sich der Arbeitnehmer leichter

1) Wir folgen hier der traditionellen Unterscheidung zwischen gesellschafts- und sozialpolitischen Zielen, nach der das Objekt der Sozialpolitik in den wirtschaftsendogenen Erscheinungen der gesellschaftlichen Schichtung gesehen wird (vgl. Heyde, Ludwig, Abriß der Sozialpolitik, 10. Aufl., Heidelberg 1953, S. 11), während die Gesellschaftspolitik mit höherem Abstraktionsgrad diese wirtschaftlichen neben anderen (z.B. kulturellen, soziologischen usw.) Erscheinungen des Gesellschaftlichen umfaßt.

2) Vgl. hierzu und zum folgenden Müller, J. Heinz, Wirtschaftliche Fragen der Bildung breitgestreuten Eigentums, a.a.O., S. 291

selbständig machen. Ferner wird darauf hingewiesen, daß Vermögensbesitz oftmals den sozialen Aufstieg erleichtere. Ein letztes, oft betontes Argument ist die durch Vermögensbesitz gegebene Sicherheit des Einzelnen gegen Notfälle. Diese im wesentlichen sozialpolitisch bestimmten Argumente für eine breitgestreute Vermögensbildung sind zwar nicht unkritisiert geblieben, kehren aber mit gewissen Modifikationen fast in allen Plänen wieder.

3) Ansatzpunkte zur Änderung der Vermögensverteilung

In der gegenwärtigen Diskussion über die verschiedenen Möglichkeiten, eine breitgestreute Vermögensbildung mit wirtschaftspolitischen Mitteln herbeizuführen, wird häufig scharf unterschieden zwischen einer Umverteilung bereits bestehenden Vermögens und einer Umverteilung des neu sich bildenden Vermögens.¹⁾ Wie es v. Nell-Breuning²⁾ formuliert, handelt es sich um "zwei völlig entgegengesetzte Wege ... : der revolutionäre Weg über Neuumverteilung der vorhandenen und bereits in Eigentum stehenden Vermögenswerte; der evolutionäre Weg über Massnahmen, die dahin zielen, die laufend neu geschaffenen Werte (= Netto-Investition) ganz oder doch zu einem beträchtlichen Teil ins Eigentum

1) Vgl. z.B. Höffner, Joseph, Eigentumsstreuung als Ziel der Sozialpolitik, in: Eigentum und Eigentümer in unserer Gesellschaftsordnung. Veröffentlichungen der Walter-Raymond-Stiftung, Bd. 1, Köln-Opladen 1960, S. 42 f.; Michel, Hartmut, Eigentumspolitik, a.a.O., S. 87

2) v. Nell-Breuning, Oswald, Eigentumsbildung in Arbeiterhand. Eine Thesenfolge, in: Wirtschaft und Gesellschaft heute, Bd.1, a.a.O., S. 444

der bisher eigentumslosen Kreise, insbesondere der Arbeitnehmer, fallen zu lassen." Es wird die Ansicht vertreten, daß nur der evolutionäre Weg einer Eigentumspolitik in der gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung eingeschlagen werden könne, weil das Privateigentum als Grundlage der Gesellschaftsordnung durch eine Umverteilung vorhandenen Vermögens aufgehoben würde.¹⁾

O. v. Nell-Breuning bezeichnet den ersten Weg als "Redistribution", den zweiten Weg einer Überleitung der jeweils "neugeschaffenen bzw. neuzuschaffenden Vermögenswerte" in die Hand der bisherigen Nichteigentümer als "uno-actu-Verteilung der jeweils sich vollziehenden realen Netto-Investition."²⁾

Wenn die Möglichkeit einer Umverteilung bereits gebildeten Vermögens auch meist abgelehnt wird, weil Maßnahmen dieser Art mit der Rechtsinstitution des Privateigentums nicht vereinbar seien, so sehen doch einige Vorschläge zur breitgestreuten Vermögensbildung eine Umverteilung ganz bestimmter Eigentumstitel an bereits gebildeten Vermögenswerten zugunsten breiterer Schichten vor. Diese neu zu verteilenden Eigentumstitel sind nicht so sehr individueller Vermögen natürlicher oder juristischer Personen als vielmehr Vermögenswerte mit kollektivem Eigentumscharakter.

1) Vgl. Berghändler, Lothar, Eigentum und Sozialordnung, Wirtschaftsdienst, 35. Jg., 1955, S. 74; Michel, H., Eigentumspolitik, a.a.O., S. 87

2) v. Nell-Breuning, Oswald, Eigentumsbildung in Arbeiterhand. Eine Thesenfolge, a.a.O., S. 447

Für den Bereich der privaten Unternehmen wird von gewerkschaftlicher Seite darüber hinaus vorgeschlagen, die Pensionsrückstellungen, Vermögenswerte in Pensionskassen und Unterstützungsfonds sowie sonstige sozialen Leistungen, die aus dem Unternehmergewinn getragen werden und der Arbeiterschaft für ihre soziale Sicherheit zur Verfügung stehen, in einen überbetrieblichen Sozialkapitalfonds abzuführen, an dem die gesamte Arbeiterschaft in der Bundesrepublik beteiligt wird. Nach der Argumentation Gleitzes¹⁾ dürfe man nicht nur diejenigen Arbeitnehmer privilegieren, die ihren Arbeitsplatz zufällig in einem gewinnbringenden Unternehmen haben, wenn man den Faktor Arbeit an den Erträgen einer durch Kapitalkonzentration besonders gewinnbringenden Produktion mitbeteiligen will. Das Sozialkapital wäre seinem sozialen Charakter nach den betrieblichen Rückstellungen für Pensionen gleichzustellen, nur mit dem Unterschied, daß die Angehörigen des Betriebes die Nutzniessung dieser neuen Sozialrückstellung nicht allein hätten und ein Wechsel des Arbeitsplatzes keinen Verlust der Ansprüche an das Sozialkapital mit sich bringen würde.

Die gewerkschaftliche Argumentation eines kollektiven Eigentumsanspruchs der Arbeiterschaft auf die aus Gewinn gebildeten Unternehmensvermögen wird auch auf die mittels Selbstfinanzierung durchgeführten Investitionen ausgedehnt; sie dient den Autoren Gleitze und Büttner²⁾ zur Begründung ihres Planes zur Umverteilung der Vermögenszuwächse in privaten Unternehmen. Von einem anderen gewerkschaftlichen Autor³⁾ wird dieser Plan aber in der Richtung interpretiert, daß er "sowohl auf die Umver-

1) Vgl. Gleitze, Bruno, Die Bildung und Verteilung von Sozialkapital, Sozialer Fortschritt, 7. Jg., 1958, S. 32 f.; ferner ders.: Sozialkapital und Konjunktur, Konjunkturpolitik, 4. Jg., 1958, S. 257 ff.

2) Der Gleitze/Büttner-Plan wird im folgenden Abschnitt B,7 näher dargestellt.

3) Hirche, Kurt, Das Experiment der Volksaktie, Köln 1961, S. 58

teilung der in der Vergangenheit gebildeten Vermögen angewendet werden (kann), als auch auf die Beteiligung an dem jährlichen Zuwachs an Produktivkapital." Das in der Vergangenheit gebildete Vermögen soll hier das seit der Währungsreform entstandene Produktionsmittelleigentum umfassen.¹⁾

Als Ergebnis der Diskussion über die einzuschlagenden Wege zu einer breiten Vermögensstreuung können wir festhalten, dass die zu erörternden Pläne nicht bei einer Umverteilung bestehenden Vermögens ansetzen. Eine Ausnahme bildet die Privatisierung öffentlichen Erwerbsvermögens. Die Ansatzpunkte zur Änderung der Vermögensverteilung werden vielmehr in der Umverteilung zukünftiger Vermögenszuwächse auf breite Schichten der Bevölkerung gesehen. Diese eröffnet die Möglichkeit zu einer weit nachhaltigeren Vermögensdekonzentration, als sie über eine Umverteilung bereits bestehenden Vermögens erreicht werden könnte.

1) Vgl. Hirche, K., a.a.O., S. 65; ferner die Diskussion zur Ende 1953 auftauchenden Frage, ob die Vermögenszuwächse in Höhe von rund 60 Mrd. DM seit der Währungsreform 1948 (bis 1953) in Händen der Unternehmer nachträglich in breiter Streuung auf die Arbeitnehmer zu übertragen sind, bei Hinkel, Karl, Wirtschaftsprobleme am Jahresende, Der Gewerkschafter, 1. Jg., 1953, Nr. 6/7, S. 5 f.; v. Nell-Breuning, Oswald, Konsumlohn - Investitionslohn, Der Gewerkschafter, 2. Jg., 1954, Nr. 1, S. 11 ff.

B. Die einzelnen Pläne

1) Privatisierung

Die Privatisierung von Erwerbsvermögen der öffentlichen Hand ist insoweit ein Mittel zur breiten Vermögensstreuung, als dadurch eine Übertragung von Staatsvermögen an bisher eigentumslose oder eigentumsschwache Personen erfolgt. Die übertragenen Vermögensanteile können sich sowohl auf im Gesamteigentum der öffentlichen Hand befindliche Erwerbsunternehmen wie auch auf erwerbswirtschaftliche Beteiligungen der öffentlichen Hand an privaten oder gemischtwirtschaftlichen Unternehmen beziehen. Für die Form der Übertragung solcher Vermögenswerte kommen mehrere Möglichkeiten in Betracht. Ein Verschenken öffentlichen Eigentums in irgendeiner Form würde nach allgemeiner Ansicht dieses Eigentum nicht vollwertig erscheinen lassen. Auch eine Zerschlagung der Vermögenskomplexe kommt aus wirtschaftlichen Gründen nicht in Betracht. Es bleibt die Möglichkeit einer breitgestreuten Veräußerung von abstrakten Vermögenswerten (Wertpapieren).

Diesen Weg beschreiten die hier zur Diskussion stehenden Privatisierungspläne. Der technische Vorgang besteht darin, daß über Kapitalerhöhungen in den formal meist unterkapitalisierten Unternehmen der öffentlichen Hand Wertpapiere bereitgestellt werden, die von breiten Bevölkerungsschichten aus Ersparnissen erworben werden. Würde der Verkauf der auszugebenden neuen Wertpapiere zum vollen Börsenkurs vorgenommen, so bildete das Produktionsvermögen der öffentlichen Hand keine zusätzliche Quelle zur breitgestreuten Vermögensbildung, solange genügend andere Anlagemöglichkeiten zur Verfügung stehen.¹⁾ Die Pläne, die sich auf die Privatisierung von Staatsvermögen stützen, sehen daher allgemein einen Verkauf der in Frage stehenden Wertpapiere mit einem Abschlag zum vollen Börsenkurs im Zeitpunkt der Ausgabe bzw. eine Prämiengewährung vor. Als ein besonders zweckmässiges Instrument im Sinne der Zielsetzung wird die sogenannte "Volksaktie" angesehen;

1) Vgl. Müller, J. Heinz, Wirtschaftliche Fragen..., a.a.O., S. 299 f.

es handelt sich dabei um eine Inhaberaktie, deren Ankauf durch die kleine Stückelung auch den einkommensschwachen Bevölkerungskreisen erleichtert wird.

Zur Sicherung der breiten Streuung dieses Aktienbesitzes ist das Stimmrecht des einzelnen Aktionärs meist auf einen bestimmten Bruchteil des Grundkapitals beschränkt. Damit soll verhindert werden, daß von Einzelpersonen und Institutionen (Großaktionären und Großbanken), die Einfluß auf das Unternehmen gewinnen wollen, größere Mengen dieser Volksaktien aufgekauft werden.

Das Konzept der Privatisierung zum Zwecke der breitgestreuten Vermögensbildung läßt sich in seinen Einzelheiten anschaulich an den beiden in jüngster Zeit realisierten Maßnahmen dieser Art demonstrieren. Sie sind zwar nur als vorläufige Versuche zu werten, jedoch kamen in ihnen schon die wichtigsten Grundzüge der Privatisierungspläne hinsichtlich der "Ausstattung" der Volksaktie zum Ausdruck.

In der Bundesrepublik ist die Ausgabe von Volksaktien im Frühjahr 1959 mit der Teilprivatisierung der bundeseigenen Preußag (Preußische Bergwerks- und Hütten-AG) eingeleitet worden. Im Zuge einer Grundkapitalerhöhung von 75 auf 105 Mill. DM wurden 30 Mill. DM Preußag-Aktien zum Nennwert von je 100.- DM einem bestimmten Personenkreis zum Kauf angeboten. Zeichnungsberechtigt waren nur Personen mit einem steuerpflichtigen Jahreseinkommen unter 16.000.- DM. Die Höhe des Zeichnungsbetrages wurde auf 500.- DM Nennwert, das Stimmrecht eines Aktionärs auf 1/1000 des Grundkapitals beschränkt.¹⁾

Der unter sozialpolitischen Gesichtspunkten festgesetzte Ausgabekurs der Preußag-Aktien betrug 145 %; bei einem geschätzten Kurswert von 170% im Zeitpunkt der Ausgabe ergab sich somit ein Kursnachlaß von rund 25.- DM je

1) Die Einzelheiten zur Ausgabe der Preußag-Volksaktien wurden in einer amtlichen Mitteilung des Bundesschatzministeriums veröffentlicht (siehe Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 238 v. 30.12.1958, S. 2378).

Aktie.

Ein zweiter großer Vermögenskomplex der öffentlichen Hand wurde nach Inkrafttreten des "Gesetzes über die Überführung der Anteilsrechte an der Volkswagenwerk-GmbH in private Hand"¹⁾ am 28. Juli 1960 teilprivatisiert. In Verbindung damit stand die Umwandlung der Volkswagenwerk-GmbH bei gleichzeitiger Erhöhung des Stammkapitals aus Mitteln der Gesellschaft um 300 Mill. DM in eine Aktiengesellschaft mit 600 Mill. DM Grundkapital. Von diesem Grundkapital behielten der Bund und das Land Niedersachsen einen Anteil von je 20 %; die restlichen 60 % wurden an breite Schichten der Bevölkerung veräußert. Die als Inhaberpapiere ausgegebenen Aktien waren zu je 100.- DM gestückelt. Mehr noch als bei Ausgabe der Preußag-Aktien war der Erwerb von Volkswagenwerk-Aktien an sozialbestimmte Bedingungen geknüpft. Um eine möglichst breite Streuung des Aktienbesitzes zu gewährleisten, wurde das Aktienangebot zunächst auf die Bezieher mittlerer und kleiner Einkommen beschränkt.

Weitere Bestimmungen dienten der langfristigen Sicherung dieser breiten Streuung: die Ausübung des Stimmrechtes ist auf ein Zehntausendstel des Grundkapitals beschränkt. Diese Stimmrechtsbeschränkung darf auch nicht durch Aktienübertragungen umgangen werden; die Rückforderung verbotswidrig übertragener Aktien ist ausgeschlossen. Die Ausübung des Depotstimmrechtes der Banken ist auf 2 % des Grundkapitals beschränkt. Die Beschränkung der Vertretung bei Ausübung des Stimmrechtes in Hauptversammlungen geht noch weiter: die Stimmrechtsvertretung ist nur zulässig, wenn sie aufgrund einer schriftlichen Vollmacht des Aktionärs erfolgt und wenn schriftliche Weisungen des Aktionärs zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung vorliegen.

Neben einem verhältnismässig niedrig festgesetzten Ausgabekurs wurde zusätzlich ein nach der Einkommenshöhe gestaffelter Sozialrabatt in Form eines Kaufpreinsnachlasses

1) Bundesgesetzblatt, Bd. I, Nr. 39 v. 27.7.1960

gewährt. Der Sozialrabatt konnte nur in Anspruch genommen werden, wenn die begünstigten Aktien innerhalb der folgenden zwei Jahre nicht veräußert wurden. Innerhalb des nach der Einkommenshöhe gestaffelten Sozialrabatts war ferner eine Sondervergünstigung in Form weiterer Preisnachlässe für kinderreiche Familien eingebaut.

Die verschiedenen Privatisierungspläne gehen von der Voraussetzung aus, daß ein Großteil der ausgegebenen Volksaktien langfristig im Besitz der Ersterwerber bleibt. In diesem Sinne können die bisher vom Bund unternommenen Teilprivatisierungsmaßnahmen bei der Preußag und dem Volkswagenwerk nur als Versuche zur Verbreiterung der westdeutschen Vermögensstruktur angesehen werden, die wegen der Kürze der Zeit noch kein Erfahrungsmaterial liefern. Es bleibt fraglich, ob sich die Ersterwerber der Volksaktien in der Mehrzahl zu einer langfristigen Anlage bereitfinden. Denn erst nach einer längeren Zeitspanne läßt sich ermitteln, ob die angestrebte Verbreiterung der Vermögensstruktur nicht durch Veräußerung dieser Volksaktien aufgehoben wird.

Durch die Privatisierung öffentlichen Erwerbsvermögens kann eine Veränderung der Vermögensschichtung nur in einem maximal beschränkten Ausmaß erreicht werden, weil die hierfür insgesamt zur Verfügung stehenden Vermögenswerte beschränkt sind, nur einmal umverteilt werden können und in ihrer Gesamtheit nur einen bestimmten Bruchteil des volkswirtschaftlichen Erwerbsvermögens ausmachen. Wegen des beschränkten Umverteilungseffektes einer Privatisierung wird dieses Mittel häufig nur als Ergänzung zu quantitativ effizienteren Plänen einer Umverteilung der laufenden Vermögenszuwächse angesehen.

2) Investivlohn-Plan (auf der Grundlage des
theoretischen Konzepts v. Nell-Breunings)

Die verschiedenen Varianten eines Investivlohn-Planes, die zur Diskussion gestellt werden¹⁾, sind wesentlich beeinflusst worden durch das von O.v.Nell-Breuning²⁾ entwickelte verteilungstheoretische Konzept. In seinen Ausführungen ist kein konkreter Plan zur Einführung eines Investivlohns entwickelt, sondern es wird lediglich darauf hingewiesen, daß sich sein Konzept durch einen der veröffentlichten Pläne verwirklichen lasse.³⁾

Die breite Beteiligung der Arbeitnehmer an der volkswirtschaftlichen Kapitalbildung lässt sich nach v. Nell-Breuning⁴⁾ durch eine Erhöhung des Faktoreinkommens Arbeit über den Produktivitätsfortschritt hinaus erreichen, wenn sichergestellt ist, daß dieses Zusatzeinkommen nicht in den Konsum geht, sondern der Investition zugeführt wird. Denn die Höhe des in der Marktwirtschaft möglichen Arbeitnehmerinkommens ist entscheidend bestimmt durch die Verwendung dieses Einkommens. Eine Erhöhung des Arbeitnehmeranteils am Gesamteinkommen soll hauptsächlich zu Lasten der Kapitalrendite erfolgen, nicht dagegen aus dem Residualeinkommen Unternehmergewinn gespeist werden. Diese Unternehmergewinne sollen nicht zum Zwecke der Aus-

1) Vgl. z.B. Häussler, Erwin, Zum Lohnstreik in der Metallindustrie, Der Gewerkschafter, 2. Jg., 1954, Nr. 6/7, S. 21 ff; ders.: Der Arbeitnehmer von morgen, 3. Aufl., Stuttgart 1956; ders.: Konturen einer neuen Schicht, Stuttgart 1958; ferner Hinkel, Karl, Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktionsmitteleigentum, Gewerkschaftliche Monatshefte, 7. Jg., 1956, S. 407 ff.

2) Vgl. v. Nell-Breuning, Oswald, Eigentumsbildung in Arbeiterhand, Paderborn o.J. (1953), 2. Aufl. 1955; ferner die Sammlung von Vorträgen und Aufsätzen in: O.v. Nell-Breuning, Wirtschaft und Gesellschaft heute, Bd. 1: Grundfragen, a.a.O., Kapitel "Einkommen und Kapitalbildung", S. 403-451; Bd. 3: Zeitfragen 1955-1959. Freiburg 1960, Kapitel "Eigentum und Vermögensbildung", S. 253-339.

3) O. v. Nell-Breuning bezieht sich auf den "Häussler-Plan", auf den wir unten kurz eingehen werden.

4) Zum folgenden vgl. insbesondere O.v.Nell-Breuning, Eigentumsbildung in Arbeiterhand. Eine Thesenfolge, a.a.O., S. 446 ff.

schöpfung der breitgestreuten Vermögensbildung konserviert, sondern durch einen möglichst vollständigen Wettbewerb beseitigt werden.¹⁾

Die angestrebte Umstrukturierung der Vermögensbildung kann über einen zusätzlichen Investivlohn erreicht werden. Und zwar muss dazu derjenige Teil des zusätzlichen Einkommens (aus Lohnerhöhungen) von den Einkommensbeziehern gespart und damit für investive Zwecke zur Verfügung gestellt werden, der über den konsumfähigen Teil des Sozialprodukts hinausgeht. Hingegen sind solche Lohnerhöhungen, die den durch Produktivitätsfortschritt gesetzten Rahmen nicht überschreiten, für den konsumfähigen Teil des Sozialprodukts zu verausgaben. Bei diesem konsumtiven Teil der Lohnerhöhung würde ein Sparen realen Konsumverzicht bedeuten, der zu einer Schrumpfung des Sozialprodukts oder mindestens zu einer Stockung der wirtschaftlichen Expansion führen würde, weil in einer expandierenden Wirtschaft eine ständig steigende Konsumgütermenge ihren Absatz finden muss.²⁾

Der investive Teil der Lohnerhöhung stellt jedoch keinen realen Konsumverzicht dar. O. v. Nell-Breuning³⁾ verdeutlicht dies an folgender Überlegung: Übersteigen die nominellen, konsumtiv verwendeten Masseneinkommen bei gegebenem Preisniveau die verfügbaren Konsumgüter, etwa auf Grund einer nominellen Einkommenserhöhung, so ergeben sich Preissteigerungen. Ein effektiv höherer Konsum kann nicht erreicht werden. Halten die Einkommensbezieher ihre monetäre Nachfrage nach Konsumgütern auf der Höhe des Konsumgüterangebots, so tritt eine Preissteigerung nicht ein. Die realen Konsummöglichkeiten bleiben dementsprechend

1) Vgl. O.v.Nell-Breuning, Eigentumsbildung in Arbeiterhand, a.a.O., S. 446

2) Ebenda, S. 448; vgl. ferner O.v.Nell-Breuning, Der Lohn als Erwerbsmittel und Eigentumsquelle, in: Eigentum und Eigentümer in unserer Gesellschaftsordnung. Veröffentlichungen der Walter-Raymond-Stiftung, Bd.1, Köln/Opladen, 1960, S. 67

3) Vgl. zum folgenden insbesondere O.v.Nell-Breuning, Sparen ohne Konsumverzicht, Der Volkswirt, 11. Jg., 1957, S. 2051 ff.

die gleichen wie zuvor. Aus diesem Grund stellt das Sparen der zusätzlichen Einkommensbeträge keinen realen Konsumverzicht dar, sondern nur einen "illusionären Konsumverzicht". Diesen Vorgang nennt v. Nell-Breuning "Sparen ohne Konsumverzicht."¹⁾

Die ersparten Beträge werden Bestandteil der Investition, für die Bezieher von Arbeitseinkommen bedeutet dies eine Beteiligung am volkswirtschaftlichen Kapitalbildungsprozess. Insgesamt verändern sich die Grössen Volkseinkommen, Gesamtinvestition und Gesamtkonsum nicht, es verlagern sich lediglich die der Investition adäquaten Eigentumstitel am Produktivkapital zugunsten der Bezieher von Arbeitseinkommen. Das ursprüngliche Sparen der Unternehmer wird um den Betrag vermindert, der den Lohnempfängern als Investivlohn zuwächst. Entscheidend für den Erfolg der Umverteilung ist, daß die Investition auf ihrer ursprünglichen Höhe verbleibt. Dies ist nur möglich, wenn die Bezieher des Investivlohns ihn einer investiven Verwendung zuführen. Diese Bedingung ist aber nicht hinreichend; darüber hinaus muss auch noch gewährleistet sein, dass die Unternehmer tatsächlich bereit sind, diese ihnen zur Verfügung gestellten Einkommensteile der Lohnempfänger zu investieren.²⁾

Alle Formen des Zwanges lehnt v. Nell-Breuning ab, eine freiwillige Bindung ist hier aber nicht nur individuell, sondern auch kollektiv möglich, etwa in der Form des Investivlohnplanes von Häussler, auf den v. Nell-Breuning verweist.³⁾ Nach diesem Plan Häusslers⁴⁾ sollen zukünftige

1) v. Nell-Breuning, Oswald, Sparen ohne Konsumverzicht, a.a.O., S. 2053

2) Vgl. v. Nell-Breuning, Oswald, Eigentumbildung in Arbeiterhand. Eine Thesenfolge, a.a.O., S. 449

3) Ebenda, S. 448 f.

4) Vgl. Häussler, Erwin, Der Arbeitnehmer von morgen, a.a.O.

Lohnerhöhungen nur zur Hälfte als Konsumtivlohn zur Auszahlung gelangen, während die andere Hälfte als Investivlohn den Arbeitnehmern in Form von wertpapiermässigen Eigentumsanteilen ausgehändigt wird. Diese Beteiligung am Produktivkapital soll sich auf ein risikogemischtes, überbetriebliches Miteigentum erstrecken.

Der Plan v. Nell-Breunings ist in erster Linie dahingehend kritisiert worden¹⁾, daß die Unternehmer eine permanente Gewinnschmälerung zugunsten der Arbeitnehmer nicht hinnehmen werden, sondern die erhöhten Lohnkosten abwälzen. Bei einem erfolgreichen Abwälzen über den Preis werden die Arbeitnehmer zum freiwilligen Sparen nicht mehr bereit sein, da sie sonst einen Konsumverzicht hinnehmen müssen. Tatsächlich würde dadurch die Realisierung des Planes verhindert, da die als Investivlohn geplante Einkommenserhöhung als Konsumtivlohn ausgegeben würde. Es muss aber darauf hingewiesen werden, dass der Plan v. Nell-Breunings unter bestimmten Voraussetzungen durchaus realisierbar erscheint. Kampfmassnahmen wie z.B. Käuferstreiks, die v. Nell-Breuning in Erwägung zieht,²⁾ sind nur als extreme Mittel für die Einhaltung des Plans gedacht.

Für die Frage der Einkommensverteilung und Vermögensbildung sind nach Ansicht v. Nell-Breunings³⁾ zwei Aktionsparameter entscheidend: die Investition der Unternehmer und das Sparen der Nichtunternehmer. Die Vermögensbildung resultiert aus den Verhaltensweisen beider Gruppen. Je mehr die Unternehmer investieren, desto grösser ist

-
- 1) Vgl. z.B. die Entgegnung zu v. Nell-Breunings Artikel "Sparen ohne Konsumverzicht", a.a.O.: o.V., Sparen, ohne zu sparen? Die Aussprache, 7. Jg., 1957, S. 325 ff.
 - 2) Vgl. v. Nell-Breuning, Oswald, Sparen ohne Konsumverzicht, a.a.O., S. 2052
 - 3) Vgl. zum folgenden v. Nell-Breuning, Oswald, Der Lohn als Erwerbsmittel und Eigentumsquelle, a.a.O., S. 70

die reale Vermögensbildung; je mehr die Haushalte (Nichtunternehmer) sparen, umso grösser ist ihr Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Vermögensbildung und desto kleiner ist c.p. die Netto-Vermögensbildung der Unternehmer. In dieser Erkenntnis, nimmt v. Nell-Breuning an, werden sowohl die Unternehmer die Investition als auch die Haushalte das Sparen forcieren, wobei beide Gruppen die Unterstützung der öffentlichen Meinung suchen. In diesem Gegeneinander entscheidet sich die Einkommens- wie auch die Vermögensbildung und auf lange Sicht die Vermögensschichtung. Damit werde zugleich auch entschieden, ob die Wirtschaft expandiert oder stagniert. Breitgestreute Vermögensbildung und dynamisch-expansive Wirtschaft ergänzen und fordern sich in gewisser Sicht gegenseitig.

Zu den zeitlichen und quantitativen Umverteilungsmöglichkeiten bemerkt v. Nell-Breuning¹⁾, daß der Zeitraum, in dem eine ins Gewicht fallende Umschichtung des Vermögens zu erreichen sei, von der Expansionsrate der Wirtschaft und von der Höhe des Anteils der bisher vermögenslosen Kreise an dieser Expansionsrate abhängen. Unter "Expansionsrate der Wirtschaft"²⁾ versteht er die Höhe der Netto-Investition, bezogen auf die vorhandene Ausstattung der Wirtschaft mit sachlichen Produktionsmitteln. Je höher die Expansionsrate, umso schneller gelingt es, die Arbeiterschaft entscheidend am Volksvermögen zu beteiligen. Würde sich z. B. in einem bestimmten Zeitraum das gesamte Produktivvermögen verdoppeln, und fiel die Hälfte des Zuwachses den bisher vermögenslosen Arbeitnehmerschichten zu, so betrüge ihr Anteil am Gesamtvermögen am Ende des Zeitraums bereits ein Viertel. Im Falle der Verdreifachung und 50 %iger Umverteilung entfielen auf die Arbeitnehmer ein Drittel; in Händen der Arbeitnehmer befände sich dann Vermögen in absoluter Höhe des ursprünglich vorhandenen Gesamtvermögens.

1) Vgl. v. Nell-Breuning, Oswald, Eigentumsbildung in Arbeiterhand. Eine Thesenfolge, a.a.O., S. 445

2) Ebenda, S. 445

Nach Ansicht O.v.Nell-Breunings liegt eine Steigerung des Anteils am Sozialprodukt zugunsten der unselbständig erwerbstätigen breiten Massen um 10 bis 15 % durchaus im Bereich des Möglichen. Und zwar handelt es sich dabei um "eine Steigerung des Arbeitseinkommens ü b e r (im Original kursiv) den Gleichschritt mit der steigenden Arbeitsproduktivität hinaus."¹⁾ Dazu ist eine Steigerung der Arbeitseinkommen zu dem bisherigen Anteil am erhöhten Arbeitsprodukt vorgesehen, die "nur einmal, aber auf die Dauer"²⁾ eine zusätzliche Steigerung in der Größenordnung von 10 bis 15 % des Sozialprodukts herbeiführe.

O. v. Nell-Breuning demonstriert die Wirkungen einer solchen Änderung des Verteilungsergebnisses mit Hilfe einer Modellvorstellung, die von der Annahme ausgeht, daß die Netto-Investitionsrate bzw. Expansionsrate³⁾ unserer Wirtschaft für ein Jahrzehnt eine Höhe von 5 % habe. Wenn nun nur erreicht werden könnte, daß sich bei dieser Expansionsrate die Hälfte davon als Ersparnisbildung des arbeitenden Menschen niederschläge, so würde dies bedeuten, daß nach Ablauf dieses Jahrzehnts "bereits nahezu ein Fünftel des gesamten, in unserer Wirtschaft vorhandenen Sachvermögens unmittelbar oder mittelbar Vermögen der arbeitenden, werktätigen Bevölkerung geworden wäre, und zwar nicht ein Fünftel des heutigen Sachvermögens, sondern ein Fünftel des um diese Expansionsrate gewachsenen Vermögens."⁴⁾

Das zugrundeliegende quantitative Kalkül ist einfach; der gesamte Kapitalstock der Volkswirtschaft wächst in der Art einer Zinseszinsfunktion bei einer Ausgangsgrösse von 100 mit jährlich 5 % in 10 Jahren auf rund 163. Entfiele

1) v. Nell-Breuning, Oswald, Eigentumsbildung in Arbeiterhand, 1. Aufl., a.a.O., S.29

2) v. Nell-Breuning, Oswald, Eigentumsbildung in Arbeiterhand, 2. Aufl., a.a.O., S.29

3) Wie oben schon erwähnt, ist die Bezugsgröße dieser Quote der volkswirtschaftlichen Kapitalstock, nicht das Sozialprodukt.

4) v. Nell-Breuning, Oswald, Eigentumsbildung in Arbeiterhand, 2. Aufl., a.a.O., S. 29

die Hälfte dieses Zuwachses auf die Schicht der Arbeitnehmer, so wäre in der Tat nahezu $\frac{1}{5}$ des gesamten, am Schluß der Periode vorhandenen Produktivvermögens in ihr Eigentum übergegangen.

3) Förderung des freiwilligen Sparens (Schreiber)

Der Plan Schreibers¹⁾ zur breitgestreuten Vermögensbildung zielt darauf ab, das private Sparen der Haushalte als Quelle der Vermögensbildung auf breite, bisher nicht sparende Bevölkerungsschichten auszudehnen. Das wirtschaftspolitische Mittel zur Verwirklichung dieses Ziels soll in staatlichen Sparförderungsmaßnahmen bestehen.

Die Begründung zu diesem Plan wird aus modellmäßig vereinfachten Kreislaufbeziehungen abgeleitet.²⁾ Ausgangspunkt der Überlegungen bildet das Phänomen der "Selbstfinanzierung über den Preis" oder der Investitionsfinanzierung aus Kreditschöpfung mit der Folge des konsolidierenden Kreislaufgewinns. Die Unternehmer können ihre Nettoinvestition aus Bankkrediten finanzieren, ein freiwilliges Sparen der privaten Haushalte ist dazu nicht unbedingt erforderlich. Der Teil, um den die Investitionen das gleichzeitige freiwillige Sparen der privaten Haushalte übersteigen, wird dann vom Geldkreislauf mit Notwendigkeit der Gesamtheit der Unternehmen als "Selbstfinanzierungs-" bzw. Kreislaufgewinn (Q-Gewinne) wieder zugeführt. Nach der Rückzahlung der Kredite (aus diesen Kreislaufgewinnen) können wieder neue Investitionskredite aufgenommen werden. Dieser revolvingierende Prozess der Investitionsfinanzierung aus Bankkrediten braucht keine inflationären Wirkungen zu haben; der Umfang der neu geschöpften Investitionskredite kann so gesteuert werden, daß der Geldwert konstant bleibt. Denn in einer wachsenden Wirtschaft sind ständig grössere Umlaufmittel bei Konstanz des Preisniveaus erforderlich.

1) Vgl. Schreiber, Wilfrid, Vermögensbildung in breiten Schichten, Schriftenreihe des Bundes katholischer Unternehmer, N.F., H. 4, Köln 1958

2) Ebenda, S. 33 ff. und S. 47 ff.

Der Zusammenhang zwischen Höhe der Nettoinvestition (I), dem freiwilligen Sparen der Haushalte (Sh) und der Summe der Kreislaufgewinne (Q) ist enthalten in der Beziehung:¹⁾

$$Q = I - Sh$$

Der von Schreiber fixierte Vorgang der "Selbstfinanzierung" darf nach seiner Ansicht nicht durch andere Möglichkeiten der Investitionsfinanzierung völlig verdrängt werden. Eine Beschränkung auf ein "sinnvolles Maß" ist nach seiner Ansicht möglich.²⁾ Es ist sowohl in wirtschafts- und währungspolitischer wie auch in sozialpolitischer Sicht kein qualitatives, sondern ein quantitatives Problem. Ein Maß für die Höhe der "Selbstfinanzierung" ist bereits gesetzt durch die Forderung nach Geldwertstabilität der Kreditschöpfung. Ein zweites Maß ist durch die Höhe der freiwilligen Ersparnisse der Haushalte gegeben. Je mehr (entsprechend der obigen Kreislaufbeziehung) die privaten Haushalte sparen, desto weniger Investitionskapital aus zusätzlicher Kreditschöpfung ist bei gleichbleibender Nettoinvestition für die Finanzierung der Investitionen erforderlich, und umso kleiner werden auch die Kreislaufgewinne.

Der primäre Effekt des freiwilligen Sparens der privaten Haushalte liegt nach Schreiber darin, daß dem Einzelnen im Sparprozess das individuelle Eigentumsrecht am Ersparten zufällt. Nach seiner Ansicht ist "zur volkswirtschaftlichen Kapitalbildung ... das persönliche, private Sparen entbehrlich, für die Auferlegung des Konsumverzichts und für die Schaffung zusätzlicher Werte des Volksvermögens sorgen schon andere: der Staat und die Unternehmungen. Notwendig ist das private Sparen jedoch

1) Diese Beziehung ist nichts anderes als die Bedingung der Gleichheit $I = S$ im Kreislauf, wobei im gesamtwirtschaftlichen Sinne S aufgespalten ist in das Sparen der privaten Haushalte Sh und das Sparen der Unternehmer in Höhe der Kreislaufgewinne Q bzw. der ihnen entsprechenden Selbstfinanzierung: $I = S = Sh + Q$.

2) Vgl. Schreiber, W., a.a.O., S. 47 ff.

als bestimmender Faktor der Verteilung der Eigentumsrechte an den neu geschaffenen Vermögenswerten."¹⁾

Der sekundäre Effekt des Sparens liegt in der Erhöhung des Einkommens. Der einzelne Sparer wird nicht nur Eigentümer der Vermögenswerte, in denen er seine Sparsumme angelegt hat, er vermehrt auch in gleichem Umfang das Gesamteinkommen der privaten Haushalte. Der mit dem Mehrsparen verbundene Konsumverzicht ist nur eine kurzfristige Vorleistung, denn nach klassischer Auffassung werden der verringerten Konsumgüternachfrage Preisrückgänge folgen, die genau den Betrag des Mehrsparens ausmachen. Hierbei ist nach Ansicht Schreibers der von O.v.Nell-Breuning mit der These "Sparen ohne Konsumverzicht" gekennzeichnete Tatbestand gegeben, daß ein Mehrsparen in keinem Fall Konsumverzicht bedeutet, da das Ansteigen der Realeinkommen diesen Konsumverzicht nach dem Einpendeln des neuen Preisniveaus wieder ausgleicht. Diesen mit dem Mehrsparen verbundenen Konsumverzicht nennt Schreiber eine nur "kurzfristige Vorleistung".²⁾

Nun widersprechen aber die mit diesem Anpassungsvorgang verbundenen Preissenkungen der Forderung nach Geldwertstabilität, denn "Preissenkungen auf der ganzen Linie bedeuten ja s t e i g e n d e n Geldwert."³⁾ Schreiber tritt daher für den anderen Weg der Anpassung über Minimalloohnerhöhungen ein. Dieser Einkommenseffekt des Sparens führe aber, wenn z.B. nur die Hälfte aller Haushalte spare, zu einer Einkommenserhöhung bei allen Haushalten, also auch bei den nichtsparenden Haushalten: "Der nichtsparende Haushalt zehrt also parasitär an der Leistung der spendenden, er wird der Einkommenserhöhung teilhaftig, ohne sie mit verursacht zu haben."⁴⁾

1)Schreiber, W., a.a.O., S. 60

2)Ebenda, S. 49

3)Ebenda, S. 53

4)Ebenda, S. 60

Dies sei auch der Grund dafür, daß ein Zuvielsparen vorerst nicht befürchtet werden müsse;¹⁾ schuld daran ist nach Schreibers Ansicht das "instinktive Wissen um die Tatsache, daß der Einkommensrückfluß sich für den einzelnen ja nicht nach s e i n e r (im Orig. gesperrt, d. Verf.) Sparleistung bemisst, sondern nach der durchschnittlichen Mehr-Sparleistung aller."²⁾

Der Staat soll nach Schreiber die Sparformen fördern, die zu einem Ausgleich des Sekundäreffekts des Sparens führen. Ein Zwangs- oder Pflichtsparen soll nur dann eingeführt werden, wenn alle Anreize zum freiwilligen Mehrsparen versagt haben. Schreiber tritt für ein durch die Anreize einer staatlichen Sparprämiengewährung vermehrtes freiwilliges Sparen ein.

Die Haushalte und besonders die Arbeitnehmer haben nach Ansicht Schreibers bei Teilnahme an der Vermögensbildung eine ungewöhnlich starke Marktposition. Denn allein durch Ausnützen der Möglichkeiten, die der "freie Markt bietet", können sie die Vorteile des "Sparens ohne Konsumverzicht, Erhöhung des Realeinkommens genau im Maße des Mehrsparens" in Anspruch nehmen.³⁾ Und eine weitere Konsequenz lautet: "Um den als überhöht erscheinenden Teil der Selbstfinanzierungsgewinne der Unternehmungen als Quelle der Vermögensbildung in breiten Schichten zu erschliessen, bedarf es keiner institutionellen Mittel, keiner ins Werk gesetzten Pläne, weder des gesetzlichen oder vertraglichen Zwangs noch der großzügigen Gebefreudigkeit der Arbeitgeber."⁴⁾ Damit bezieht Schreiber recht deutlich Stellung gegen bestimmte sozialpolitische Maßnahmen zur breitgestreuten Vermögensbildung; seine These lautet in diesem

1) "Ein Zuviel (des freiwilligen Sparens, d. Verf.) könnte die sehr unerfreuliche Folge haben, dass die Unternehmergewinne ... unter ihr tragbares Minimum sinken, permanente Krisen entstehen und die Existenz der freien Wirtschaft bedroht wird." (Schreiber, W., a.a.O., S. 72)

2) Ebenda, S. 72

3) Ebenda, S. 50/51

4) Ebenda, S. 51

Zusammenhang: "Die Marktwirtschaft braucht, um sozial zu sein, nicht an sozialpolitischen Krücken zu gehen."¹⁾

Wie schon oben erläutert, darf das freiwillige Sparen - so lautet die These Schreibers - nicht ein solches Ausmass annehmen, daß ein wesentlicher Teil der Selbstfinanzierung dadurch unmöglich gemacht wird. Denn "ohne das Phänomen 'Selbstfinanzierung' ... wäre eine freie, wettbewerbliche Wirtschaft nicht möglich."²⁾ Erst die Selbstfinanzierung ermöglicht die Existenz der weniger kostengünstigen Unternehmen. Würde die Selbstfinanzierung beseitigt, so blieben nur die Großunternehmen am Markt und das marktwirtschaftliche System würde sehr bald zu einem "Monopol-Kapitalismus" ausarten.³⁾

Als ein weiteres Argument für die Erhaltung einer bestimmten Selbstfinanzierungsrate führt Schreiber die mangelnde Investitionsbereitschaft der Unternehmer bei stark verringerten Selbstfinanzierungsmöglichkeiten an. Zwar lege der Prozess der Selbstfinanzierung, der einen Zwangssparprozess mit sich bringe, der Gesellschaft so etwas wie eine Steuer auf, die dem Zweck diene, das Produktivkapital zu erhöhen und damit den wirtschaftlichen Fortschritt, der in steigenden Reallöhnen zum Ausdruck komme, in Gang zu halten. Aber "diese Art von Fortschrittsfinanzierung ist ... für die Konsumenten und erst recht für die Arbeitnehmer nur vorteilhaft."⁴⁾ Das von den Konsumenten bzw. Arbeitnehmern für die jährliche Reallohnsteigerung zu erbringende Opfer bestehe lediglich

1) Schreiber, W., a.a.O., S. 50

2) Ebenda, S. 50

3) "Je grösser der Umfang der Selbstfinanzierung, um so leichter wird es den weniger kostengünstigen Produzenten (und das sind zum Teil gewiss gerade die 'mittelständischen' Unternehmungen) ihren Marktanteil zu erhalten." (Schreiber, W., a.a.O., S. 34)

4) Schreiber, W., a.a.O., S. 34

W. Schreiber illustriert den Vorteil der Arbeitnehmer durch folgende Alternative: die Selbstfinanzierung schaffe die Möglichkeit, dass dem Arbeitnehmer jedes Jahr erneut eine um etwa 2 Jahre hinter ihrer stationären Sollhöhe herhinkende reale Einkommenssteigerung von 2 bis 3 % zufalle, während bei Wegfall der Selbstfinanzierung und entsprechender Investitionen nur eine

in einer 1 - 2 jährigen Anpassungsverzögerung ihrer Löhne.¹⁾ Diese Verzögerung würde ohnedies dem Arbeitnehmer nicht bewusst, da die auslösende Ursache, der Selbstfinanzierungsprozess, wie eine indirekte Steuer wirke.

Demnach bringt der Prozess der Selbstfinanzierung der Investition für den Arbeitnehmer keine Nachteile mit sich. Diese Ansicht Schreibers ist bereits in seiner einleitenden These enthalten, daß in der gegenwärtigen Phase des industriellen Zeitalters der Faktor Arbeit im Verteilungsprozess die stärkste Position innehat.²⁾ Denn zusätzliches Sparen verringert, soweit es das Bevölkerungswachstum übersteigt, die Ertragschancen des Kapitals, d.h. seine marktmässige Bewertung nimmt mit abnehmender relativer Knappheit ab, während die Ertragschancen des Faktors Arbeit sich verbessern. Die sozialen Spannungen der heutigen Zeit seien daher nicht als Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital zu deuten; dem Arbeiter wachsen aus dem Ertrag der Investitionen ständig Einkommensvorteile "ohne sein Zutun" zu.³⁾

Vergleicht man die beiden Thesen Schreibers zur Investitionsfinanzierung durch freiwilliges Sparen und durch Zwangssparen auf dem Wege der Selbstfinanzierung, so lassen sich vor allem zwei Folgerungen ziehen: Gegenüber dem freiwilligen Sparen der Arbeitnehmerhaushalte erbringt ein entsprechender Zwangssparprozess (bei dem infolge der Selbstfinanzierung die Reallohnsteigerung verzögert wird) dem Arbeitgeber grössere Vorteile, er gewährt ihm ein höheres Einkommen. Zweitens ist das freiwillige Sparen gesamtwirtschaftlich gesehen nicht notwendig, d.h. es bildet keine notwendige Prozessbedingung für den markt-

einmalige und sofortige Lohnsteigerung von 4 % möglich wäre (ebenda, S. 34), verbunden mit der Unterbrechung des Wachstumsprozesses, was im übrigen durch das Beispiel der deutschen Entwicklung seit der Währungsreform belegt sei (vgl. Schreiber, W., Investieren, Sparen, Wirtschaftswachstum und Eigentumsbildung, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 171, 1959, S. 256).

1) Vgl. Schreiber, W., Vermögensbildung in breiten Schichten, a.a.O., S. 34

2) Ebenda, S. 7

3) Ebenda, S. 8

wirtschaftlichen Ablauf. Dagegen sieht Schreiber eine Selbstfinanzierungsrate (und den damit verbundenen Zwangssparprozess) innerhalb einer gewissen Bandbreite als eine notwendige Prozessbedingung für ein marktwirtschaftliches System an.

Wenn nun Schreiber für eine staatliche Förderung des freiwilligen Sparens breiter Schichten innerhalb bestimmter, durch die Mindestrate der Selbstfinanzierung gesetzter Grenzen eintritt, so stellt dieser Plan darauf ab, die breitere Vermögensbildung zu fördern. Damit soll eine Möglichkeit zur breitgestreuten Vermögensbildung eröffnet werden, die der breiten Schicht der unteren Einkommensklassen im marktwirtschaftlichen Prozess bei einer weitgehenden Selbstfinanzierung der Investition nur unzulänglich offensteht.

Als Anreiz zum freiwilligen Mehrsparen sollen gesetzlich verankerte Sparprämien gewährt werden. Die Finanzierung der Sparprämien kann aus dem Steueraufkommen oder aus Staatsvermögen erfolgen, sie geht somit zu Lasten der Gesamtheit der Wirtschaftssubjekte. Jedoch ergibt sich, wie Schreiber¹⁾ hervorhebt, hinsichtlich dieser allgemeinen Belastung folgender Unterschied: Die Belastung trifft nur denjenigen in voller Höhe, der sich nicht am prämiengünstigten Sparen beteiligt. Je grösser die Beteiligung des einzelnen am freiwilligen Mehrsparen ist, desto mehr wird diese Belastung durch die Prämiengewährung ausgeglichen. Von einer bestimmten Grenze ab übersteigt sogar die Prämie die Steuerbelastung. Dieses Verfahren zeige ähnliche Wirkungen wie eine Sondersteuer, der man ausweichen kann und soll. Das Mehrsparen werde zusätzliche belohnt, das Mindersparen oder Nicht-Sparen ein wenig bestraft. Auch psychologisch hält Schreiber die Sparprämie für eine zweckadäquate Massnahme; die Sparprämie erleichtere den Sparentschluss durch Gewährung individueller Vorteile, deren Grösse in bestimmten Grenzen der Höhe der

1) Vgl. Schreiber, W., Vermögensbildung in breiten Schichten, a.a.O., S.74

Sparsumme proportional sei. Die Sparprämie sei daher auch sehr geeignet, den kollektiven Sekundäreffekt des Mehrsparens, die Einkommenssteigerungen, wirksam auszugleichen.¹⁾

Zur Verhinderung eines revolvierenden Prämiensparens, bei dem für denselben Sparbetrag mehrmals Prämien empfangen werden können, schlägt Schreiber eine Beschränkung der Prämienvergünstigung auf eine einmalige Gewährung je Sparer in Höhe von 4 % für maximal 1.000 DM Sparsumme im Jahr vor. Die maximale Spardauer soll 10 Jahre betragen; innerhalb dieser Zeit kann beliebig über den Sparbetrag verfügt werden. Bei Abhebungen vor dem 5. Jahr verfallen jedoch die Prämien. Vom 5. Jahr an verfallen die schon gutgeschriebenen Prämien nicht mehr, jedoch erlischt von da ab jeder Anspruch auf weitere Prämien. Durch eine solche Beschränkung der Prämierung des freiwilligen Mehrsparens würde eine zweckadäquate Zielsetzung erreicht: "eine Initialzündung zum e r s t m a l i g e n (vom Verf. gesperrt) In-Gang-Setzen des Sparprozesses und nicht etwa eine dauernde Begünstigung schon vorhandener Vermögen."²⁾ Ausserdem würde bei dieser Regelung die von einigen Kritikern befürchtete, unerwünschte Rückwirkung der Sparprämiengewährung auf die Höhe des Geldzinses unterbunden. Es soll zulässig sein, daß der Prämiensparer vom 5. Jahre an sein Sparguthaben in ein Wertpapier-Depot seiner Wahl konvertiert. Hierbei kommt ein Ersterwerb von Wertpapieren aus Bundesbesitz besonders in Frage, bezugsberechtigt sollen nur die auf Prämien-Sparkonto eingezahlten Sparvermögen nach 5 Jahren Festlegungsfrist sein.³⁾

Eine Stimulierung des freiwilligen Mehrsparens, die sich auf eine einmalige, limitierte Initialzündung beschränken soll, kann daher auch nur zu einer Umverteilung der vermögensneubildung innerhalb bestimmter Grenzen führen:

1) Vgl. Schreiber, W., Vermögensbildung in breiten Schichten, a.a.O., S. 74

2) Schreiber, W., Vermögensbildung in breiten Schichten, a.a.O., S. 75

3) Ebenda, S. 77 f.

"Das mögliche Ausmass des freiwilligen Sparens liegt bei maximal etwa 12 % des Volkseinkommens. Ein darüber hinaus vermehrtes Sparen würde die Unternehmergewinne so stark einschränken, dass der Bestand der Marktwirtschaft gefährdet würde."¹⁾

Schreiber²⁾ leitet diese Obergrenze für die Vermögensbildung aus der gegebenen Vermögensverteilung des Zuwachses 1957 ab. Die Ersparnisse der privaten Haushalte sind von 1956 bis 1957 von 3,9 % auf 5,7 % des Volkseinkommens (das 1957 190 Mrd. DM betrug) gestiegen. Dies habe im gleichen Zeitraum einen Rückgang der Investitionsfinanzierung der Unternehmungen aus nicht entnommenen Gewinnen (Selbstfinanzierung) von 6,0 auf 5,5 % des Volkseinkommens und einen Rückgang der Vermögensbildung der öffentlichen Hand von 9,2 auf 7,7 % des Volkseinkommens zur Folge gehabt.

Für seine weiteren Überlegungen geht Schreiber³⁾ von der Voraussetzung aus, daß die Netto-Vermögensbildung weiterhin auf einer Höhe von rund 20 % des Volkseinkommens (1957 : 19 %) verharret. Eine weitere Zunahme des Anteils der Ersparnisse der privaten Haushalte würde unter dieser Voraussetzung eine weitere Kompression der Selbstfinanzierungsgewinne vornehmlich bei der Vermögensanlage in Aktien, Beteiligungen und Industrieobligationen und bei der staatlichen Vermögensbildung vornehmlich bei Anlage im Wohnungsbau einschliesslich Hypotheken und in Anleihen der öffentlichen Hand hervorrufen. Wenn es nun möglich sei, die Selbstfinanzierung der Unternehmen ohne Schaden für die Konjunktur und die Investitionsquote auf die Hälfte ihres bisherigen (1957 gegebenen) Anteils am Sozialprodukt zu reduzieren, so würde sich dadurch die Quote des Sparens der Haushalte auf 8,4 % des Volkseinkommens erhöhen lassen.

1) Schreiber, W., Vermögensbildung in breiten Schichten, a.a.O., S. 85

2) Ebenda, S. 67/68

3) Ebenda, S. 67 ff.

Der Ausfall von Finanzinvestitionen der öffentlichen Hand könnte dann privaten Sparern vielleicht eine weitere Marge von maximal 3,6 % des Volkseinkommens eröffnen, so daß insgesamt maximal 12 % des Volkseinkommens der Vermögensbildung der privaten Haushalte offenstehen.

Eine solche Verschiebung der Anteile am Vermögensbildungsprozess zugunsten der privaten Haushalte könnte sich nach Schreibers¹⁾ Ansicht wohl nur im Laufe einer längeren Übergangsperiode vollziehen. Unterstelle man, daß die Verlagerung der Anteile bereits im Basisjahr 1957 in voller Höhe vorgenommen würde, so betrüge der Vermögenszuwachs der privaten Haushalte 1957 (12 % des Volkseinkommens) 23 Mrd. DM , im Durchschnitt rund 1.000 DM je Erwerbstätigen. Ein Mehrsparen der Arbeitnehmer von 250.- DM jährlich hätte, wenn es sich zur Hälfte in Industriekapital niederschlägt, - bereits zur Folge, daß die Kreislaufgewinne der Unternehmungen von 10,5 auf 8 Mrd. DM reduziert würden. Zahlreiche kostenungünstige Unternehmen, besonders aus der Gruppe der mittleren und kleineren, hätten mit sehr einschneidenden Wirkungen dieser Reduktion der Selbstfinanzierungsrate zu rechnen. Um mehr als 5 Mrd. DM jährlich (das sind 2,75 % des Volkseinkommens) könnte, wie Schreiber²⁾ sagt, der "Zwangssparprozess" Selbstfinanzierung nicht reduziert werden.

Selbst wenn man die Selbstfinanzierung und das Vermögen der öffentlichen Hand zu dem jeweils möglichen Teil für die Vermögensbildung breiter Schichten heranzieht, bleibe die Hoffnung auf eine schnelle Änderung der Vermögenslage breiter Schichten utopisch. Ein nennenswertes Vermögen werde erst im Verlaufe eines Menschenalters auf diesem Wege gebildet werden können. Jedenfalls sei die Vorstellung, "es könnte jede Familie in naher oder späterer Zukunft ein Vermögen im heutigen Werte von 100 bis 200.000.- DM besitzen, und dieses Vermögen werde sich dann

1) Vgl. Schreiber, W., Vermögensbildung in breiten Schichten, a.a.O., S.68

2) Ebenda, S. 71

auch nach heutigen Sätzen, d.h. mit 5, 6 oder mehr Prozent verzinsen,"¹⁾ reine Utopie.

4) Änderungen des Steuersystems (Föhl)

Auf der Tagung des Vereins für Socialpolitik 1960 in Bad Kissingen hat C. Föhl²⁾ im Rahmen seines Referates "Ursachen und Beeinflußbarkeit der Vermögenskonzentration" einen eigenen Plan zur Verwirklichung einer breiteren Streuung der privaten Vermögensbildung auf dem Wege der steuerlichen Redistribution vorgetragen. Zur Realisierung seines Planes sind zwei Voraussetzungen zu erfüllen:³⁾

(1) Die Ersparnisbildung der Arbeitnehmer ist in einem der gewünschten Verlagerung der Vermögensbildung entsprechendem Maße zu erhöhen.

(2) Für die Gewinn- und Besitzeinkommen ist eine Besteuerungsart zu finden, durch welche die entsprechenden Netto-Einkommensbeiträge tatsächlich reduziert werden, indem entweder schon primär kleinere Gewinn- und Besitzeinkommen entstehen oder aber die aus ihnen gezahlten Steuern nicht durch Preiserhöhungen abgewälzt werden können.

werden beide Voraussetzungen erfüllt, so kann eine Vermögensdekonzentration in gewünschtem Masse herbeigeführt werden.

Die erste der genannten Voraussetzungen ist die Folgerung aus Föhls Kritik an vielfältigen Versuchen, die eine Beeinflussung der Vermögensbildung im Sinne einer breiteren Vermögensstreuung anstreben und sich nach seiner Ansicht "im Grossen und Ganzen als unwirksam erwiesen haben."⁴⁾ In sozialpolitischer Hinsicht sei dieses negative Ergebnis bedauerlich, in anderer jedoch positiv zu bewerten;

1) Schreiber, W., Vermögensbildung in breiten Schichten, a.a.O., S. 71

2) Vgl. Föhl, Carl, Ursachen und Beeinflussbarkeit der Vermögenskonzentration, in: Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 22, Berlin 1961, S. 156 ff.

3) Ebenda, S. 178 f.

4) Ebenda, S. 178 f.

denn wäre durch irgendeine Maßnahme der Realwert des disponiblen Einkommens der Arbeiterschaft merklich erhöht worden, so würde bei unveränderter Konsumfunktion zugleich auch die Verbrauchsquote am Sozialprodukt gestiegen sein, mit der Folge, dass eine so hohe Wachstumsrate wie in den letzten Jahren (zwischen 5 bis 10 %) nicht mehr erreicht worden wäre. Es sei sinnlos, nach Möglichkeiten einer wirksamen, nicht abwälzbaren Beeinflussung der Einkommensumverteilung zu suchen, solange nicht aus dem Arbeitseinkommen wesentlich mehr gespart werde als in den letzten Jahren. Solange es nicht gelinge, die Bezieher von Arbeitseinkommen zu einer höheren Ersparnisbildung zu bewegen, falle dem Steuersystem die Aufgabe zu, den Verbrauch soweit herunterzudrücken, daß genügend Raum für die zur Erreichung der gewünschten Wachstumsrate notwendigen Investition bleibe.

Eine Lösung des Problems sieht Föhl darin, daß die Arbeitseinkommen in wesentlich höherem Maße als bisher durch direkte Steuern belastet werden, damit eine steuerliche Begünstigung der Ersparnisbildung zum Tragen kommen kann. Zugleich könnte durch eine entsprechende Erhöhung der Tarifeinkommen sichergestellt werden, dass sich die Nettoeinkommen zum Zwecke der Erhaltung der Verbrauchsausgaben auf ihrer bisherigen Höhe halten. Bei einer ausreichend hohen direkten Besteuerung kann nun die Ersparnissteuerabzugsfähig gemacht werden, wobei man soweit gehen kann, daß die Ersparnisse nicht vom steuerpflichtigen Einkommen, sondern in "voller Höhe unmittelbar von der Steuerschuld"¹⁾ abgesetzt werden.

Eine Bindung der so gebildeten Ersparnisse hält Föhl für nicht erforderlich, es könnte vielmehr ihr steuerfreier Verbrauch im Rahmen der nach dem Familienstand zu staffelnden Freigrenzen zugelassen werden, ferner auch ihre steuerfreie Verwendung für förderungswürdige Sonderzwecke (Bau von Eigenheimen, Ausbildungskosten der Kinder usw.). "Auf diese Weise könnte erreicht werden, dass die Unverheirateten zur Vermeidung der sie andernfalls

1) Föhl, C., a.a.O., S. 181

treffenden hohen Steuerlast sparen, um als Familienväter später das Ersparte zusätzlich zu ihrem dann steuerfreien Einkommen wieder aufzehren zu können."¹⁾ Später, wenn die inzwischen erwachsenen Kinder selbst verdienen, kann eine zweite Sparperiode einsetzen, um das Ersparte nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben als zusätzliche Altersversorgung aufzehren zu können. Durch die abwechselnden Perioden des Sparens und Entsparens kann über die ganze Lebensdauer trotz der mit dem Familienstand stark wachsenden Belastungen ein ungefähr gleichbleibender Lebensstandard aufrecht erhalten werden.²⁾

Obwohl nun bei einer solchen Vermögensbildung die Ersparnis des einzelnen auf ein Entsparen in gleicher Höhe hinzielt, wächst der Gesamtfonds dieser Ersparnisse, der von den Sparern gespeist und von den Entsparern gleichzeitig laufend vermindert wird, nach Ansicht Föhls im Laufe einer Anlaufzeit von etwa 50 Jahren auf ein erhebliches Dauervermögen an, das für die Verhältnisse der Bundesrepublik etwa 150 Milliarden DM betragen würde. Auch später (nach Beendigung dieser Anlaufzeit) würde dieses Vermögen nicht konstant bleiben, sondern in ungefähr dem gleichen Verhältnis wie das Sozialprodukt weiterwachsen.³⁾

Der Sparfonds könnte aber noch über die durch die Vollaufzehrung der Individualersparnisse bis zum Lebensende gesetzte Grenze hinaus anwachsen, indem die Besteuerung der Arbeitseinkommen, die ja nicht effektiv wird, wenn der Steuerpflichtige die Ersparnisbildung vorzieht - höher angesetzt wird. Das würde darauf hinauslaufen, den einzelnen Bezieher von Arbeitseinkommen zu veranlassen, über die verzehrbaren Individualersparnisse hinaus vererbliche Sparvermögen zu bilden.

Nehmen wir nun mit Föhl an, daß sich die erste unerlässliche Voraussetzung auf dem von ihm vorgeschlagenen

1) Föhl, C., a.a.O., S. 181

2) Ebenda, S. 182

3) Ebenda, S. 182

Wege erfüllen lässt, d.h. eine wesentliche Steigerung der Ersparnisbildung der Arbeitnehmer eintritt, so wird dadurch eine Reduktion der Nettoeinkommen aus Gewinn und Besitz um den gleichen Betrag, der aus den Arbeitseinkommen zusätzlich gespart wird, nicht nur möglich, sondern zugleich notwendig, wenn die Wachstumsrate unverändert bleiben soll. Dieser Zusammenhang lässt sich aus der einfachen Kreislaufbeziehung¹⁾

$$(1) \quad Q = I - S_{nu} + V_u$$

demonstrieren. Bei unveränderter Netto-Investition I und unveränderten Verbrauchsausgaben der Unternehmer V_u bewirkt eine Erhöhung des Sparens der Nichtunternehmer S_{nu} eine Verminderung des Unternehmergewinns Q und damit des Besitzeinkommens.

Die Erhöhung der Ersparnisbildung der Arbeitnehmer ist nach dem Föhl-Plan durch folgende steuerliche Veränderungen möglich: Mittels einer erhöhten direkten Besteuerung der Arbeitseinkommen wird die Ersparnisbildung steuerabzugsfähig. Um die Verbrauchsausgaben der Arbeitnehmer auf ihrer bisherigen Höhe zu halten, ist eine Erhöhung der Tarifeinkommen erforderlich. Auf der Seite der Unternehmungen könnte dafür die Umsatzsteuer wegfallen oder entsprechend reduziert werden. Die obige Kreislaufbeziehung (Erhöhung der Ersparnisbildung der Arbeitnehmer auf Kosten der Besitzeinkommen) sollte aber nicht zu dem Trugschluß verleiten - wie Föhl hervorhebt -, daß eine Änderung der Besteuerung der Besitzeinkommen nicht erforderlich wäre. In den Unternehmen tritt nach dem Föhl-Plan die Erhöhung der Arbeitseinkommen an die Stelle eines entsprechenden Teiles der Umsatzsteuer. Solange die Unternehmen ihre Preise beibehalten, verändert sich die Höhe des Bruttogewinnes nicht. Erst durch eine zusätzliche Gewinnsteuer sollen deshalb die Nettogewinne um den Betrag reduziert werden, der der zusätzlichen Ersparnisbildung aus Arbeitseinkommen entspricht, und nicht

1) Vgl Föhl, C., a.a.O., S.183

etwa schon durch die Ersparnisbildung aus Arbeitseinkommen an sich.¹⁾ Diese Gewinnsteuer darf vor allem nicht abwälzbar sein, sondern muss eine effektive Reduzierung der Nettogewinne bewirken. Ausserdem sollte sie progressiv sein, um das weitere Steigen der Großvermögen wirksam zu bremsen.²⁾ Auf Seiten des Staates sinkt das Steueraufkommen um die Ertragsminderung der Umsatzsteuer, wenn auf der anderen Seite die zusätzlichen, steuerabzugsfähigen Arbeitnehmereinkommen voll gespart werden. Um das Steueraufkommen auf seiner ursprünglichen Höhe zu halten, muss die Gewinnbesteuerung denjenigen Betrag erbringen, um den die Umsatzsteuer gesunken ist.

Eine ganze Reihe weiterer steuerlicher Maßnahmen ist darauf gerichtet, daß die Gewinneinkommen gar nicht erst in ihrer bisherigen Höhe entstehen bzw. daß eine Überwälzung der Gewinnbesteuerung unmöglich gemacht wird. Zu diesen Maßnahmen zählen sehr hohe Steuersätze für den nicht ausgeschütteten Gewinn der Körperschaften, um eine Vollausschüttung der in den Kapitalgesellschaften erwirtschafteten Gewinne zu erzwingen;³⁾ ferner eine starke Progression im Einkommensteuertarif im Bereich der hohen Individualeinkommen, verbunden mit einem gespaltenen Steuertarif für verbrauchte und nicht verbrauchte Einkommen. Der Einkommensanteil, dessen Nichtverbrauch nicht nachgewiesen werden kann (z.B. durch die Bilanzen und Bankzertifikate), ist mit einer so scharfen Steuerprogression zu belegen, dass die Nettoverbrauchseinkommen auch bei sehr hohen Einkommen nicht über einen Höchstbetrag von 60.000.- DM pro Jahr hinausgehen können. Damit würde vermieden, dass bei der erzwungenen Vollausschüttung der Gewinne diese nicht die Verbrauchsquote erhöhen (d.h. zur Finanzierung eines Luxuskonsums dienen) und dadurch die Wachstumsrate beeinträchtigen. Für den nichtverbrauchten Einkommensteil sollen die Steuersätze wesentlich niedriger angesetzt

1) Vgl. Föhl, C., a.a.O., S. 184

2) Ebenda

3) Ebenda, S. 185

werden, aber doch noch so progressiv sein, daß die Bildung grosser Vermögen (durch Rückfluß dieser Einkommensteile zum Kapitalmarkt) verhindert wird.¹⁾

Die Körperschaftsteuer auf den ausgeschütteten Gewinn könnte wegfallen. Ebenso könnte auch auf die Besteuerung des Vermögens der Kapitalgesellschaften verzichtet werden. Eine übertriebene Dividendenpolitik sei bei Kapitalgesellschaften mit breitgestreutem Aktienbesitz ohnehin nicht zu erwarten, ebensowenig bei von Großaktionären beherrschten Unternehmen wegen der starken Progression der individuellen Einkommensteuer. Mit dem Wegfall beider Steuern ist zugleich der Vorteil verbunden, daß die Finanzierung über haftendes Eigenkapital nicht mehr wie bisher kostengünstiger wäre als die Fremdfinanzierung. Die Kostenunterschiede für beide Finanzierungswege bestünden nur noch im Unterschied von Dividende und Verzinsung.²⁾ Durch Senkung der Kosten für die Investitionsfinanzierung über die Aufstockung des Eigenkapitals könnte eine gemässigte Preisstellung der marktbeherrschenden Unternehmen erreicht werden. Andere Wege mit der gleichen Wirkung wären die progressive Besteuerung der Gewinne nach ihrem prozentualen Verhältnis zum Eigenkapital - wobei die Finanzierung durch Haftungskapital steuerlich noch günstiger würde als die Fremdfinanzierung - oder nach ihrem prozentualen Anteil am Umsatz. Wird auf dem einen oder anderen Weg oder durch Zusammenwirken dieser Maßnahmen erreicht, daß die Gewinneinkommen in ihrer bisherigen Höhe gar nicht erst entstehen, dann sinkt trotz der stark erhöhten Steuersätze das Steueraufkommen aus Gewinneinkommen. Der Finanzbedarf kann durch höhere effektive Besteuerung der Arbeitseinkommen gedeckt werden, wodurch sich aber die Netto-Real-einkommen der Arbeiterschaft nicht vermindern, weil das Niveau der Güterpreise infolge der veränderter Preis-

1) Vgl. Föhl, C., a.a.O., S. 187 f.

2) Ebenda, S. 185 f.

politik der Unternehmen tiefer liegt als zuvor. Zwischen der Ersparnisbildung und dem effektiven Steueraufkommen aus dem Arbeitsaufkommen kann das gewünschte Verhältnis durch eine nur partielle Abzugsfähigkeit der Ersparnisse hergestellt werden.¹⁾

Ein Maß für den Umfang der Vermögensbildung bei den Arbeitnehmern ist die Höhe der direkten Besteuerung der Arbeitseinkommen: "Durch die Höhe der Besteuerung hat man es in der Hand, das Maß der Ersparnisbildung zu regulieren."²⁾ Allerdings kann mit Hilfe steuerlicher Maßnahmen die Ersparnisbildung der Arbeitnehmerschaft nicht beliebig weit ausgedehnt werden. Sie findet einerseits eine "Grenze in der Belastbarkeit des Grenzproduzenten durch die zur Erhaltung der Verbrauchsausgaben notwendige Tarifierhöhung,"³⁾ die an die Stelle der indirekten Steuern (Umsatzsteuer) tritt. Die Tarifierhöhung kann nicht höher sein als die indirekten Steuern, von denen der Grenzproduzent entlastet werden muss, wenn nicht eine Schrumpfung der Kapazitätsausnutzung eintreten soll.

Eine zweite Begrenzung für das Ausmaß der Vermögensbildung der Arbeitnehmer ergibt sich aus der Höhe jenes Teiles der privaten Investition, den man durch Fremdmittel finanzieren kann. Dieser Teil der Investition ist in den Klein- und Mittelbetrieben relativ gering. Nach Ansicht Föhls wirkt die Notwendigkeit einer gewissen Eigenfinanzierung der Wirtschaft in stärkerem Masse beschränkend auf die von ihm vorgeschlagene Möglichkeit einer Vermögensbildung zugunsten der Arbeitnehmer als die erstgenannte Begrenzung durch die steuerliche Belastbarkeit der Grenzproduzenten.⁴⁾

Eine über die engere Begrenzung durch die Notwendigkeit der Selbstfinanzierung hinausgehende Vermögensbildung

1) Vgl. Föhl, C., a.a.O., S. 186 f.

2) Ebenda, S. 182

3) Ebenda, S. 182

4) Ebenda, S. 182 f.

aus Arbeitseinkommen könnte jedoch nach dem Vorschlag Föhls bis zu der erstgenannten Grenze (d.h. der steuerlichen Belastung der Grenzproduzenten) ermöglicht werden, wenn ein Teil der bisher durch die Geldvermögensbildung der öffentlichen Hand finanzierten Investitionen mit Hilfe der Ersparnisse aus Arbeitseinkommen finanziert wird und diese Ersparnisse gegebenenfalls darüber hinaus zur Finanzierung einer zusätzlichen Staatsverschuldung herangezogen werden.

5) Vermögensabgabe (SPD)

Die SPD hat auf ihrem Parteitag 1960 in Hannover nach längerer Diskussion einen Entschliessungsantrag "Gerechte Vermögensbildung"¹⁾ angenommen. Darin wird die bestehende Vermögensverteilung als grosses soziales Unrecht bezeichnet, da sich der Vermögenszuwachs immer stärker auf einige wenige grosse, mächtige und hochrentable Unternehmen konzentrierte, die hohe Preise und damit hohe Gewinne erzielten. Die Arbeitnehmer seien demgegenüber wie die mittleren und kleineren Unternehmer weitgehend von dieser Vermögensbildung ausgeschlossen. Die Aufgabe bestehe darin, Gerechtigkeit in der Vermögensbildung herbeizuführen.

Dies soll nach dem Plan der SPD durch zwei sich ergänzende Massnahmen erreicht werden: Durch eine Reduzierung der industriellen und privaten Grossvermögen einerseits und die Förderung der Spartätigkeit der kleinen und mittleren Einkommensbezieher andererseits. Und zwar soll der Vermögenszuwachs der gewerblichen Wirtschaft dadurch zu einer Verbreiterung der Vermögensschichtung in den unteren Einkommensklassen beitragen, dass die Vermögenszuwächse im obersten Teil der Ver-

1) Zum folgenden vgl. Gerechte Vermögensbildung, Antrag Nr. 46 des Parteivorstandes nebst Arbeitsunterlage, in: Vorlage Nr. 3, Anträge 1 - 81 des Parteitages der SPD in Hannover v. 21. - 25. November 1960.

mögenspyramide durch Besteuerung sehr stark beschnitten werden. Vorgesehen ist eine angemessene Besteuerung des Vermögenszuwachses der Grosswirtschaft und eine wirk-same Erbschaftsteuer auf Grossvermögen. Zur Grosswirt-schaft rechnen Großunternehmen mit Gewinnen, die über eine bestimmte Grenze hinausgehen.¹⁾

Nach den Intentionen des SPD-Vorschlages soll die Vermögensabgabe 20 % betragen. Die Gesetzgebung, ins-besondere das Aktienrecht und gegebenenfalls das Steuer-recht, soll eine Abgeltung dieser Vermögensabgaben nach Möglichkeit durch Aktien oder andere Anteilsrechte an den betroffenen Unternehmen fördern.

Diese Vermögensabgaben zum Zwecke einer breiten Ver-mögensstreuung sollen nicht in den allgemeinen Staats-haushalt fliessen, sie werden vielmehr einer selb-ständigen Institution, der 'Deutschen Nationalstiftung' zugeführt und von dieser verwaltet. Die Verwaltung dient dem Zweck, einen Wertpapierfonds zu schaffen, der die Vermögensabgabe der betroffenen Unternehmen in Form eigener Beteiligungspapiere sowie die aus Bargeldabgaben erworbenen Wertpapiere aufnimmt. Auf dieser Grundlage soll eine breite Vermögensstreuung in der Weise erreicht werden, daß für die im Fonds befindlichen Vermögenswerte sog. 'Deutsche Volksaktien' in Form von Investmentzerti-fikaten ausgegeben werden. Diese Wertpapiere soll jeder-

1) Der Wirtschaftsexperte der SPD, H. Deist, führte zur Besteuerungsgrenze in seinem Bericht vor dem Plenum des SPD- Parteitages 1960 aus: "Nur 1.200, also ein kleiner Bruchteil, hatte Einkommen über 1 Million DM, aber diese vereinigten auf sich einen Gewinn von ins-gesamt 7,3 Milliarden DM und damit 85 Prozent aller Gewinne der Aktiengesellschaften und der GmbH's dieser 18.200 Unternehmungen... Das verstehen wir unter Großgewinnen. Diese Millionengewinne innerhalb der Wirtschaft sind das, was wir bei der Vermögens-streuung nutzbar machen wollten." Vgl. Protokoll-auszug des Parteitages der SPD in Hannover vom 21. - 25. November 1960, 2. Tag, S. 97.

mann erwerben können. Bezieher von Jahreseinkommen, die bei Unverheirateten 8.000.- DM, bei Verheirateten 16.000.- DM nicht übersteigen, sollen im Rahmen eines allgemeinen Sparprämien-systems einen hohen Nachlass bis zu 50 % auf den Erwerbspreis erhalten.

In dem SPD-Vorschlag wird als Voraussetzung für eine breitgestreute Vermögensbildung eine verbreiterte Einkommensstreuung genannt, die eine solche Verbesserung der Einkommensverhältnisse der Arbeitnehmer und der mittleren und kleinen Unternehmer einschliesst, daß diese Bevölkerungsschichten sparen und damit Vermögen bilden können. Weitere Voraussetzungen für die Verbreiterung der Vermögensstreuung sind ein stabiles Preisniveau sowie die Sicherung der für das Wirtschaftswachstum notwendigen Vermögensbildung insbesondere durch den Ausbau der Sparprämienregelung zu einem geschlossenen Sparprämien-system.

Auf die Realisierung der ersten beiden Voraussetzungen (Anhebung der Einkommen in den unteren Einkommensklassen zur Stärkung ihrer potentiellen Sparfähigkeit, Sicherung des Geldwertes der Ersparnisse) geht der Plan nicht näher ein bzw. beschränkt sich auf allgemeine wirtschaftspolitische Forderungen. Besondere Bedeutung kommt aber der dritten Voraussetzung, dem institutionellen Rahmen für die Verbreiterung der Vermögensstreuung zu, weil diese Institution die ergänzende Komponente zur Abschöpfung der grossen Vermögen zwecks verbreiteter Vermögensstreuung bildet. Bei Realisierung des SPD-Vorschlags für eine breite Vermögensstreuung stünden Vermögenstitel (Deutsche Volksaktien) in einer Grössenordnung zur Verfügung, die durch keinen der bisher in der Öffentlichkeit erwähnten Vorschläge erreicht werde. Bei dem gegebenen Stand der Vermögensbildung der Grossunternehmen würde sich die Vermögensabgabe jährlich auf etwa 1 bis 2 Mrd. DM belaufen.

Der SPD-Plan stellt eine Sonderform zwischen den vorgenannten Plänen, in denen die begünstigten Arbeitnehmer unter gleichzeitiger Aufstockung ihrer Einkommen vermehrt

sparen, und einigen nachfolgend erörterten Plänen (Gleitze/Büttner und Bachmann) dar, in denen die Arbeitnehmer nicht sparen, sondern aus zwangsweise übertragenen Eigentumstiteln Vermögen bilden. Im SPD-Plan werden einerseits die umzuverteilenden Eigentumstitel durch eine Zwangsabgabe aufgebracht, zugleich sollen die begünstigten Arbeitnehmer diese Titel mit ihren Ersparnissen erwerben. Das führt zu der bemerkenswerten Lösung, dass langfristig die über vermehrtes Sparen der Arbeitnehmer aufgebrachten Sparkapitalien (einschliesslich sonstiger Erlöse der Nichtbegünstigten) nicht für die Investitionsfinanzierung in den durch die Vermögensabgabe belasteten Unternehmen zur Verfügung stehen, sondern (zusammen mit der Vermögensabgabe in Geld) die Grundlage für eine Anlagepolitik der Stiftung bilden, deren Einwirkungen auf die Vermögensbildung und -verteilung quantitativ nicht zu erfassen sind.

6) Sozialkapitalfonds und Werksgenossenschaften (DGB, DAG und Sozialausschüsse der CDU)

Von gewerkschaftlicher Seite sind verschiedene offizielle Konzepte eines Plans zur breitgestreuten Vermögensbildung der Öffentlichkeit vorgelegt worden, die - wenn man von den anschliessend zu erläuternden, weniger offiziellen Plänen einzelner gewerkschaftlicher Autoren zunächst absieht - noch nicht als ausgebaute Pläne angesehen werden können. Das wird besonders deutlich aus der Stellungnahme des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) vom 3.1.1961¹⁾, in der sich dieser erstmalig offiziell mit dem Problem der Vermögensumverteilung befasst. Daraus geht hervor, dass die deutschen Gewerkschaften sowohl die Entwicklung der Vermögensverteilung

1) Der Wortlaut dieser Stellungnahme des DGB ist zitiert bei H.W. Büttner (i/Hauptabteilung für Wirtschaftspolitik des DGB) : Sozialkapital bringt Eigentum für alle, Welt der Arbeit v. 13. 1. 1961.

in der BRD als auch die bis dahin bekanntgewordenen Vorstellungen zu einer Änderung dieser Vermögensverteilung ablehnen.

Anreizsysteme für das freiwillige Sparen setzen relativ hohe Realeinkommen voraus, jedoch sei diese Voraussetzung bei grossen Teilen der Arbeitnehmerschaft nicht gegeben. Vielmehr habe die Erfahrung der vergangenen Jahre gezeigt, daß Nominalloohnerhöhungen nur in unzureichendem Maße zu Realeinkommensteigerungen geführt haben, weil bei der Preisgestaltung vonseiten der Industrie und des Handels volkswirtschaftliche oder ethische Gesichtspunkte nicht berücksichtigt würden. Um aber bei dem gegebenen Zustand der Vermögensakkumulation eine Beteiligung der Arbeitnehmer zu erreichen, fordert der DGB eine Umverteilung der industriellen Vermögen derart, dass ein bestimmter Teil des Vermögenszuwachses in 'Sozialkapital' umgewandelt und in das Eigentum eines zu schaffenden 'Sozialkapitalfonds' überführt wird. Eine Vermögensbeteiligung aller Arbeitnehmer der Privatwirtschaft und des öffentlichen Dienstes (Arbeiter, Angestellte und Beamte) soll durch Ausgabe von Anteilsrechten an dem Fonds erfolgen. Diese Anteilsrechte sollen echte Vermögenswerte darstellen, über die jederzeit frei verfügt werden kann. Die Zinserträge des Fonds sollen zu einem Teil den Arbeitnehmern ausgezahlt und zum andern insbesondere für Zwecke der Wissenschaft und Erziehung verwendet werden. In den Grundzügen entspricht die Vorstellung des DGB zur Vermögensumverteilung dem SPD-Plan, im Gegensatz zu diesem enthält sie jedoch keine konkreten Vorstellungen über die Größenordnung der angestrebten Vermögensumverteilung.

Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) hat ihre Vorstellungen über eine Vermögensdekonzentration in einer Denkschrift¹⁾ niedergelegt und in einem entsprechenden Ge-

1) Miteigentum der Arbeitnehmer, eine Stellungnahme der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft. Hrsg.: Hauptvorstand der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Abtlg. Wirtschaftspolitik und Betriebsverfassung, Hamburg 1955.

setzesvorschlag zusammengefasst. Danach sollen alle Betriebe der gewerblichen Wirtschaft durch ein besonderes Miteigentumsgesetz verpflichtet werden, ihre Arbeitnehmer am betrieblichen Substanzzuwachs durch Geschäftsanteile und Gewinnausschüttungen zu beteiligen. Zu diesem Zweck sind bei allen Unternehmen Spezialgenossenschaften, sog. 'Werksgenossenschaften' zu errichten, die keinen Einfluß auf die Rechtsform des Unternehmens haben, mit Ausnahme des Einzelkaufmanns, der der Werksgenossenschaft die Stellung eines Kommanditisten oder stillen Gesellschafters einzuräumen hätte. Die Werksgenossenschaft sammelt die Miteigentumsrecht zu einem gemeinsamen Anteil der gesamten Arbeiterschaft und verwaltet diese kollektiv. Dem einzelnen Arbeitnehmer wird sein persönlicher Anteil an diesem Gesamtfonds in einem Miteigentumsbrief jährlich gutgeschrieben, der unveräusserlich ist; bei seinem Ausscheiden fällt der Anteil an den Betrieb zurück, der ausscheidende Arbeitnehmer erhält eine Abfindung in Höhe des tatsächlichen Wertes der verfallenen Anteile. Die Quote der Arbeitnehmerbeteiligung am Substanzzuwachs des zu investierenden bzw. im vergangenen Geschäftsjahr bereits investierten Gewinns erfolgt nach den Vorschlägen der DAG "entweder nach Maßgabe vorher getroffener Vereinbarungen (der Sozialpartner, der Verf.) über ein Verhältnis zum Lohn oder aufgrund der betriebswirtschaftlichen Erkenntnisse über den Betriebsgewinn, wobei zur Wahrung des Bestandes des ursprünglichen Eigentums eine Beurteilung nach Grundsätzen der organischen Bilanztheorie vorzunehmen ist ... Der aus betriebswirtschaftlichen Gründen nicht ausschüttbare, sondern zu investierende Teil des Betriebsgewinns verbleibt im Betriebsvermögens. Darum wird rechnerisch auf Grund fester, betriebswirtschaftlicher Grundsätze bei gleichzeitiger billiger Würdigung der unternehmerischen Gesamtleistung für den betrieblichen Wertsbstanzzuwachs der ideale Gesamtanteil der Arbeitnehmerschaft am gesamten Betriebsvermögen (sowohl bewegliches wie unbewegliches) auf der Basis dieses Anteils am Substanzzuwachs bestimmt. Hiernach wird nach Maßgabe der Gehalts- bzw. Lohnabzüge der ideelle

Anteil des einzelnen Arbeitnehmers festgesetzt." ¹⁾

Daraus geht hervor, daß in dem Plan ein betriebswirtschaftlich objektivierter Verteilungsschlüssel für den Substanzzuwachs unterstellt wird, der zugleich auch den Anteil der Arbeitnehmerschaft an der gesamten vorhandenen betrieblichen Vermögenssubstanz begründet, die Bestimmung der "idealen" Quote hingegen Verhandlungen der Sozialpartner überlassen bleibt, ²⁾

Der Plan und ein entsprechender Gesetzesentwurf zum Miteigentum der Arbeitnehmer vonseiten der Sozialausschüsse der CDU ³⁾ ähneln in ihren Grundzügen dem Plan der DAG; auch hier ist die Bildung von 'Werksgenossenschaften' zur kollektiven Verwaltung der Miteigentumsanteile vorgesehen. Ein wichtiger Unterschied besteht insofern, als die Beteiligung der Arbeitnehmer am Unternehmensertrag in Form eines betrieblichen oder überbetrieblichen Miteigentums nicht durch gesetzlichen Zwang, sondern durch betriebliche Vereinbarungen eingeführt werden soll - nicht zuletzt im Vertrauen auf die Macht der Gewerkschaften.

7) Sozialkapitalfonds (Gleitze/Büttner)

Nach einem von Gleitze ⁴⁾ (Leiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften) entwickelten Vorschlag, der von Büttner ⁵⁾ (i/Hauptabteilung Wirtschaft beim DGB) zu einem Plan ausgebaut worden ist, sollen zur

1) Miteigentum der Arbeitnehmer, a.a.O., S. 15

2) Ebenda

3) Vgl. Dittmar, Rupprecht, Miteigentum - ein praktischer Vorschlag. Ein Gesetzesvorschlag über das Miteigentum der Arbeitnehmer. Hrsg.: Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft. Königswinter 1957; ders.: Miteigentum - kein praktischer Vorschlag? Eine Antwort auf die Stellungnahme zu Miteigentum - ein praktischer Vorschlag. Hrsg.: Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft. Königswinter 1958.

4) Vgl. Gleitze, Bruno, Lohnpolitik und Vermögensverteilung, Sozialer Fortschritt, 6. Jg., 1957, S. 53 ff.; ders.: Die Bildung und Verteilung von Sozialkapital, a.a.O., S. 32 ff.

5) Vgl. Büttner, H.W., Eigentumsstreuung über Sozialkapital, Sozialer Fortschritt, 7. Jg., 1958, S. 77 ff.

Beseitigung übermässiger Kapitalkonzentration privatwirtschaftliche Großbetriebe gesetzlich verpflichtet werden, durch Auflösung von Pensionsrückstellungen und stiller Reserven und Bereitstellung von Teilen des laufenden Differentialgewinns sog. Sozialkapital zu bilden und in überbetrieblichen Sozialkapitalfonds (auf regionaler oder branchenmässiger oder auf gesamtwirtschaftlicher Grundlage) zu übertragen. Unter diese Regelung sollen alle privaten erwerbswirtschaftlichen Unternehmen fallen, die eine Mindestgrösse von 10 Mio DM tätigen Vermögens haben. In den Sozialkapitalfonds sind von den infrage kommenden Unternehmen 50 % des im vorausgegangenen Jahr entstandenen Vermögenszuwachses einzubringen. Als Bemessungsgrundlage für den Vermögenszuwachs kommt die Summe von versteuertem Gewinn, überhöhten Abschreibungen und Rücklagenbildung in Betracht; auszugehen ist von den bestehenden Steuer- und Handelsbilanzen, die durch verstärkte Publizitätspflicht genügende Aufschlüsse über die Vermögenszuwächse in den Unternehmen geben könnten. Bei Kapitalgesellschaften sind demgemäss 50 % des jährlichen Vermögenszuwachses in Eigenkapital umzuwandeln und diese Aktien an den Sozialkapitalfonds zu übertragen. Der Vorgang entspricht der normalen Ausgabe von Gratisaktien. Personalgesellschaften und Einzelkaufleute sollen sich demgegenüber am Sozialkapitalfonds nicht anteilmässig beteiligen, sondern schuldrechtliche Verpflichtungen gegenüber dem Sozialkapitalfonds eingehen; diese Regelung kann wahlweise auch von Kapitalgesellschaften in Anspruch genommen werden. Für langfristige Verbindlichkeiten gegenüber dem Sozialkapitalfonds ist eine Verzinsung und Tilgung im Rahmen der normalen Ertragsfähigkeit der betreffenden Unternehmen vorgesehen. Für die Unternehmen besteht ein dritter Weg, die Verpflichtungen gegenüber dem Sozialkapitalfonds in bar abzulösen.

Durch die Bildung von Sozialkapital werde die Finanzierung langfristiger Investitionsvorhaben normalisiert, indem Selbstfinanzierung und Fremdfinanzierung wieder in ein

angemessenes Verhältnis zueinander gebracht werden, weil die Unternehmen gezwungen werden, sich zu einem Teil der Nettoinvestition durch Übertragung des Sozialkapitals auf den Fonds zu verschulden.¹⁾

Werden die Unternehmen aller Wirtschaftszweige zur Sozialkapitalbildung herangezogen, so wäre es gerechtfertigt, sämtliche Arbeitnehmer im weitesten Sinne des Wortes zu begünstigen. Alle Arbeitnehmer erhalten einen verbrieften Rechtsanspruch auf den Sozialfonds, der Anteilschein soll einer Aktie ohne Nennwert oder einem Investmentzertifikat entsprechen. Der Wert eines Anteils ist bestimmt durch den Wert der gesamten Forderungen oder Anteilsrechte im Portefeuille des Sozialkapitalfonds. Diese Anteilscheine könnten an sich an normalen Wertpapiermärkten wie Aktien gehandelt werden und es würde sich ein Kurs bilden, in dem die Steigerung dieser Vermögenswerte infolge ständiger Wirtschaftsexpansion zum Ausdruck käme. Da aber eine Veräußerung dieser Anteilscheine dem Ziel einer breitgestreuten und beständigen Vermögensbildung widersprechen würde, sollen die Anteilscheine (bzw. der damit begründete Rechtsanspruch an den Sozialkapitalfonds) nicht übertragbar sein, ausgenommen persönliche Notfälle und die Fälle des Grundstückserwerbs.

8) Sachwertlohn-Plan (Bachmann)

Der Vorschlag H. Bachmanns²⁾ stützt sich auf eine Beteiligung der Arbeitnehmer an der Selbstfinanzierung der Unternehmen. Nur die Umverteilung eines Teils der in Zukunft neu zu bildenden Vermögen ermögliche eine zugunsten der Arbeitnehmer veränderte Vermögensverteilung, weil eine dauernde Sparfähigkeit - abgesehen von relativ wenigen Fällen hoher Arbeitseinkommen - auf dem Vermögensertrag beruhe. Bei einer Gleichverteilung des Vermögens würde

1) Vgl. Büttner, H.W., a.a.O., S. 79

2) Vgl. Bachmann, Herbert, Vermögensstreuung durch Tarifvertrag, Recht der Arbeit, 10.Jg., 1957, S. 451 ff.

die Sparfähigkeit aller erhöht, wenn die Entlohnung der Arbeitsleistung von der Vermögensumverteilung nicht berührt werde.¹⁾

An eine gleichmässige Umverteilung des ganzen vorhandenen Vermögens denke niemand, weil sie in absehbarer Zeit ausserhalb des politisch Erreichbaren liege. Jedoch erhebe sich für die Arbeitnehmer angesichts der Ablehnung der Miteigentumsgedanken von Seiten der Arbeitgeber die Frage, "ob denn mit so wenig, wie politisch erreichbar erscheint, ihre Vermögenslosigkeit nicht nur gerade nominell und minimal beseitigt, sondern eine gleichmässige Vermögensstreuung überhaupt herbeigeführt werden könnte."²⁾

Zur Beantwortung dieser Frage geht Bachmann von einer einfachen Rechnung aus.³⁾ In einem Zahlenbeispiel habe eine Aktiengesellschaft 100 Mio. DM Aktienkapital, der Kurs der Aktien sei 100, so daß das Realkapital ebenfalls 100 Mio. DM wert sei. Nach Zahlung der Steuern betrage der vom Finanzamt ermittelte steuerbare Jahresgewinn 10 Mio. DM; davon werden 6 Mio. DM als Dividende ausgeschüttet. Die restlichen 4 Mio. DM werden im Unternehmen angelegt, zur Hälfte geht das Eigentum daran in Form von 2 Mio. DM neuen Aktien an die Arbeitnehmer über. Im folgenden Geschäftsjahr beträgt das Aktienkapital 102 Mio. DM, das Realkapital 104 Mio. DM. Unterstellt man in diesem Jahr wiederum einen steuerbaren Gewinn (nach Abzug der Steuern) in Höhe von 10 % des Realkapitals, so beträgt der Gewinn 10,4 Mio. DM. Davon werden wiederum 6 % des Realkapitals, das sind 6,24 Mio. DM, als Dividende auf alte und neue Aktien ausgegeben. Auch im zweiten Jahr bleiben 4 % des Realkapitals, das sind 4,16 Mio. DM im Unternehmen, die Hälfte davon geht als neue Aktien in das Eigentum der Arbeitnehmer über. Das Aktienkapital beträgt nun

1) Vgl. Bachmann, H., a.a.O., S. 453

2) Ebenda

3) Ebenda

104,08 Mio. DM, darunter 4,08 Mio. DM in Händen der Arbeitnehmer, das Realkapital ist 108,16 Mio. DM wert.

Bei einer derartigen Beteiligung der Arbeitnehmer am Vermögenszuwachs des Unternehmens ergibt sich, daß nach 28 Jahren die Arbeitnehmer zusammen ebensoviele Aktien und nach 42 Jahren doppelt so viele wie die alten Aktionäre besitzen. Das bedeutet, daß in diesem Zahlenbeispiel in knapp einer Generation die Parität zwischen alten Aktionären und mitbeteiligten Arbeitnehmern am Eigentum der Aktiengesellschaft hergestellt wäre, in 1 1/2 Generationen hätte jede Arbeitnehmerfamilie im Durchschnitt dasselbe wie eine alte Aktionärsfamilie, wenn man das Verhältnis von 1 zu 2 von Vermögenden zu Vermögenslosen zugrunde legt, und diese Vermögensgleichheit zwischen beiden Gruppen gilt allgemein, wenn solches Miteigentum allgemein eingeführt würde.¹⁾ Nicht berücksichtigt sei bei dieser Rechnung die in der Übergangszeit anhaltende, aber immer schwächer werdende Überlegenheit der ursprünglich Vermögenden in der Bildung neuen Vermögens. Jedoch nach knapp zwei Generationen wären beide Gruppen an dem neuen Vermögen paritätisch beteiligt, und nach knapp drei Generationen wäre "völlige Gleichheit im Vermögensdurchschnitt der Familien beider Gruppen erreicht."²⁾ Diese Gruppen wären allerdings, so fügt Bachmann hinzu, schon während dieser Zeit aus anderen Gründen (persönlicher Aufstieg oder Abstieg, Vermögenszuwachs oder -verlust, Heirat) vermischt, so daß sich der durchschnittliche Vermögensstatus je Familie in beiden Gruppen schon in kürzeren Fristen ausgleicht. Mit einer Abkürzung der errechneten Fristen ist ferner bei Inflation zu rechnen.

Die in die Rechnung eingeführten Zahlenwerten dürften nach Ansicht Bachmanns nicht zu optimistisch sein, sondern Durchschnitte darstellen, um die die wirklichen Zahlen-

1) Vgl. Bachmann, H., a.a.O., S. 453

2) Ebenda

verhältnisse von Unternehmen zu Unternehmen und auch von Jahr zu Jahr schwanken. Die Bezugnahme auf Aktiengesellschaften (in der obigen Rechnung) soll als Beispiel für alle Gesellschaften, bei denen entsprechend zu verfahren wäre, gelten, "so dass die Ergebnisse der Rechnung für die ganze Volkswirtschaft und das ganze Volksvermögen gelten."¹⁾

In der Kommentierung seiner Grundzüge eines Miteigentumsgesetzes schlägt Bachmann²⁾ folgende institutionelle Verankerung des Miteigentums bei allen Unternehmen vor: Nur die Aktiengesellschaften, deren Aktien zum Börsenhandel zugelassen sind, werden durch ein entsprechendes Gesetz gezwungen, ihre Arbeitnehmer am nicht ausgeschütteten steuerbaren Gewinn in Form neuer Aktien zu beteiligen. Aktiengesellschaften mit Börsenzulassung haben bei der Emission neuer Aktien von vornherein mit beliebigen Mitaktionären zu rechnen, demgegenüber haben andere Aktiengesellschaften einen geschlossenen Kreis von Aktionären, insbesondere sog. Familien-AGs. Sie gleichen in dieser Hinsicht den Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Genossenschaften, Personalgesellschaften und Einzelunternehmen. Diese Unternehmen zur Aufnahme neuer Teilhaber zu zwingen, und seien es auch ihre Arbeitnehmer, wäre nach Ansicht Bachmanns eine stärkere Zumutung als bei den börsengängigen Aktiengesellschaften. Ausserdem sei es bei einigen dieser Unternehmensformen schwierig, vom steuerbaren Gewinn wie bei den AGs auszugehen. Man könnte diese Schwierigkeiten aber dadurch überwinden, daß die Tarifverträge entsprechende Bestimmungen enthalten, daß der Sachwertlohn in Form von Aktien, die die Arbeitnehmer der Aktiengesellschaften einer Branche durchschnittlich im Verhältnis zum Geldlohn erhalten, im gleichen Verhältnis auch von allen anderen Unternehmen dieser Branche in beliebigen Sachwertpapieren gegeben werden müsse. Jedoch sollten auch andere

1) Bachmann, H., a.a.O., S. 454

2) Ebenda, S. 454 f.

Formen des Miteigentums durch Betriebsvereinbarungen oder Vertrag zugelassen werden, sofern sie die Arbeitnehmer nicht schlechter stellen und die Firmen nicht besser als die mit ihnen konkurrierenden Aktiengesellschaften.

Bei Unternehmen mit anderen Formen als der Aktiengesellschaft glaubt Bachmann¹⁾ auf einen gesetzlichen Zwang zur Einführung des Miteigentums verzichten zu können. Hier genüge der wirtschaftliche Druck, den die Gewerkschaften über Tarifverträge ausüben: die Arbeitnehmer möchten gewiss nicht schlechter gestellt sein und diese Unternehmer möchten nicht weniger qualifizierte Arbeitskräfte haben als die Aktiengesellschaften. Aus diesem Grunde begegneten die Gewerkschaften auch keinen unüberwindlichen Schwierigkeiten, wenn sie Miteigentum in solchen Wirtschaftszweigen durchsetzen wollten, die keine Aktiengesellschaften aufweisen. Wenn der Sachwertlohn neben dem Geldwertlohn in der Wirtschaft allgemein geworden ist, wird nach Ansicht Bachmanns der Sachwertlohn auch ein Bestandteil der Beamtenbesoldung werden.

Der Verteilungsmodus des gesamten jährlichen Sachwertlohns auf die Arbeitnehmer ist durch das angestrebte Ausmaß des Miteigentums bestimmt: "Da das Ziel die gleichmässige Vermögensstreuung ist, muß der Sachwertlohn so auf die einzelnen Angehörigen einer Belegschaft verteilt werden, daß jeder in seinem normalen Arbeitsleben gleich viel bekäme."²⁾ Das bedeutet z.B. einen höheren Sachwertlohn für diejenigen Arbeitnehmer, die infolge längerer Berufsausbildung später ins Berufsleben eintreten als der Durchschnitt der Arbeitnehmer.

Der Miteigentumsplan Bachmanns sieht interessanterweise keinerlei Bindung des Miteigentums vor. Die Tarifverträge sollen ausdrücklich festlegen (oder wenigstens

1) Vgl. Bachmann, H., a.a.O., S. 455

2) Ebenda

keine gegenteiligen Bestimmungen enthalten), daß es sich bei den an den einzelnen Arbeitnehmer ausgegebenen Aktien oder sonstigen Sachwertpapieren um ein völlig freies Eigentum handle, das jederzeit veräußert oder in andere Vermögensformen umgewandelt werden kann. Das übertragene Aktienkapital soll den Arbeitnehmern die gleiche Stellung einräumen wie den alten Aktionären und gegenüber dem vorhandenen Eigentum nicht ein Eigentum minderen Rechts darstellen. Die einmal erreichte Vermögensstreuung soll durch die spezifischen Eigenschaften des Miteigentumssystems selbst sichergestellt sein. Bachmann¹⁾ führt im einzelnen die folgenden Eigenschaften seines Miteigentumssystems an, ohne überzeugend zu begründen, auf welche Weise diese Eigenschaften eine Umstrukturierung der jeweils erreichten Schichtung infolge Veräußerung verhindern: (1) die Miteigentumsansprüche fallen erst nachträglich, nach der Gewinnerzielung bzw. selbstfinanzierten Investition an; (2) die Miteigentumsansprüche schwanken von Jahr zu Jahr je nach der Höhe des Gewinns bzw. des selbstfinanzierten Kapitalzuwachses; (3) eine Überwälzung der Belastung ist weder über die Preise noch über niedrigere Löhne möglich, weil das Miteigentum allgemein, in allen Branchen für alle Unternehmen eingeführt wird; (4) alle Gruppen (Arbeitnehmer einzelner Branchen) sind an dem Miteigentumssystem beteiligt und haben ein gleiches Interesse an dem übertragenen Vermögen; (5) die Handhabung des Systems obliegt den Gewerkschaften.

Bei Einführung des Miteigentums in der von Bachmann vorgeschlagenen Form soll einerseits eine gleichmässige Vermögensverteilung unter allen Einkommensbeziehern der Volkswirtschaft erreichbar sein, andererseits verlieren die alten Kapitaleigentümer nur höchstens bis zu einem Fünftel ihres Vermögens, da vom verfügbaren Ertrag des Realkapitals jeweils ein Fünftel den Aktionären entzogen und den Arbeitnehmern in Form von neuen Aktien

1) Vgl. Bachmann, H., a.a.O., S. 455

übereignet wird.

Dieser Verlust wäre einmalig, er drückte sich in einer Kursminderung für die Aktien aus. Ob die Vermögensminderung bei den alten Aktionären tatsächlich ein Fünftel erreiche, hänge von den Umständen im Zeitpunkt der Einführung und den Modalitäten ab. Ausserdem würde durch Wegfall der Ermässigung der Körperschaftsteuer für den als Miteigentum ausgeschütteten Teil des Gewinns, wie Bachmann vorschlägt, der Kursverlust der alten Aktionäre nach seiner Ansicht gemindert.¹⁾

Der Steuergesetzgebung fiele somit nach Ansicht Bachmanns²⁾ eine wichtige Rolle für die politische Durchsetzbarkeit seines Planes zu. Als die wesentlichen Handelsojekte seines Planes bezeichnet Bachmann aber die kumulative Dividende, von der ja die Höhe der Selbstfinanzierung als Restgrösse innerhalb des Netto-Gewinns abhängt und die Höhe des Miteigentumsanteils an der Selbstfinanzierung. Die hierfür in die Rechnung eingeführten Sätze werden kaum ständig so bleiben wie zunächst festgelegt. Die Fristen für eine Gleichverteilung des gesamten volkswirtschaftlichen Vermögens würden sich entsprechend verkürzen oder verlängern, was jedoch nur geringe Bedeutung für die Wirkungen der Vermögensstreuung hätte. "Von entscheidender Wichtigkeit ist vielmehr, daß solches Miteigentum mit der Aussicht auf immer größere Annäherung an das Ideal gleichmässiger Vermögensstreuung eine feste Institution wird."³⁾

1) Vgl. Bachmann, H., a.a.O., S. 454

2) Ebenda

3) Ebenda

Teil II : Der angestrebte Dekonzentrationsgrad

A. Versuch der Gewinnung eines Maßes zur Beurteilung der Dekonzentrationswirkung der Pläne

1) Die Festlegung eines geeigneten Konzentrationsmaßes

Der Beurteilung von Konzentrationserscheinungen ist als Basis ein geeigneter Maßstab zur Messung der Konzentration bzw. des Konzentrationsgrades zugrunde zu legen.¹⁾ Bei der Festlegung eines Maßstabes für die Konzentrationsmessung sind mehrere unterschiedliche Ansätze möglich. Als Maßstab kommen z.B. in Frage:²⁾

eine Gleichverteilung der Bezugseinheiten auf die (absoluten) Grössenklassen;

eine fallende Verteilung (mit abnehmender Häufigkeit der Merkmalswerte bei steigendem Merkmalswert, so daß die untersten Grössenklassen am stärksten und die obersten am schwächsten besetzt sind)

oder eine steigende Verteilung;

schliesslich eine glockenförmige Verteilung (Gauss'sche Normalverteilung), bei der die mittleren Grössenklassen am stärksten besetzt sind.

Ein häufig verwendeter Konzentrationsmaßstab ist die

Gleichverteilung der Merkmale auf die Bezugseinheiten.

Dieses Mass hat den Vorzug, daß es mathematisch und damit formal zu besonders eindeutigen Ergebnissen führt und Wachstumseinwirkungen auf die Verteilung in gewissem Masse ausschaltet. Formal eindeutige Ergebnisse sind bei Anwendung dieses Konzentrationsmasses aber nur zu erwarten, wenn bestimmte Mindestbedingungen

1) Vgl. Müller, J.Heinz, Nivellierung und Differenzierung der Arbeitseinkommen in Deutschland seit 1925, Berlin 1954, S. 144 ff.; ders.: Art. 'Konzentration', in: Staatslexikon, 6. Aufl., Bd.5, Freiburg 1960, S. 19 f.

2) Vgl. Arndt, Helmut und Ollenburg, Günter, Begriff und Arten der Konzentration, in: Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd.20/I, Berlin 1960, S. 7 ff.

bezüglich der Bezugseinheiten und der Merkmale erfüllt sind, worauf noch im einzelnen einzugehen sein wird (vgl. unten, Abschnitt 2).

Wir werden im folgenden den Maßstab der Gleichverteilung der Merkmalswerte für die Beurteilung von Dekonzentrationswirkungen heranziehen. Die Entscheidung für diesen Maßstab der Konzentrationsmessung kann nicht nur davon abhängig gemacht werden, ob der Maßstab formal eindeutig ist. Der Maßstab ist erst dann als besonders geeignet für die Untersuchung von Dekonzentrationswirkungen anzusehen, wenn ausser der formalen Eindeutigkeit des Maßstabes auch die materielle Eignung zur Erfassung des speziellen Untersuchungsobjektes gegeben ist.¹⁾

Als brauchbares Verfahren der Konzentrationsmessung bzw. des darin enthaltenen Maßstabes der Gleichverteilung bietet sich das doppelt-relative Konzentrationsmaß an, wie es von Lorenz entwickelt wurde. Das Lorenz-Verfahren weist den Vorzug auf, dass es zur Erfassung sozialökonomischer Massenerscheinungen wie der Einkommens- oder Vermögensverteilung - bei denen sich die Merkmalsbeträge sehr differenziert auf eine Vielzahl von Bezugseinheiten verteilen - besonders zweckmässig ist.

Eine weitere Eigenart, die das Lorenz-Verfahren der Konzentrationsmessung für unser Untersuchungsziel einer Beurteilung der Dekonzentrationswirkungen verschiedener Pläne adäquat erscheinen lässt, ist darin zu sehen, daß es die relativen Abstände zwischen grossen und kleinen Vermögen sichtbar macht. Die Relationen zwischen Armen und Reichen bezüglich des Vermögens und die Veränderung dieser relativen Abstände wird vom Lorenz-Verfahren für die Gesamtheit der relativen Bezugseinheiten in sehr differenzierter Form besonders gut veranschaulicht.

1) Vgl. Arndt/Ollenburg, Begriff und Arten der Konzentration, a.a.O., S. 16 f.

Beim Lorenz-Verfahren werden - im Null-Punkt mit dem kleinsten bzw. grössten Merkmalswert beginnend - die nach der Grösse ihres Vermögens geordneten Elemente als kumulative Prozente der Grundgesamtheit auf einer Ordinate des I. Quadranten abgetragen und auf der anderen der Prozentsatz am Gesamtvermögen, der auf diese Elemente entfällt. Die Gleichverteilung des Vermögens ist durch die Winkelhalbierende angegeben. Die Kurve der tatsächlichen Verteilung beginnt mit der Gleichheitslinie im Nullpunkt des Koordinatensystems und endet auch auf ihr bei den 100 %-Werten. Das Maß der Ungleichverteilung der Vermögen kommt im Abweichen von dieser Linie der Gleichverteilung zum Ausdruck; je mehr sich die Linie der tatsächlichen Verteilung der Gleichverteilung nähert, desto geringer ist die Konzentration, je mehr sie sich den Achsen nähert, desto grösser ist die Konzentration. Im Grenzfall der Ungleichverteilung, bei der alle Merkmals-träger bis auf einen den Merkmalswert 0 und dieser eine den gesamten Merkmalswert auf sich vereinigt, fällt die Lorenzkurve mit dem Streckenzug vom Nullpunkt der X-Achse bis zum 100 % - Wert und dann entlang der begrenzenden Senkrechten zusammen.¹⁾

2) Einzelprobleme der Gleichverteilung im Lorenz-Maß

a) Das Erwerbsvermögen als Gesamtmerkmalsbetrag

Je nach der betrachteten Vermögensart verändern sich die zugrunde liegenden Grundgesamtheiten. Eine Analyse der Konzentration des privaten Vermögensbesitzes am industriellen Produktivkapital umfasst beispielsweise nur die Gesamtheit der Aktienbesitzer und Kapitaleigner von Personalgesellschaften der Industrieunternehmen, nicht

1) Vgl. Müller, J.H., Nivellierung und Differenzierung ..., a.a.O., S. 150 f.; ferner Kellerer, Hans, Zur statistischen Messung der Konzentration, in: Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 20/I, Berlin 1960, S. 48 ff.; Arndt/Ollenburg, Begriff und Arten der Konzentration, a.a.O., S. 8 ff.

jedoch die übrigen Vermögensbesitzer. Das bedeutet, die Grundgesamtheiten der verschiedenen Vermögensarten sind nicht identisch. Bei den einzelnen Plänen ist jeweils zu unterscheiden, für welche Art des Vermögens und für welche zugehörige Grundgesamtheit eine Vermögensdekonzentration angestrebt wird. In den meisten Fällen gilt die jeweils angestrebte Vermögensdekonzentration nur für einen Teilbereich des volkswirtschaftlichen Vermögens.

Um das Gesamtvermögen abzugrenzen, innerhalb dessen eine veränderte Verteilung durch die Pläne angestrebt wird, ist zunächst der zugrunde gelegte Begriff des Vermögens zu klären. Aus dem Umverteilungsziel der Pläne ergibt sich einerseits, daß sich die Umverteilung auf das Erwerbsvermögen bezieht und andererseits, daß es sich bei dem umzuverteilenden Vermögen um personenbezogene Vermögen handeln soll. Es ist demnach aus dem gesamten Vermögen der Volkswirtschaft jener Teil abzugrenzen, der erwerbswirtschaftlich tätig ist und im privatwirtschaftlichen Eigentum steht.

Unter der Gesamtmasse der volkswirtschaftlichen Vermögen bzw. des Volksvermögens versteht man die in einer volkswirtschaftlichen Bilanz erscheinende Summe der Realvermögen, die gewissermassen die Aktivseite dieser Bilanz bilden. Das hier interessierende Privatvermögen erscheint hingegen auf der Passivseite der Bilanz, dort werden die Eigentumsverhältnisse hinsichtlich der Realvermögen ersichtlich. Neben dem unmittelbaren Eigentum am Realvermögen haben hier die Geldvermögen grosse Bedeutung, sie umfassen Forderungen und sonstige geldwerte Rechte (Spar- und sonstige Guthaben, Effekten, Beteiligungen usw.).

Unter Abzug der Schulden ergeben sich die individuellen Nettovermögen der physischen und juristischen Personen. Bei Aufsummierung zum Volksvermögen heben sich, wenn man vom Außensaldo absieht, Forderungen und entsprechende Schulden bei anderen Einheiten gegenseitig auf, an die Stelle der Aktien und Beteiligungen treten

die entsprechenden Realvermögen.¹⁾

Mit der Beschränkung auf das Privatvermögen sind zunächst die Vermögen der öffentlichen Verwaltung (z.B. Strassen, Schulen und sonstige öffentliche Vermögen) aus der statistischen Erfassung auszuschliessen. Ferner sind nur die Privatvermögen der natürlichen Personen zu berücksichtigen. Die nicht-natürlichen, juristischen Personen können Körperschaften öffentlichen Rechts oder privaten Rechts sein. Da fast alle Körperschaften öffentlichen Rechts dem staatlichen Sektor angehören, sind deren Vermögen sowohl als nicht-private Vermögen wie auch als Vermögen nicht-natürlicher Eigentümer ausgeschlossen. Bei einem Teil der Körperschaften privaten Rechts (z.B. Vereinen) handelt es sich zwar um Privatvermögen; da sie jedoch in den Bereich der Organisationen ohne Erwerbscharakter fallen, eignen sie sich nicht für eine Zusammenfassung mit natürlichen Personen. Die grösste Anzahl der Körperschaften privaten Rechts stellen die zum Bereich der privaten Wirtschaft gehörenden Aktiengesellschaften und sonstigen Kapitalgesellschaften. Soweit die Organisationen ohne Erwerbscharakter (z.B. Gewerkschaften, Kirchen usw.) an ihren Vermögen Eigentum besitzen, werden die betreffenden Vermögen nicht erfasst, weil sie in den Plänen zur breitgestreuten Vermögensbildung nicht für eine Umverteilung in Aussicht genommen sind. Anders ist es dagegen bei den Kapitalanteilen im Besitze der öffentlichen Hand; diese nach den Intentionen verschiedener Pläne 'privatisierbaren' Vermögen müssten eigentlich in der Statistik des gesamten Privatvermögens, von dem Teile umverteilt werden sollen, berücksichtigt werden. Dem steht jedoch entgegen, daß die öffentliche Hand als Eigentümer dieser Vermögen

1) Vgl. Hermann, Kurt A., Art. 'Vermögensstatistik', in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 11, Göttingen 1961, S. 149 f.; ferner Jostock, Paul, Art. 'Volksvermögen', in: Staatslexikon, 6. Aufl., Bd. 8, Freiburg 1963, S. 360

nicht mit der Bezugseinheit 'natürliche Person' kompatibel ist. Aus diesem Grunde erscheint es zweckmässig, die privatisierbaren Vermögen nicht in die Statistik des Privatvermögens einzubeziehen, d.h. erst dann, wenn sie privatisiert und Eigentum natürlicher Personen geworden sind.

Die sonstigen Kapitalanteile an den Kapitalgesellschaften sind nicht den Kapitalgesellschaften als nicht-natürlichen Personen zuzurechnen, sondern erscheinen als Bestandteil des Wertpapiervermögens der natürlichen Personen. In einer nur auf natürliche Personen bezogenen Vermögensstatistik werden diese Vermögen gewissermassen automatisch erfasst. Es gilt für Unternehmen, soweit sie selbst Eigentümer von Vermögen sein können, daß zwar die Unternehmen als Merkmalsträger ausscheiden, die zugehörigen Vermögenswerte jedoch im Verteilungsschema erscheinen. Als Träger dieser Vermögen treten die Kapitalanteilseigner der betreffenden Unternehmen in Erscheinung. Das Eigentum der Aktienbesitzer am Unternehmen bezieht sich mittelbar auch auf die Sachvermögenswerte und laufend neugebildeten Vermögen im Unternehmen; diese Vermögen bestimmen indirekt den Wert ihrer Kapitalanteile am Unternehmen.¹⁾ Dies gilt zum Teil allerdings nur mittelbar; soweit es sich nämlich um Beteiligungen von Kapitalgesellschaften an anderen Kapitalgesellschaften handelt, kommen diese Vermögenswerte nur in den Aktien der anteilhaltenden Gesellschaften zum Ausdruck. Wieweit dies tatsächlich der Fall ist, ist fraglich in Anbetracht der vielen sonstigen Faktoren, die auf die börsenmässige Bewertung von Aktien einwirken. Die Bewertungsproblematik wird besonders deutlich bei den laufenden Vermögens-

1) Dies erklärt sich aus der "Verdoppelung der Eigentumsbeziehung" bei Aktiengesellschaften, die sich aus der Eigentümerbeziehung zwischen der AG und ihren Aktiva einerseits und zwischen den Aktionären und der AG andererseits ergibt; vgl. Müller, J. Heinz, Die Bildung breitgestreuten Eigentums als Mittel der Gesellschaftspolitik, in: Naturordnung, Festschrift für J. Messner, Innsbruck 1961, S. 317

zuwachsen der Kapitalgesellschaften, auf die die Umverteilungspläne abstellen. Diese Zuwächse der Vermögen können gemessen werden als gewinnfinanzierte Nettoinvestitionen der Unternehmen, d.h. die Bezugsbasis ist hier die Aktivseite der volkswirtschaftlichen Bilanz. Auf der Kapital- bzw. Passivseite, die die Eigentumsverhältnisse zum Ausdruck bringt, werden diese Vermögenszuwächse aber oft weder nominell (durch Emission neuer Aktien) noch über Kurssteigerungen der zirkulierenden Aktien sichtbar. So können beispielsweise über einen Zeitraum von mehreren Jahren hinweg trotz laufender Nettoinvestitionen der Aktiengesellschaften deren Aktien an der Börse infolge anderer dominierender Faktoren stagnierende Kurse oder nur geringe Kurssteigerungen aufweisen.¹⁾

Bei dem hier abgegrenzten Privatvermögen der natürlichen Personen sind entsprechend der Unterscheidung von Erwerbs- und Gebrauchsvermögen letztere statistisch nicht berücksichtigt. Das ist für den Zweck der vorliegenden Arbeit gerechtfertigt, weil die zum Volksvermögen rechnenden Gebrauchsvermögen natürlicher Personen (Möbel, Hausrat usw.) schon breitgestreut sind und deshalb für Umverteilungen nicht in Betracht gezogen werden. Unter Erwerbsvermögen natürlicher Personen sind alle in Geld bewerteten oder bewertbaren Wirtschaftsgüter zu verstehen, die werbend (geldertragbringend) angelegt sind und im Eigentum natürlicher Personen stehen.

Die privatwirtschaftlichen Erwerbsvermögen werden ungeachtet ihrer unterschiedlichen Formen als eine homogene, in Geldeinheiten bewertete Masse angesehen. Dazu wird unterstellt, daß von den geldseitigen Vorgängen her keine Einflüsse auf die Vermögen ausgehen, insbesondere nicht im Rahmen langfristiger Veränderungen der Vermögensverteilung, deren Ergebnisse durch Einwirkungen von der Geldseite her modifiziert werden könnten. Diese Annahme erscheint erforderlich, weil sonst in dem hier zu er-

1) Vgl. hierzu auch Jostock, Paul und Ander, Albert, Konzentration der Einkommen und Vermögen, in: Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 20/I, Berlin 1960, S. 179 ff.

arbeitenden theoretisch-statistischen Verteilungsmodell der Vermögen die bei Realisierung der Pläne eintretenden Dekonzentrationseffekte von geldseitigen Effekten auf die Vermögensverteilung analytisch nicht zu trennen sind. Diese Annahme erscheint auch deshalb sinnvoll, weil in allen hier zu behandelnden Plänen als eine der Voraussetzungen für die Realisierung die Stabilerhaltung des Geldwertes¹⁾ enthalten ist.

b) Die Erwerbspersonen als Grundgesamtheit - Probleme der Gleichverteilung

Der vorstehend abgegrenzte Merkmalsbereich 'Erwerbsvermögen' liefert uns zunächst nur einen Anhaltspunkt dafür, welcher Art die Elemente desjenigen Teils der hier relevanten Grundgesamtheit sind, auf die das vor der Umverteilung vorhandene Vermögen entfällt. Es ist zu beachten, daß das im vorigen Abschnitt verwendete Kriterium 'natürliche Personen' lediglich dazu diene, das 'private Erwerbsvermögen' abzugrenzen. Auch die hinzukommenden, durch die Vermögensumverteilung zu begünstigten Personen sind natürliche Personen. Das Kriterium 'natürliche Personen' ist aber noch umfassender, weil es auf die Gesamtmasse der Bevölkerung zutrifft.

Eine präzise Bestimmung der Art der Elemente, die die Grundgesamtheit der Gleichverteilung als Maßstab bilden, ist unumgänglich, wenn das verwendete Maß der Gleichverteilung eindeutig definiert sein soll. Eine Grundanforderung an die Bestimmung der Arten der Elemente ist die Homogenität der Elemente. Wie oben schon angedeutet, können nicht öffentlich-rechtliche Körperschaften zusammen mit natürlichen Personen die Elemente

1) Trotz der grossen Bedeutung, die der Prämisse wertstabilen Geldes in allen Plänen beigemessen wird, findet sich in den meisten Plänen keine nähere Erläuterung, auf welche Weise diese Prämisse im Rahmen einer wachsenden Wirtschaft eingehalten werden soll.

einer Grundgesamtheit bilden, weil sie in ihrer Eigenschaft als Vermögenseigentümer so heterogene Einheiten darstellen, daß sie nicht auf einen Maßstab bezogen werden können. Die Gesamtheit homogener Elemente muss ferner so definiert sein, daß ihre Gesamtzahl eindeutig bestimmt ist.

Die Elemente der Grundgesamtheit können verschieden definiert sein. Geht man von den Elementen 'natürliche Personen' aus, so stellt die Vermögensverteilung auf das isolierte Individuum als Merkmalsträger ab.

Eine andere Möglichkeit ist damit gegeben, daß ein bestimmter, ökonomisch sinnvoller Komplex von Individuen die statistische Bezugseinheit im Rahmen der Vermögensverteilung bildet. Merkmalsträger kann z.B. der Haushalt sein. Jeder Haushalt stellt dann ein Element der Grundgesamtheit dar, unabhängig davon, ob es sich um einen Einpersonen- oder Mehrpersonenhaushalt handelt. Eine andere Art von Elementen erhält man, wenn das Gesamtvermögen eines Haushalts durch die Zahl der zugehörigen Personen dividiert wird, und natürliche Personen mit ihrem durchschnittlichen Anteil am jeweiligen Gesamtvermögen des Haushalts die Elemente der Grundgesamtheit bilden. Schliesslich lässt sich eine spezielle Art von Elementen gewinnen, wenn das Gesamtvermögen eines Haushaltes durch die Zahl der zu ihm gehörenden Vollpersonen dividiert wird (wobei die Erwachsenen als Vollpersonen und die Minderjährigen mit einem ihrem Alter entsprechenden Bruchteil angesetzt werden).

Je nachdem, ob es sich bei den Elementen der Grundgesamtheit um isolierte Individuen oder um Komplexe von Individuen handelt, ergeben sich ganz unterschiedliche Konsequenzen für das angewendete Konzentrationsmass. Im Falle von isolierten Individuen (natürlichen Personen) als Elemente der Grundgesamtheit würde der Maßstab einer Gleichverteilung der Merkmale auf die Elemente besagen, daß auch die Kleinkinder ein gleichgrosses Vermögen haben wie alle übrigen Individuen einer Bevölkerung. Mit anderen Worten, jede Maßnahme in Richtung

auf eine Dekonzentration der gegebenen Vermögensverteilung müsste bei Anwendung des Maßstabes der Gleichverteilung darauf abstellen, auch die Minderjährigen in die Vermögensumverteilung einzubeziehen. Während bei Gleichverteilung der Vermögen im vorgenannten Fall kinderreiche Familien die grössten Vermögen auf sich vereinigen, sind sie z.B. bei Verwendung der statistischen Bezugseinheiten Haushalt gegenüber Einpersonenhaushalten benachteiligt, weil hier auf eine ledige Einzelperson ein gleichhohes Vermögen entfällt wie auf eine kinderreiche Familie.

Diese kurze Erörterung der möglichen Arten der Elemente zeigt bereits, wie schwierig es ist, eine sinnvolle Grundgesamtheit zu definieren. Sind die Elemente der Grundgesamtheit natürliche Personen, so kann die Gleichverteilung der Vermögen auf diese Grundgesamtheit kaum als geeigneter Maßstab für die Konzentrationsmessung dienen, weil eine "Gleichheit" des Vermögensbesitzes für Kinder wie Erwachsene in der Gesamtbevölkerung fragwürdig erscheint. Auf der anderen Seite ist es sehr problematisch, eine Gleichheit des Vermögensbesitzes als gegeben anzusehen, wenn jede Familie unabhängig von der Zahl ihrer Mitglieder ein gleich hohes Vermögen besitzt.

Der Maßstab der Vermögensgleichverteilung ist noch in anderer Hinsicht sehr problematisch: Eine Gleichverteilung der Vermögen auf die Elemente einer bestimmten Grundgesamtheit (z.B. natürliche Personen oder Haushalte) ist im Zeitablauf ausserordentlich unstabil. Durch Erbgang, Heirat oder sonstige Vermögensübertragungen würde eine einmal erreichte Gleichverteilung der Vermögen fortlaufend aufgehoben. Es dürfte kaum möglich sein, sich unter einigermaßen wirklichkeitsnahen Prämissen eine Bevölkerungsstruktur vorzustellen, die so geartet ist, daß sie hinsichtlich einer bestehenden Gleichverteilung des Gesamtvermögens eine gewisse Stabilität im Zeitablauf gewährleistet. Als illustratives Beispiel sei nur darauf verwiesen, daß bei einer Gleichverteilung z.B. vor Eintritt eines Erbgangs der Erbende wie auch der Erblasser ein

gleich hohes Vermögen haben, nach dem Erbgang aber das Vermögen des Erben sofort in Höhe der Erbschaft reduziert, d.h. sein Gesamtvermögen halbiert werden müsste, was soviel bedeuten würde wie eine ständige staatliche Konfiskation des Erbes.

Das Problem, einen geeigneten Maßstab durch entsprechende Definition der Grundgesamtheit festzulegen, besteht also in erster Linie darin, daß der Maßstab selbst, der den Bezugspunkt für die Messung des Konzentrationsgrades bilden soll, auf Bezugseinheiten basiert, die im Zeitablauf ständigen Veränderungen unterworfen sind.

Wegen der angedeuteten nicht unerheblichen Problematik des Konzentrationsmaßes für Konzentrationsmessungen erscheint es erforderlich, einen Kompromiss hinsichtlich der Abgrenzung der Grundgesamtheit zu finden. Ein solcher Kompromiss bietet sich an, wenn die Gesamtzahl der 'Erwerbstätigen' die dem Maßstab zugrunde gelegte Grundgesamtheit bildet. Sowohl die durch Umverteilung von Teilen des gesamten Erwerbsvermögens begünstigten natürlichen Personen (Arbeitnehmer) werden bei Verwendung dieses Kriteriums erfasst, wie auch die Mehrzahl der durch diese Umverteilung betroffenen natürlichen Personen (Unternehmer). Nicht in die Grundgesamtheit einbezogen sind die sonstigen natürlichen Personen, wie nicht erwerbstätige Minderjährige und aus dem Erwerbsleben ausgeschiedene Personen (z.B. Rentner). Auch bei Verwendung der Grundgesamtheit 'Erwerbspersonen' bleibt die Gleichverteilung als Norm der Dekonzentrationsbestrebungen problematisch. Gleichverteilung bedeutet dann nämlich, dass auf Familien mit mehreren erwerbstätigen Mitgliedern ein entsprechendes Vielfaches an Vermögen entfällt wie auf Familien mit nur einer erwerbstätigen Person. Insofern kann man eine auf die Grundgesamtheit 'Erwerbspersonen' bezogene Gleichverteilung nur als Kompromissmaßstab und vorläufiges Zwischenziel ansehen.

Im Rahmen der Grundgesamtheit 'Erwerbspersonen' bilden die abhängig Erwerbstätigen (Arbeitnehmer), die durch Vermögensumverteilungen zu begünstigende Teilgesamtheit.

Der Anteil dieser Teilgesamtheit an der Grundgesamtheit beträgt in der BRD gegenwärtig 87,4 %¹⁾, im folgenden Abschnitt B werden wir einen konstanten Anteil von 85 % unterstellen. Bei der Beurteilung der Dekonzentrationswirkungen einzelner Pläne ist davon auszugehen, daß im Ausgangsstadium der Umverteilung die zu begünstigenden Arbeitnehmer einen Vermögensbestand von Null oder annähernd Null haben.

3) Modelltheoretische Analyse der Dekonzentrationswirkungen

Für die folgenden Überlegungen erweist es sich als zweckmässig, die Verteilungsänderungen im Rahmen eines Modells aus Gründen der Anschaulichkeit mit Hilfe eines vereinfachten Zahlenbeispiels zu demonstrieren (siehe Abbildung 1 - 5 und Tabelle der Prozentwerte der Lorenzkurven S.72). Aus der gesamten Kurve der Ungleichverteilung, die originär über die individuellen Vermögen bestimmbar ist, greifen wir einige wenige Punkte heraus und nehmen an, daß der Verlauf der Kurve zwischen diesen Punkten aufgrund des originären statistischen Materials festgelegt ist. Der gesamte Kurvenverlauf soll dann mit den hier gewählten kumulierten %-Anteilen von jeweils 1/5 der gesamten, nach der individuellen Vermögensgröße aufsteigend geordneten Elemente der Grundgesamtheit genügend exakt beschrieben sein (vgl. Abb.1, Kurve I).

Geht man von einer gegebenen Gesamtzahl der Elemente und einem gegebenen Vermögen aus, so führt eine Änderung der Verteilung der vorhandenen Vermögen im Sinne einer Dekonzentration zu der beschriebenen Annäherung der Lorenzkurve an die Gleichheitslinie. Die Dekonzentration kann im einzelnen auf einer Veränderung der Vermögens-

1) Die Gesamtzahl der Erwerbstätigen in der BRD im Durchschnitt der Jahre 1959-1961 beträgt 21.884.000 und gliedert sich in 2.081.000 Selbständige sowie 680.000 mithelfende Familienangehörige und 19.123.000 abhängige Erwerbstätige. Vgl. Statistisches Jahrbuch für die BRD 1963, S. 138

struktur in Richtung einer Zunahme des Anteils der mittleren und kleinen Eigentümer auf Kosten der Groß-eigentümer oder einer Zunahme der kleinen auf Kosten der mittleren Eigentümer beruhen.¹⁾ Der einfachste Fall einer Dekonzentration liegt bei unveränderter Gesamt-zahl der Elemente und Merkmale vor. Dieser Fall ist durch eine Veränderung der "internen Konzentration"²⁾ gekennzeichnet und stellt das Ausgangsmodell einer De-konzentration dar (vgl. Abb. 1, Kurve I und Ia).

In Analogie zur 'internen' Verteilungsänderung kann man feststellen, daß alle Pläne im wesentlichen auf eine 'externe' Veränderung der Vermögensverteilung abstellen. Im Mittelpunkt der Pläne steht nicht so sehr die De-konzentration vorhandenen Vermögens, sondern eine Umver-teilung der Vermögenszuwächse in dem Sinne, daß nach einer Übergangszeit durch die Andersverteilung der laufend hinzu-kommenden Vermögen das gesamte zu Beginn der Übergangs-zeit vorhandene und inzwischen hinzugekommene Vermögen eine Dekonzentration gegenüber der Verteilung des am Anfang der gesamten Übergangsperiode vorhandenen Ver-mögens aufweist.

Ferner würde es nicht den Voraussetzungen der in den Plänen angestrebten Vermögensdekonzentration entsprechen, wollte man bei der Grundgesamtheit eine unveränderte Anzahl der Elemente unterstellen. Die Pläne sehen gerade die Ein-beziehung des grossen Kreises bisher vermögensloser Arbeitnehmer in die Vermögensumschichtung vor. Es er-scheint somit notwendig, das Lorenzsche Verteilungsschema so zu fassen, daß es die Darstellung unterschiedlicher

-
- 1) Vgl. die entsprechende Definition der Eigentums- und Vermögenskonzentration bei Vogel, Otto, Begriff, Typen und Wirkungen der Unternehmenskonzentration, Berich-te zur Wirtschaftspolitik, Nr. 1/1959, Hrsg.: Deutsches Industrieinstitut, Köln 1959, S. 7
 - 2) Wie H. Kellerer hervorhebt, gibt die Lorenzkurve die interne Konzentration zwischen den Elementen der Grund-gesamtheit durch die Aussage wieder, wie ungleichmässig sich der gesamte Merkmalsbetrag auf die Gesamtzahl N der Elemente verteilt. "N ist dabei als konstant zu be-trachten". (Kellerer, H., a.a.O., S. 54).

Dekonzentrationsvorgänge im Rahmen einer verschiedenen Gesamtzahl der Elemente bei wachsendem Gesamtvermögen ermöglicht. Da das Lorenz-Verfahren ein doppelt-relatives Konzentrationsmaß ist, tritt die absolute Erhöhung der Summe der Elemente und des gesamten Merkmalsbetrages nicht in Erscheinung. Wir haben es im folgenden mit einer Umverteilung eines wachsenden Gesamtmerkmalsbetrages zu tun. Es wird dann der durch veränderten Verlauf der Lorenz-Kurve angezeigte Konzentrationsgrad verfälscht, wenn gleichzeitig die Grundgesamtheit durch eine grosse Zahl zusätzlicher Elemente mit geringem Merkmalsbetrag erweitert wird.¹⁾ Und zwar wird bei einer Erhöhung der Gesamtzahl der Elemente im Lorenz-Verfahren der Aus-sagewert der relativen Konzentration in folgender Weise beeinträchtigt: Im Sinne der obigen Definition tritt eine Dekonzentration ein, weil der Anteil der Elemente mit niedrigsten Vermögen im Verhältnis zu der (unveränderten) Gesamtzahl der Elemente mit mittleren und grossen Vermögen ansteigt. Die Lorenz-Kurve verschiebt sich demgegenüber nach rechts im Sinne einer verstärkten Konzentration.

Im Zuge einer langfristigen Umverteilung verändern sich nicht nur Zahl und Höhe der neu hinzukommenden individuellen Vermögen, sondern möglicherweise auch die absolute Höhe der bereits bestehenden Vermögen. Es ist dann mit Hilfe der Lorenz-Methode nicht mehr zu erfassen, in welchem Masse Veränderungen des relativen Konzentrationsmaßes auf die Zunahme der Gesamtzahl der Elemente zurückzuführen sind. Aus diesem Grunde erweist es sich als zweckmässig, den auf absoluten Veränderungen in der Grundgesamtheit beruhenden statistischen Effekt dadurch auszuschalten, daß die zu erwartende absolute Zunahme bei den

1) Auf ähnliche 'paradoxe' Reaktionen der Lorenzkurve bei Abnahme der Gesamtzahl der Bezugseinheiten weist G. Fürst ausführlich hin; vgl. Fürst, Gerhard, Konzentration der Betriebe und Unternehmen, in: Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 20/I. Berlin 1960, S. 91-94.

Dekonzentrationseffekte in Lorenzkurven der Vermögensschichtung

Abb. 1

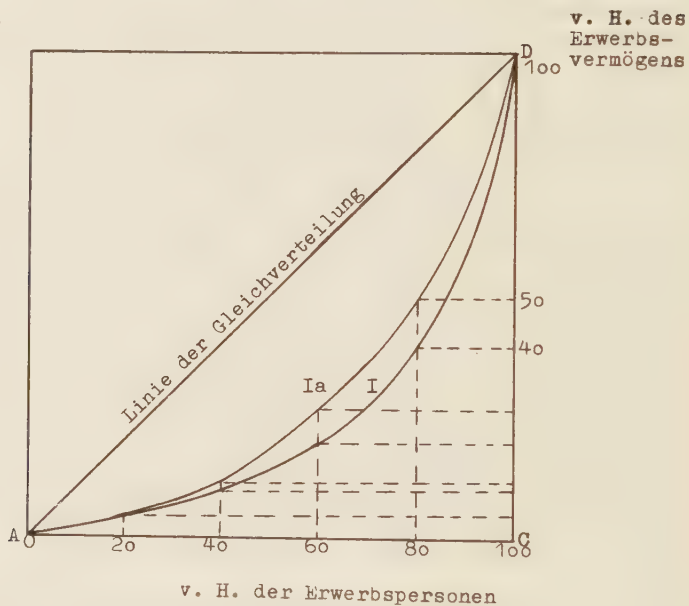


Abb. 2

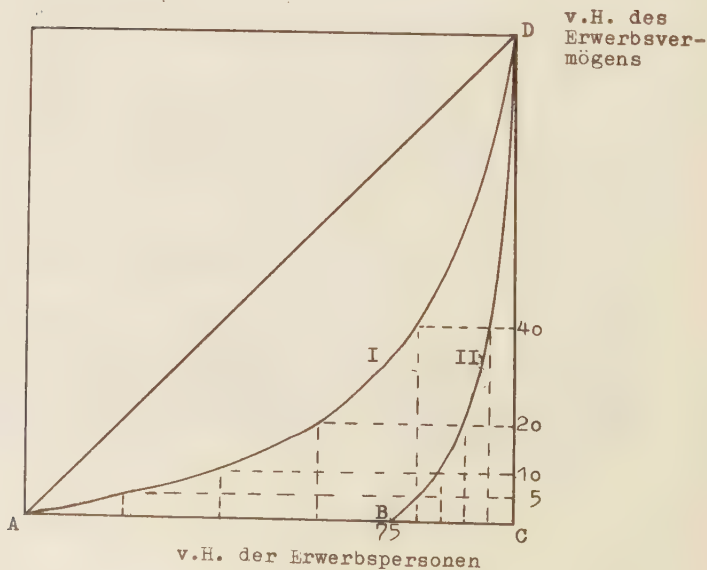


Abb. 3

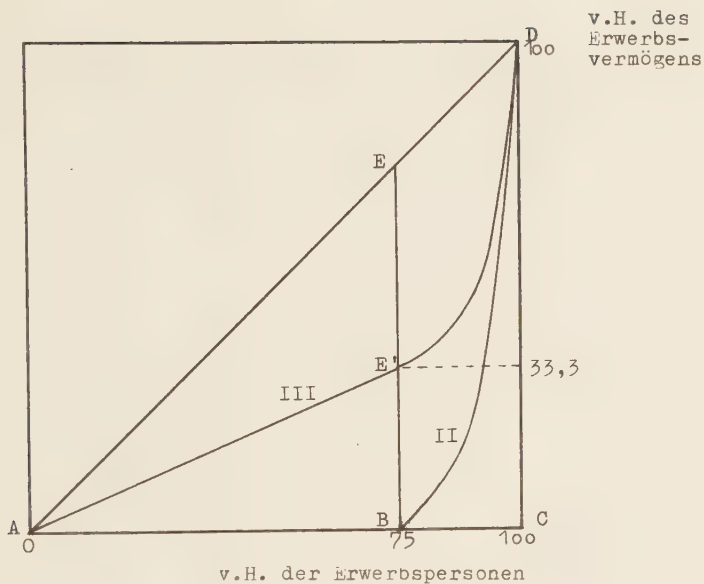


Abb. 4

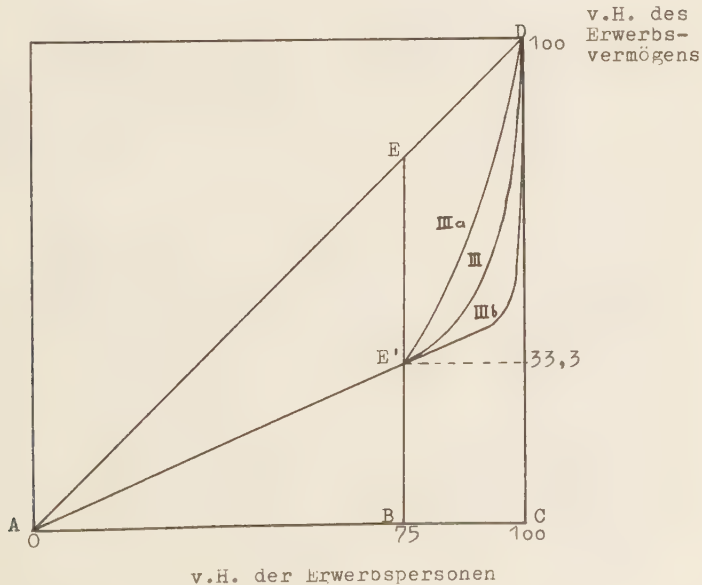


Abb. 5

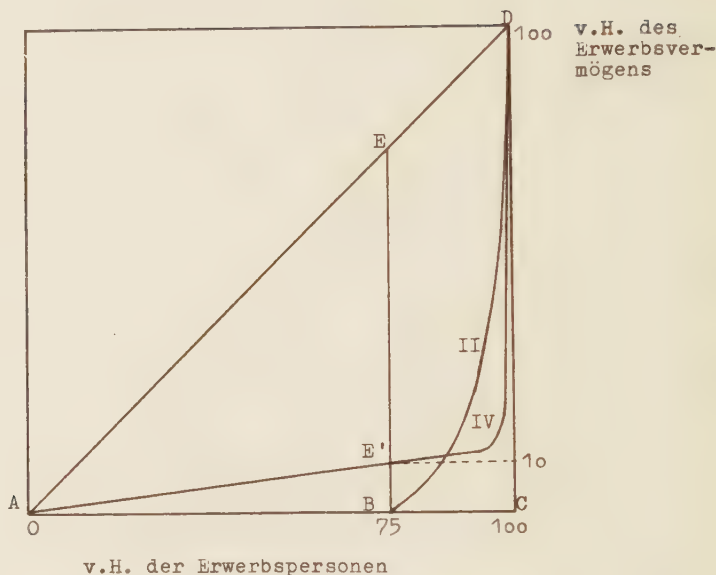


Tabelle der Prozentwerte der Lorenzkurven I - IV

Elemente der Grundgesamtheit (Erwerbspersonen) in % nicht kumulierte Merkmalswerte (Erwerbsvermögen), mit dem kleinsten beginnend in %

in Abb. 1	Kurve I	Kurve Ia
(1) 1. Fünftel	5	5
(2) 2. "	5	7
(3) 3. "	10	15
(4) 4. "	20	23
(5) 5. "	60	50
gesamt 100	100	100

in Abb. 2 - 5	Kurven: II	III	IIIa	IIIb	IV
(1a) 0 - 75	-	33,3	33,3	33,3	10
(1) 75 - 80	5	3,3	6,7	1,7	0,6
(2) 80 - 85	5	3,3	10	2	0,7
(3) 85 - 90	10	6,7	15	2	0,7
(4) 90 - 95	20	13,3	15	3	1
(5) 95 - 100	60	40	20	58	87
gesamt 100	100	100	100	100	100

Merkmalsträgern von vornherein im Verteilungsmodell berücksichtigt wird. Da die absoluten Veränderungen im Bereich der Merkmalsträger im Verlauf eines Dekonzentrationsprozesses mit der Zahl der zu begünstigenden Personen bekannt ist, kann diese Änderung im Verteilungsschema erfaßt werden, indem die insgesamt neu hinzukommenden Merkmalsträger von Anfang an der Grundgesamtheit mit einem Merkmalswert zugerechnet werden, der für jedes Element infinitesimal klein oder gleich Null ist. Wir nehmen an, die Zahl der Elemente soll sich durch neu hinzukommende Elemente vervierfachen. Die ursprüngliche Lorenzkurve I verschiebt sich dann nach rechts bis zur Lage von Kurve II, das untere Teilstück der neuen Verteilungskurve bildet die Strecke AB (vgl. Abb. 2, II). Die Kurve II bildet für alle folgenden Erörterungen den Ausgangspunkt.

Jede Vermögensumverteilung zugunsten der Arbeitnehmer hebt das Kurvenstück zwischen A und B von der Strecke AB ab und dreht es um A in Richtung auf die Gleichheitslinie AD (vgl. Abb. 3), wobei vereinfachend angenommen wird, daß sich die umverteilten Vermögen auf die Arbeitnehmer annähernd gleichmässig verteilen. Der Schnittpunkt E' der Kurve mit der Strecke BE gibt das globale Umverteilungsergebnis zwischen bisherigen und neuen Eigentümern von Vermögen an. Je mehr sich E' an E annähert, desto stärker ist die erreichte Dekonzentration.

Das Kurvenstück E'D kann durch seinen jeweiligen Verlauf den Dekonzentrationsprozess modifizieren. Der Verlauf hängt ganz davon ab, wie sich im Zuge der Umverteilung die relative Verteilung des Vermögens in diesem Bereich entwickelt. Werden z.B. alle anfallenden Vermögenszuwächse bisher Vermögenslosen zugeteilt, so treten im Bereich BC keine absoluten Veränderungen bei den individuellen Vermögen ein. Es reduzieren sich aber die %-Anteile jedes 5 %-Bandes im Bereich BC in dem Maße der jeweils erreichten globalen Umverteilung des Gesamtvermögens zwischen alten und neuen Eigentümern. Entfällt beispiels-

weise auf die neuen Eigentümer ein Drittel, so werden die relativen Anteile der alten Eigentümer (bei absolut gleichem Vermögen) um ein Drittel reduziert (vgl. Kurve III in Aob. 3). Bei unveränderter absoluter Gesamtvermögenssumme des Bereichs BC kann sich in diesem Teilbereich eine Konzentration oder Dekonzentration ergeben durch Umschichtung der individuellen Vermögen (Abstossen oder Kauf von Aktien).

Komplizierter werden die Dekonzentrationsvorgänge, wenn wir die Annahme fallen lassen, daß sich der absolute Gesamtbetrag der individuellen Vermögen im Bereich BC nicht verändert. Die Pläne zur breitgestreuten Vermögensbildung sehen durchweg nur eine partielle Umverteilung der Vermögenszuwächse vor. Wenn auch die anfangs vorhandenen Vermögen im Verlaufe des Umverteilungsprozesses ständig um einen Teil der Vermögenszuwächse erhöht werden, verlangsamt sich das Tempo der globalen Umverteilung zwischen anfänglich Besitzenden und Nichtbesitzenden (bzw. zwischen den Teilbereichen AB und BC) im Vergleich zu dem oben angenommenen Fall einer vollständigen Umverteilung der Zuwächse zugunsten der Gruppe der Nichtbesitzenden. Durch die laufende partielle Umverteilung der Vermögenszuwächse zugunsten der Arbeitnehmer (Bereich AB) kann höchstens ein globales Verteilungsergebnis zwischen den beiden Gruppen annähernd erreicht werden, das der laufenden Umverteilungsquote bei den Zuwächsen entspricht. Mit anderen Worten: ist in einem Plan vorgesehen, dass jeweils $\frac{1}{3}$ des jährlichen Vermögenszuwachses zugunsten der bisher besitzlosen Arbeitnehmer umverteilt werden soll, so kann auf die Gruppe der Arbeitnehmer bei einer Umverteilung ad infinitum nicht mehr als annähernd $\frac{1}{3}$ des Gesamtvermögens entfallen (vgl. Kurve III). Der Punkt E' kann auf der Strecke BE nicht höher als bis zu 33,3 % steigen; er erreicht im übrigen diese Höhe nicht ganz, weil die Gruppe der ursprünglichen Vermögensbesitzer im Bereich BC mit ihrem schon im Ausgangspunkt vorhandenen Gesamtvermögen einen steten absoluten Vorsprung haben, dessen relative Bedeutung im Zuge der Umverteilung der Vermögenszuwächse allerdings immer geringer wird.

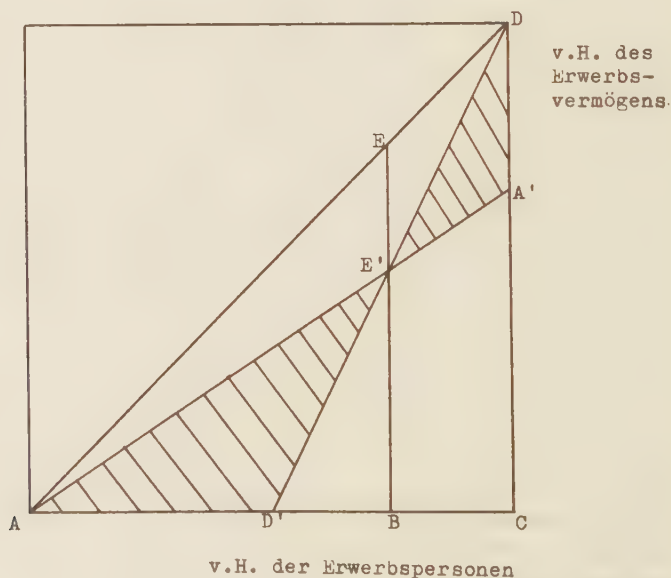
Wachsen auch im Bereich BC die absoluten Vermögen, so kann sich je nach der Verteilung der Zuwächse in diesem Bereich eine Änderung der relativen Verteilung ergeben. Fallen z.B. die Vermögenszuwächse vorwiegend den in diesem Teilbereich liegenden unteren und mittleren Vermögen zu, so wird der Dekonzentrationseffekt der Umverteilung noch verstärkt, weil dann in diesem Teilbereich der Anteil der unteren und mittleren Vermögen gegenüber den höchsten Vermögen relativ stärker wächst. Für die Teilkurve E'D im Bereich BC ergibt sich dann eine Verschiebung in Richtung auf die Gleichheitslinie (vgl. Kurve IIIa in Abb.4).

Entfallen im Bereich BC die laufenden Zuwächse überwiegend auf die höchsten Individualvermögen, so zeigt das Teilstück E'D der Verteilungskurve einen Konzentrationsvorgang an, sichtbar durch zunehmende Abstände zur Gleichheitslinie (vgl. Kurve III b in Abb.4). Während also das Teilstück AE' der Verteilungskurve im Zuge der Umverteilung durch die Annäherung an die Gleichheitslinie eine Dekonzentration zum Ausdruck bringt, entfernt sich gleichzeitig das Teilstück E'D von der Gleichheitslinie im Sinne zunehmender Konzentration. Bei einer sehr niedrigen Umverteilungsquote von ca. 10 % der gesamten Vermögenszuwächse zugunsten der Arbeitnehmer ist theoretisch eine Situation denkbar, in der sich Konzentration und Dekonzentration gerade ausgleichen (vgl. Kurve II und IV in Abb. 5).

Wenn das Teilstück AE' der Verteilungskurve, wie bisher angenommen, eine Gerade durch die Punkte A und E' ist, lässt sich der Bereich abgrenzen, in dem das Teilstück E'D der Verteilungskurve verläuft (siehe unten, Abb.6). Vom Punkt E' ab kann sich die Verteilungskurve in ihrem Verlauf bis zum Punkt D mit keinem ihrer Punkte weiter von der Gleichheitslinie AD entfernen als bis zur begrenzenden Strecke E'A'. Würde die Verteilungskurve unterhalb der Strecke E'A' verlaufen, so hätte die Verteilungskurve an der Stelle des Unterschreitens von E'A' ein geringeres Steigungsmaß als das Kurvenstück AE'. Dieser

Fall, daß die vom Nullpunkt ausgehende Verteilungskurve an irgendeiner Stelle ein abnehmendes Steigungsmaß aufweist, ist nach der Konstruktion der Lorenz-Kurve ausgeschlossen. Ein abnehmendes Steigungsmaß würde nämlich bedeuten, daß auf der Abszisse die Rangordnung der Elemente nach der Höhe ihres Vermögens nicht eingehalten ist, weil auf der Strecke AC in Höhe des abnehmenden Steigungsmaßes Elemente mit niedrigeren Individualvermögen als die vorhergehenden Elemente rangieren. Es folgt vielmehr aus der Rangordnung der Elemente - vom Nullpunkt mit den Elementen mit dem niedrigsten Vermögen beginnend, daß die Verteilungskurve vom Nullpunkt aus immer nur ein konstantes oder zunehmendes Steigungsmaß in ihrem Verlauf bis D haben kann. Das Kurvenstück zwischen E' und D kann

Abb. 6



sich andererseits nicht über die begrenzende Strecke E'D hinaus der Gleichheitslinie nähern, weil die Kurve dann, um D zu erreichen, eine abnehmende Steigung hat.

Im Bereich der Teilgesamtheit von A bis B kann sich der untere Teil der Verteilungskurve zwischen A und E' nicht über die begrenzende Strecke AE' hinaus der Gleichheitslinie annähern. Im Extremfall bildet die Kurve eine Gerade zwischen A und E'. Eine Annäherung der Kurve an die Gleichheitslinie über AE' hinaus würde bedeuten, daß die Kurve eine abnehmende Steigung haben muss, um E' zu erreichen. Weist das Kurvenstück hingegen eine Krümmung auf, so kann sie sich nicht weiter von der Gleichheitslinie entfernen als bis zur begrenzenden Strecke D'E', weil die Kurve bei einem Unterschreiten von D'E' bis zum Erreichen von E' eine abnehmende Steigung hätte.

Wir können zusammenfassen: läuft die Kurve der tatsächlichen Verteilung, die mit der Gleichheitslinie im Nullpunkt (A) beginnt und auf ihr bei den 100 %-Werten (D) endet, durch den Punkt E', der die maximale globale Umverteilungsquote anzeigt, so ist der gesamte Verlauf der Verteilungskurve innerhalb bestimmter Grenzen festgelegt. Das Kurvenstück zwischen E' und D kann nur innerhalb des oberen schraffierten Dreiecks (siehe Abb. 6) verlaufen, und zwar in den beiden möglichen Extremfällen entlang der Strecke E'D oder entlang dem Streckenzug E'A'D. Das Kurvenstück zwischen A und E' kann nur innerhalb des unteren schraffierten Dreiecks (Abb. 6) verlaufen, im Extremfall entlang der Strecke AE' oder entlang dem Streckenzug AD'E'. Für das obere Kurvenstück zwischen E' und D lässt sich der tatsächliche Kurvenverlauf nicht angeben, weil dazu bekannt sein müsste, wie die ursprüngliche Vermögensverteilung im Bereich BC ist und wie sie durch die Umverteilung umstrukturiert wird. Für das untere Kurvenstück zwischen A und E' haben wir vereinfachend angenommen, daß die Kurve eine Gerade zwischen den Punkten A und E' bildet, d.h. die umverteilten Zuwächse werden im Bereich AB auf die bisher Vermögenslosen völlig

gleich verteilt. Aus einigen Plänen geht hervor, daß die Zuwächse differenziert auf die Begünstigten im Bereich AB verteilt werden sollen (z.B. im Investivlohn-Plan nach der individuellen Einkommenshöhe). Wie stark dadurch das untere Kurvenstück gekrümmt würde, lässt sich nicht berechnen.

Wir haben somit bei der Analyse des von einzelnen Plänen angestrebten Dekonzentrationseffektes zwei statistische Vorgänge zu unterscheiden. (1) Die breitgestreute Vermögensoidung in der Schicht der Arbeitnehmer wirkt immer dekonzentrierend auf die Gesamtverteilung. (2) Der durch Umverteilung von Vermögenszuwächsen erreichbare Dekonzentrationsgrad kann verstärkt werden durch eine Dekonzentration im Bereich der anfänglich vorhandenen und während des Umverteilungsprozesses weiter wachsenden Vermögen, er kann aber auch abgeschwächt werden, wenn in diesem Bereich Konzentrationstendenzen wirksam sind. Der zweite Vorgang ist zwangsläufig mit dem ersten verbunden, weil eine Umverteilung zugunsten einer Gruppe notwendigerweise zu Lasten der zweiten Gruppe geht.

Während nun einige Pläne beide Vorgänge aufeinander abzustimmen suchen, um den Dekonzentrationseffekt der Umverteilung möglichst optimal zu realisieren, beziehen sich andere Pläne nur auf den ersten der beiden Vorgänge. Wie sich die 'Belastung' auf die bereits vorhandenen Vermögen verteilt, ob überwiegend grosse oder kleine Individualvermögen betroffen werden, bleibt hier unbestimmt bzw. wird jedenfalls nicht klargelegt. Um ein Beispiel anzudeuten: Geht das Eigentum an der selbstfinanzierten Vermögensbildung mittels Investivlöhnen teilweise auf die Gruppe der Arbeitnehmer über, so sind zunächst die lohnintensiven Unternehmen am stärksten belastet. Wie sich die personelle Belastung verteilt, hängt dann im einzelnen ab von der Breitenstreuung der alten Aktien dieser Unternehmen.

Wird die selbstfinanzierte Vermögensbildung der Unternehmen dadurch reduziert, daß ein subventioniertes Sparen der Arbeitnehmer die Kreislaufgewinne schmälert, so läßt sich nicht im voraus bestimmen, welche Unternehmen die relativ stärksten Gewinneinbußen haben werden bzw. welche Aktienbesitzer im Bereich BC am stärksten betroffen werden. Ein Beispiel für eine Steuerung der Verteilungsänderungen im Bereich BC im Sinne einer Dekonzentration wäre gegeben, wenn durch Änderungen des Steuersystems die Unternehmensgewinne für die Vermögensbildung der Arbeitnehmer erschlossen werden und gleichzeitig die hohen und höchsten Vermögen durch eine sehr scharfe Progressivbesteuerung der Vermögen (und Erbschaftsfälle) reduziert bzw. in ihrem Wachstum gedrosselt werden.

In einer ganzen Reihe von Plänen ist der Doppelaspekt der Dekonzentration im Zuge einer breitgestreuten Vermögensbildung nicht genügend beachtet.¹⁾ Alle Pläne sind zwar

1) Die Bedeutung dieses Doppelaspektes wird u.a. auch daraus ersichtlich, daß sich bereits in der Konzentrationsanalyse von Karl Marx (Das Kapital, Bd.I, hrsg. v. K. Kautsky, Stuttgart 1914, S. 562 ff.) ein solcher Doppelaspekt findet - hier allerdings nicht auf einen allgemeinen Dekonzentrationsprozess, sondern auf eine allgemeine Konzentration im Zeitablauf angewendet, wodurch sich aber am Prinzip der Betrachtungsweise nichts ändert. Marx unterscheidet in seiner Analyse scharf zwischen zwei Hauptvorgängen der Konzentration: (1) der Akkumulation des Kapitals, bei der die Konzentration auf einem durch Wettbewerb erzwungenen Anwachsen des Anlagekapitals im Rahmen eines allgemeinen Wirtschaftswachstums beruht. Durch die progressive Akkumulation des Produktivkapitals werden die Kapitaleigner absolut und relativ immer reicher. (2) Der zweite Konzentrationsvorgang ist die Zentralisation des Kapitals, die auf einer veränderten Verteilung des vorhandenen Kapitaleigentums im Sinne einer Konzentration beruht. Diese Verteilungsänderung betrifft im übertragenen Sinne den Bereich BC in unserem Verteilungsmodell. Beide Konzentrationsvorgänge zusammen bewirken bei Marx eine ständige Ausweitung des Bereichs AB, d.h. die industrielle Reservearmee der vermögenslosen Arbeitnehmer nimmt ständig zu, während im Bereich BC die höchsten Individualvermögen aus zwei Gründen ansteigen: (a) im Rahmen des allgemeinen Wirtschaftswachstums akkumulieren sich diese Vermögen, (b) als Folge der Zentralisation, die zur Verdrängung der kleinen Kapitaleigner aus ihrem Eigentum führt (Expropriation).

sehr stark auf das Hauptargument der Dekonzentration, die globale Umverteilung zugunsten der bisher weitgehend vermögenslosen Arbeitnehmer ausgerichtet. Nur wenige Pläne (z.B. der Föhl-Plan) berücksichtigen aber, daß mit der globalen Umverteilung von einer Gruppe zur anderen die Möglichkeit eröffnet wird, den durch die globale Umverteilung erreichbaren Dekonzentrationsgrad noch zu verstärken, indem in der Gruppe der bisherigen Vermögenseigner im Bereich BC vorwiegend die Zuwächse der hohen und höchsten Individualvermögen durch die Umverteilung belastet werden.

Unser Verteilungsmodell ist wie jedes Modell vorwiegend hypothetischer Natur; es geht auf die vielfältigen Probleme einer gesamtwirtschaftlichen Dekonzentration nicht näher ein, auf die wir im Verlaufe der Arbeit noch mehrmals zurückkommen werden. Es behandelt den Vorgang einer gesamtwirtschaftlich effektiven Dekonzentration mit jenem Abstraktionsgrad, der auch in den meisten Plänen bei der Behandlung dieser Frage eingehalten ist. Das Modell ermöglicht es uns, im folgenden Abschnitt B bei der Darstellung des in einzelnen Plänen angestrebten Dekonzentrationsgrades die wesentlichen Momente hervorzuheben.

B. Die Dekonzentrationswirkungen bei Realisierung einzelner Pläne

1) Die Dekonzentrationswirkung einer Privatisierung öffentlichen Erwerbsvermögen

Viele Privatisierungspläne beschränken das privatisierbare Erwerbsvermögen auf das bundeseigene Erwerbsvermögen im Industriesektor. Damit würden alle Unternehmen, die sich als öffentlich-rechtliche Regie- oder Eigenbetriebe oder privatrechtlich als Kapital- bzw. Personalgesellschaften im vollen oder teilweisen Besitz der öffentlichen Hand befinden, aus dem privatisierbaren Gesamtvermögen ausscheiden, soweit es sich um Unternehmen in den Sektoren Verkehr, Energieversorgung, Banken, Handel, Forst- und Landwirtschaft handelt. Diese Feststellung gilt nicht ohne

Einschränkung, weil der Beteiligungsbesitz des Bundes wirtschaftlichen und juristisch stark verflochten ist (z.B. durch Verbundwirtschaft von Unternehmen im Bergbau, Energie- und Verkehrssektor im Rahmen von Konzernen).

Im Bereich der Industrie ist bzw. war der Bund hauptsächlich an Unternehmen der Grundstoff- und Halbzeugindustrie beteiligt, ferner an Schiffswerften und an der Automobilindustrie. In der Grundstoff- und Halbzeugindustrie sind die Unternehmen des Bundes in drei grossen Konzernen zusammengefasst. Die zusammengefassten konsolidierten Bilanzen der drei Bundeskonzerne: AG für Berg- und Hüttenbetriebe, Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks- AG und Vereinigte Industrie-Unternehmungen AG weisen für 1959 ein Eigenvermögen von 2876 Mio DM aus. Der Bund ist über diese drei Konzerne und seine anderen Dachgesellschaften (Saarbergwerke AG, Saarbrücken; AG für Binnenschifffahrt, Berlin; Industrieverwaltungsgesellschaft mbH, Bad Godesberg) einschliesslich weiteren sechs konzernfreien Unternehmen unmittelbar und mittelbar an 309 Unternehmen beteiligt: und zwar unmittelbar an 25 Aktiengesellschaften mit einem Grundkapital von 1727,1 Mio DM und einem wirtschaftlich berechtigten Anteil von 1515,6 Mio DM, mittelbar an 80 Aktiengesellschaften mit einem Grundkapital von 2055,8 Mio DM und einem wirtschaftlich berechtigten Anteil von 1273,1 Mio DM beteiligt. Unter den genannten 309 Unternehmen ist der Bund weiterhin unmittelbar an 52 Gesellschaften mbH mit einem Stammkapital von 312,4 Mio DM und einem wirtschaftlich berechtigten Anteil von 161,4 Mio DM, mittelbar an 146 Gesellschaften mbH mit einem Stammkapital von 314,9 Mio DM und einem wirtschaftlich berechtigten Anteil von 232,2 Mio DM beteiligt.¹⁾

Der Gesamtrechnungswert der unmittelbaren Bundesbeteiligungen mit Geschäftsbetrieb beträgt nach Angaben des Bun-

1) Vgl. Bundesministerium für wirtschaftlichen Besitz des Bundes (Hrsg.), Der Bund als Unternehmer, Bad Godesberg 1960, S. 14

desministeriums für wirtschaftlichen Besitz am 31.3.1959 rund 2,67 Mrd. DM.¹⁾ Der Rechnungswert bestimmt sich nach dem Anteil des Bundes am buchmässigen Eigenvermögen der Unternehmen, d.h. im allgemeinen nach den Bilanzfiguren ohne Berücksichtigung stiller Reserven. Soweit bei Beteiligungen für die Aktien des Unternehmens ein börsenmässiger Kurswert vorliegt, wird dieser dem Rechnungswert zugrunde gelegt, existiert ein solcher Kurswert nicht, so bezieht sich der Rechnungswert auf das Nominalkapital (einschliesslich der zuletzt ausgewiesenen Rücklagen, abzüglich Kapitalentwertungs- und Kapitalverlustkonten).²⁾ Zu den 2,67 Mrd. DM Gesamtrechnungswert der Bundesbeteiligungen, die in der Vermögensrechnung des Bundes erscheinen, können die mittelbaren Beteiligungen nicht hinzugerechnet werden, weil sie kapitalmässig bereits in den Obergesellschaften (unmittelbare Beteiligungen) enthalten sind. Wegen der tiefgestaffelten Schachtelbeteiligungen des Bundes mit unterschiedlichen Kapitalanteilen auf jeder Stufe kann diese Schachtelung auch nicht durch schematischen Abzug des jeweiligen Kapitals der Untergesellschaft von dem der Obergesellschaft eliminiert werden.³⁾

Wir gehen im folgenden zunächst von der Zielvorstellung einer Privatisierung über Volksaktien aus, die einen möglichst optimalen Erfolg der Privatisierung dadurch sicherstellen will, daß das gesamte in Bundeseigentum befindliche Produktionsmitteleigentum zur breitgestreuten Vermögensbildung über die Ausgabe als Volksaktien herangezogen wird. Das Limit der gesamten erreichbaren Vermögensstreuung über Volksaktien ergibt sich dann aus der vorhandenen Masse des erwerbswirtschaftlichen Bundesvermögens. Legt man verschiedene Schätzungen des innern

1) Vgl. Allgemeine Vorbemerkungen zum Entwurf des Bundeshaushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1960, Anlage zur Bundestagsdrucksache 1400, S. 147.

2) Vgl. Lauffs, Hans, Unternehmenskonzentration beim Bund, in: Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 20/I, Berlin 1960, S. 529

3) Ebenda, S. 539 f.

Werts der Unternehmensbeteiligungen des Bundes zugrunde, so steht insgesamt ein Vermögen von schätzungsweise 6 - 8 Mrd. DM für die breitgestreute Vermögensbildung zur Verfügung.¹⁾ Es darf hierbei nicht übersehen werden, daß die Schätzungen des inneren Wertes des Erwerbsvermögens des Bundes ausserordentlich problematisch sind und nur Anhaltspunkte liefern können. Wie schon erwähnt, lassen sich die einzelnen Beteiligungen des Bundes wegen ihrer starken Verschachtelung nicht einfach zu einem Gesamtwert aufaddieren. Für die meisten Beteiligungen bestehen keine Börsenkursnotierungen, ein beträchtlicher Teil der Beteiligungen besteht in GmbH-Anteilen und sonstigen nicht börsengängigen Beteiligungen. Schliesslich kann auch nicht mit Sicherheit unbedingt angenommen werden, daß die gegebenenfalls börsenmäßige Kursnotierung den inneren Wert des Aktienanteils einigermaßen zutreffend widerspiegelt.

1) Das Bundesministerium für wirtschaftlichen Besitz des Bundes gibt den Gesamtwert des industriellen Bundesbesitzes (einschl. des inzwischen bereits teilprivatisierten Volkswagenwerkes) nach dem Stande 1959 mit 6 bis 7 Mrd. DM an (vgl. Allgemeine Voroemerkungen zum Entwurf des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1960, a.a.O., S. 227). Eine Summe von 8,1 bis 8,7 Mrd. DM für das industrielle Bundesvermögen (das sich unter Einschluß der verkehrs- und wohnungswirtschaftlichen und sonstigen Unternehmen auf mindestens 10 Mrd. DM erhöht) nennt Breidbach, Hans-Josef, Privatisierung, Schriftenreihe des Deutschen Industrieinstituts, Heft 8, Köln 1960, S. 91 f. Der Bund der Steuerzahler schätzt das gesamte Erwerbsvermögen des Bundes nach dem Stande von 1956 auf rund 5 Mrd. DM (unter Ausschluß der Bereiche Verkehr, Wohnungsbau, Banken und Versicherungen dürfte das privatisierbare Industrievermögen dann schätzungsweise 3 bis 3,5 Mrd. DM betragen), der Veräusserungswert des privatisierbaren Industrievermögens wird mit 1,5 bis 2 Mrd. DM angegeben (vgl. Die Bundeskonzerne. Schach dem Staatskapitalismus durch Privatisierung. Schriftenreihe des Bundes der Steuerzahler, Heft 10. Bad Wörishofen 1957, S. 43 u. 203. W. Schreiber (Vermögensbildung ..., a.a.O., S. 76) schätzt den Verkehrswert des privatisierbaren Bundesvermögens auf 6 Mrd. DM

Es wird in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß der Wert des privatisierten Vermögens im Zeitpunkte der Veräußerung tatsächlich noch höher sei, wenn man den Wert bei Veräußerung an einzelne Private (Unternehmer oder Unternehmen) zum Vergleich heranzieht, da in diesen Fällen bei Übernahme großer Aktienpakete üblicherweise ein über dem Börsenkurs liegender Preis erzielt wird, der sich aus dem Börsenkurs und einem Paketzuschlag (bis zu 30 % des Börsenwertes) zusammensetzt. Es scheint zwar gerechtfertigt, vergleichsweise den noch über dem inneren Wert liegenden Veräußerungswert an einzelne Private heranzuziehen,¹⁾ weil auch die breitgestreute Veräußerung an eine Vielzahl von Privaten im Endeffekt ein Losschlagen grösserer Aktienpakete darstellt. Dieser Veräußerungswert (an einzelne Private) hat aber keine Geltung für die Ermittlung des tatsächlichen Gesamtwertes des breitgestreuten Vermögens, denn dieser Wert ist bestimmt durch den Kurswert der Volksaktien in Händen der Aktionäre. Der Verkaufswert der Volksaktien kommt für die Bewertung der gesamten durch Privatisierung breitgestreuten Vermögensmasse ebensowenig in Betracht: der vom Bund als Verkäufer erzielbare Erlös im Falle der Veräußerung an einzelne Private oder an eine Vielzahl von Volksaktionären kann bei diesen Bewertungsfragen keine Rolle spielen, denn die Pläne zur breitgestreuten Vermögensbildung setzen voraus, daß sich der Staat bereitfindet, im Sinne der Zielsetzung einen Wertverlust hinzunehmen und nicht etwa den höchsten erzielbaren Erlös zu realisieren.

¹⁾ Die Privatisierungspraxis des Bundes bestand bis 1958 in der Veräußerung einzelner Unternehmen an einzelne Private (von 1949 bis Ende 1958 wurden 32 Unternehmen zum Betrage von 85 Mio. DM veräußert). Wie der Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Hartmann, am 11. Januar 1957 im Bundestag zu einzelnen Privatisierungen des Bundes ausführte, liegt im allgemeinen der Verkaufskurs größerer Beteiligungen über dem gleichzeitig notierten Börsenkurs (vgl. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 2 v. 12.1.1957, S. 70).

Geht man entsprechend diesen Überlegungen vom inneren Wert bzw. vom freien Kurswert der Volksaktien im Zeitpunkt ihrer Ausgabe aus, so nimmt das gesamte privatisierbare Erwerbsvermögen des Bundes als Mittelwert der verschiedenen Schätzungen einen Wert von ungefähr 7 Mrd. DM an - wobei alle Vorbehalte hinsichtlich der annähernd geschätzten Globalsumme aufrechterhalten bleiben. Bevor wir uns nun näher mit den möglichen Dekonzentrationswirkungen beschäftigen, die mit der breiten Streuung eines solchen Betrages als Volksaktien erreicht werden könnten, ist zunächst zu prüfen, ob eine globale Verteilung des gesamten privatisierbaren Erwerbsvermögens von den entsprechenden Privatisierungsplänen überhaupt vorgesehen ist.

Aus den verschiedenen veröffentlichten Vorschlägen und Plänen zur Privatisierung des industriellen Bundesvermögens über die Ausgabe von Volksaktien ist kein klares Bild zu gewinnen über den als privatisierbar anzusehenden Teil innerhalb des hierfür insgesamt in Frage kommenden Vermögens. Es scheint allgemein die Ansicht vorzuherrschen, daß nicht das gesamte Erwerbsvermögen des Bundes zur Privatisierung herangezogen werden kann, weil bei bestimmten Unternehmen ein öffentliches Interesse an einer Beteiligung des Bundes besteht.¹⁾ Das gilt insbesondere für Versorgungsbetriebe und verteidigungspolitisch wichtige Betriebe. Ein eindeutiges Abgrenzungskriterium ist mit dieser Formel 'öffentliches Interesse' nicht gegeben. Ein derartiges Kriterium genügt nicht einmal zur Abgrenzung des Industrievermögens als privatisierbaren Teil des gesamten Erwerbsvermögens, weil

1) Vgl. Gesetzesvorschlag der FDP-Fraktion im Bundestag über "die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand", Deutscher Bundestag 2. Wahlperiode, 1953, Drucksache 2712; Bund der Steuerzahler (Hrsg.), Die Bundeskonzerne, a.a.O., S. 193 ff; vgl. ferner den Gesetzentwurf des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) über "die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand", abgedruckt in Frentzel, Gerhard, Die gewerbliche Betätigung der öffentlichen Hand. Schriftenreihe des DIHT, Bonn 1958, S. 41 ff.

z.B. innerhalb der drei großen Bundeskonzerne, die den wesentlichen Teil des industriellen Bundesvermögens verkörpern, eine ganze Reihe von Beteiligungen an Versorgungsbetrieben enthalten ist, an deren Aufrechterhaltung möglicherweise ein öffentliches Interesse besteht.

Mit Ausnahme des Privatisierungsplans des Bundes der Steuerzahler, der die einzelnen privatisierungsfähigen Unternehmen des Bundes nennt,¹⁾ beschränken sich andere Vorschläge auf die allgemeine Klausel einer gesetzlichen Verpflichtung des Bundes zur Privatisierung solcher Bundesbeteiligungen, an denen kein öffentliches Interesse besteht. Einschränkend muß noch hervorgehoben werden, daß aus diesen Vorschlägen und Plänen nicht immer eindeutig hervorgeht, ob die vorgeschlagene Veräußerung von Bundesbeteiligungen über die Börse auf dem Wege der Volksaktienausgabe (verbunden mit sozialen Vergünstigungen und einer Begrenzung des Erwerbs auf einkommensschwache Bevölkerungsschichten) oder auf andere Weise erfolgen soll.²⁾ Demgegenüber hat der zuständige Minister für wirtschaftlichen Besitz des Bundes³⁾ mehrfach hervorgehoben, daß die vorgesehene Privatisierung von Bundesvermögen dem gesellschaftspolitischen Ziel einer breitgestreuten Vermögensbildung dienen soll und zu diesem Zweck der Weg der Volksaktienausgabe mit sozialpolitischen Begünstigungen des Aktienerwerbs verbunden werden soll. Der Privatisierungsplan der Bundesregierung bleibt insofern unvollständig, als keine Angaben über das Vorgehen im einzelnen vorliegen, insbe-

1) Vgl. Bund der Steuerzahler, a.a.O., S. 204 ff.

2) In den Privatisierungsgrundsätzen des Bundes der Steuerzahler (a.a.O., S. 199) ist lediglich bestimmt, daß die Veräußerung der privatisierungsfähigen Unternehmen über die Börse und nicht im Ganzen und bei Aktienpaketen nicht en bloc erfolgen solle.

3) Vgl. Lindrath, Hermann, Breite Streuung des Eigentums, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 42 v. 4.3.1959, S. 398; ders.: Keine Freiheit ohne Eigentum, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 102 v. 10.6.1959, S. 1006

sondere zu der Frage, welche Unternehmen für eine Privatisierung in Frage kommen bzw. in Aussicht genommen sind.

Verschiedene organisatorische Probleme der Privatisierung werfen für den Fall einer Realisierung weitere Fragen auf, die den Umfang des privatisierbaren Vermögens berühren. Der zeitweise vertretene Gedanke einer zentralen Investment-Gesellschaft¹⁾, in die die Bundesbeteiligungen zum Zwecke der Veräusserung von hierauf lautenden Investmentzertifikaten an die zu begünstigenden Schichten eingebracht werden, dürfte seit der Ausgabe der Preußag- und Volkswagenwerk-Volksaktien zugunsten einer fallweisen Privatisierung einzelner Unternehmen²⁾ zurückgetreten sein. Damit erhält das Problem der Bewertung einzelner aus dem Konzernverband gelöster Unternehmen besondere Bedeutung. Bei einer ganzen Reihe von Unternehmen in maßgeblichem Bundesbesitz muß nämlich davon ausgegangen werden, daß sie als Verlustunternehmen oder wenig ertragreiche Unternehmen keine besonders geeigneten Objekte für eine Volksaktiengabe sind. Für die wirtschaftlichen Verflechtungen und infolgedessen für die Ertragslage der rechtlich an sich selbständigen Unternehmen spielt es zwar keine Rolle, ob Volksaktionäre oder Bund Anteilseigner sind. Es werden sich aber vermutlich nicht genügend Neuerwerber bereitfinden, Volksaktien eines ertragsschwachen Unternehmens langfristig zu halten, dessen Existenzberechtigung sich hauptsächlich aus den bisher bestehenden wirtschaftlichen Verflechtungen ergibt. Aus diesem Grund wird von einer Seite vorgeschlagen³⁾, alle Unternehmen im vollen Bundeseigentum oder mit Bundesbeteiligung von mindestens 25 %, soweit sie die Rechtsform der GmbH haben, in Aktiengesellschaften umzuwandeln; den

1) Vgl. Lindrath, Hermann, Wege zur Reprivatisierung, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 1 v. 9.1.1958, S. 9

2) Wie Lindrath bemerkt, kann wegen der unterschiedlichen Verhältnisse bei einzelnen Bundesunternehmen kein einheitliches Privatisierungsverfahren angewendet werden, vgl. Lindrath, H., Breite Streuung des Eigentums, a.a.O., S. 397.

3) Vgl. Bund der Steuerzahler, a.a.O., S. 198 f.

Konzernverband zwischen den einzelnen Unternehmen aufzulösen, soweit er nicht produktionstechnisch oder betriebswirtschaftlich bedingt ist; die Aktien aller zum privatisierungsfähigen Bundesindustriekomplex gehörenden Unternehmen (nach Beseitigung der Unterkapitalisierung) durch ein Konsortium aller Privatbanken nach und nach unter Kurspflege in die Börsenmärkte einzuführen.

Bei diesem Privatisierungsverfahren kann vermutet werden, daß sich eine Reihe von Unternehmen, für die ein produktionstechnisch oder betriebswirtschaftlich bedingter Konzern-Verband nicht zwingend nachgewiesen werden kann¹⁾, aus den genannten Gründen als nicht-privatisierbar erweist. In diesem Zusammenhang richten sich kritische Einwände vor allem gegen die Absicht, nur die ertragreichen Unternehmen zur Privatisierung heranzuziehen und die Verlustbetriebe dem Bund zu belassen.²⁾ Es erscheint jedenfalls die Annahme berechtigt, daß bei diesem Privatisierungsverfahren der Gesamtwert des privatisierbaren industriellen Bundesvermögens unter Umständen nicht unerheblich niedriger liegt.

Die gleichen Probleme ergeben sich in abgeschwächter Form, wenn - wie von anderer Seite vorgeschlagen wird³⁾ - die zu privatisierenden Bundesbeteiligungen von vornherein in der Weise neu gruppiert werden, daß jeweils Unternehmen mit hohen Gewinnen mit anderen ohne Gewinn bzw. mit Verlusten zusammengefasst werden. Das Mitschleppen von aus-

-
- 1) Dieser Nachweis dürfte ausserordentlich schwierig sein. Birnbaum (Ministerialdirigent im Bundesministerium für wirtschaftlichen Besitz des Bundes) vertritt die Ansicht, daß es sich bei den über 300 Unternehmen in Bundesbesitz überwiegend um wirtschaftlich unselbständige Teile der Konzern- oder Dachgesellschaften handelt (vgl. Birnbaum, Hans, Die Volksaktie. Privatisierung des Bundesvermögens, München 1960, S. 4 f.)
 - 2) Vgl. hierzu Hirche, Kurt, Die Komödie der Privatisierung, 2. Aufl., Köln 1959, S. 80 ff.
 - 3) Vgl. Häussler, Erwin, Zu neuen Ufern, Soziale Ordnung, 1958, Nr. 6, S. 150 ff.

gesprochenen Verlustbetrieben innerhalb privatisierter kleinerer Konzernverbände oder eines verschmolzenen Unternehmens kann deren inneren Wert stärker herabdrücken, als dies innerhalb des Groß-Konzerns vor der Privatisierung der Fall war. Am deutlichsten wird dies sichtbar, wenn man annimmt, daß gewinnlose Unternehmen bzw. Betriebe nach der Privatisierung stillgelegt werden, die zuvor innerhalb eines der großen Bundeskonzerne produktionstechnisch und betriebswirtschaftlich sinnvoll eingesetzt waren. Der Gesamtwert des industriellen Bundesvermögens dürfte aus diesem Grund im Falle der Privatisierung über Volksaktien niedriger als in den oben zitierten Schätzungen anzusetzen sein.

Der geringe quantitative Effekt einer Privatisierung des industriellen Bundesvermögens über Volksaktien auf die Verteilung des gesamten privaten Erwerbsvermögens wird hauptsächlich damit begründet, daß die zur Privatisierung verfügbare Vermögensmasse gering sei. Das kommt darin zum Ausdruck, daß im Falle der Privatisierung pro Kopf der Bevölkerung ein Betrag von 120.- DM entfällt¹⁾, bei breitetester Beteiligung der Arbeitnehmer übersteigt dieser Betrag nicht einmal 500.- DM²⁾. Auch bei einer Beschränkung der Volksaktienausgabe auf die einkommensschwachen Schichten der Arbeitnehmer läßt sich der individuelle Vermögensbetrag nicht wesentlich steigern. Erwähnt sei auch der erforderliche Zeitraum für die gesamte Privatisierung: diese geringen individuellen Vermögen in Volksaktien würden erst nach zehn und mehr Jahren erreicht.

Die Zahl der Aktienbesitzer in der Bundesrepublik wird 1959 auf rund eine halbe Million Personen geschätzt.³⁾

1) So z.B. Schreiber, W., a.a.O., S. 79

2) Vgl. Hirche, K., Das Experiment der Volksaktie, a.a.O., S. 82

3) Diese Schätzungen gehen von der Annahme aus, daß die Anzahl der Aktiendepots in Höhe von 0,5 Mio einer annähernd gleich großen Anzahl von Aktienbesitzern entspricht, vgl. hierzu Berndsen, Rudolf, Der Depotbesitz an deutschen Aktien, Wirtschaft und Statistik, N.F., 11. Jg., 1959, S. 418

Durch die Privatisierung der Preußag und des Volkswagenwerks erhöhte sich diese Zahl um 0,2 und 1,5 Mio. auf über 2 Millionen. Hingegen beträgt der Anteil der bisher ausgegebenen Volksaktien am gesamten Nominalkapital der Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien in der BRD von über 30 Mrd. DM rund 1,5 %¹⁾; der Anteil bisher ausgegebener Volksaktien beträgt nach Schätzungen²⁾ nur wenig mehr als 1 % des Kurswertes aller an der Börse gehandelten Aktien.

Die erfolgreiche Privatisierung eines wesentlichen Teiles des industriellen Bundesvermögen über Volksaktien könnte aber den quantitativ beachtlichen Effekt haben, die absolute und relative Abnahme des Streubesitzes am Nominalkapital aller Aktiengesellschaften der BRD etwas zu verlangsamen. Der Schachtelbesitz und der Dauerbesitz am Nominalkapital aller Aktiengesellschaften weist - allerdings überwiegend aufgrund der verbesserten statistischen Erhebung³⁾ - sowohl absolut als auch relativ steigende Anteile auf (vgl. Tabelle 2). Der als Rest errechnete "Publikumsbesitz" oder "Marktbesitz" entspricht im Durchschnitt in dem bei einzelnen Gesellschaften beobachteten Verhältnis zwischen Mehrheits- und freien Aktionären der letzteren Gruppe.⁴⁾ Eine Repräsentativerhebung über den Depotbesitz an Aktien und Investmentzertifikaten (vgl. Tabelle 3) weist mit einem Depotbesitz von insgesamt 8,3 Mrd. Nominalkapital annähernd den gleichen Wert aus wie der 'Publikumsbesitz' in Tabelle 2, Lipfert⁵⁾ zieht aus dieser annähernden Übereinstimmung die Folgerung,

1) Vgl. auch Claussen, Wilhelm, Die Entwicklung der Eigentumsverhältnisse seit 1945, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 221 v. 28.11.1961, S. 2079

2) Vgl. Volkswirtschaft, Pressedienst der SPD-Fraktion, Nr. 299 v. 2.11.1960

3) Vgl. Statistisches Bundesamt, Das Eigentum am Kapital der deutschen Aktiengesellschaften, Wirtschaft und Statistik, 11. Jg., 1959, S. 77

4) Vgl. Statistisches Bundesamt, Das Eigentum am Kapital, der deutschen Aktiengesellschaften, Statistik der BRD, Bd. 188, 1957, S. 5

5) Vgl. Lipfert, Helmut, Gefahren der Konzentration für den Streubesitz, in: Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 20/III, Berlin 1960, S. 1684

Tabelle 2: Das Eigentum am Nominalkapital der deutschen Aktiengesellschaften (1936, 1956 und 1958)

Art des Besitzes und der Kapitaleigner	Mio. RM bzw. DM			in %		
	1936	1956	1958	1936	1956	1958
<u>Schachtelbesitz</u>						
Beteiligungs- gesellschaften	1575	2800	3140	8,2	11,8	11,5
Übrige Aktien- gesellschaften	<u>3176</u>	<u>3385</u>	<u>+507</u>	<u>16,5</u>	<u>14,2</u>	<u>16,5</u>
zusammen	4751	6185	7647	24,7	26,0	28,0
<u>Dauerbesitz</u>						
Reich bzw. Bund, Länder und Ge- meinden	2505	3294	3553	13,0	13,9	13,0
Ausländer	1266	2254	3045	6,6	9,5	11,1
Sonstige Kapital- eigner	<u>2226</u>	<u>2506</u>	<u>4439</u>	<u>11,6</u>	<u>10,6</u>	<u>16,3</u>
zusammen	5997	8054	11037	31,2	33,9	40,4
<u>Übriger Besitz</u>						
an Aktien	<u>8476</u>	<u>9521</u>	<u>8642</u>	<u>44,1</u>	<u>40,0</u>	<u>31,6</u>
Gesamtsumme	19225	23760	27326	100	100	100

Quellen: Statistisches Jahrbuch des Deutschen Reiches 1937, S. 416; Statistisches Bundesamt, Das Eigentum am Kapital der deutschen Aktiengesellschaften, Statistik der BRD, Bd. 138, 1957, S. 5 ff.; Das Eigentum am Kapital der deutschen Aktiengesellschaften, Wirtschaft und Statistik, N.F., 9.Jg., 1957, S. 273 ff. u. 233; Das Eigentum am Kapital der deutschen Aktiengesellschaften, Wirtschaft und Statistik, N.F., 11.Jg., 1959, S. 76 ff.; Berndsen, Rudolf, Der Depotbesitz an deutschen Aktien, Wirtschaft und Statistik, N.F., 11.Jg., 1959, S. 418

daß der in Tabelle 2 ausgewiesene, als Residuum ermittelte 'übrige Besitz' an Aktien nahezu vollständig Streubesitz ist. Diese Folgerung ist aber nicht mit der verhältnismässig hohen Besetzung der mittleren und oberen Grössenklassen in Tabelle 3 zu vereinbaren; die Depots mit einem Nominalbetrag über 25.000 DM haben einen Anteil von 10 % an der Gesamtzahl der Depots und von rund 70 % am gesamten Nominalkapital in Depots; in diesem Bereich sind vermutlich häufiger mehrere Depots einer Person zuzurechnen als in den unteren Größenklassen. Es kann daher vermutet werden, daß in den oberen Größenklassen der Depotbesitz nur teilweise Streubesitz darstellt. Daß es sich aber bei dem Depotbesitz insgesamt überwiegend um Streubesitz handeln dürfte, geht daraus hervor, daß mehr als die Hälfte des Depotbesitzes an deutschen Aktien (4,4 Mrd. DM von insgesamt 8,3 Mrd. DM) auf Aktien von zumeist großen Gesellschaften entfällt, von denen bekannt ist, daß ihre Kapitalanteile auf zahlreiche Kleinaktionäre verteilt ist.¹⁾

Das verfügbare statistische Material lässt keine verbindlichen Aussagen über die mittels Privatisierung des Bundesvermögens erreichbare Dekonzentration des Aktienbesitzes zu. Innerhalb des engen Verteilungsbereichs des Aktienbesitzes (in dem die Besitzverhältnisse am übrigen privaten Erwerbskapital, d.h. an GmoHs, Gewerkschaften, Personalgesellschaften und Firmen von Einzelkaufleuten nicht in Erscheinung treten) würde eine Privatisierung des industriellen Bundesbesitzes über Volksaktien immerhin sichtbar. Nimmt man an, daß das privatisierte Vermögen des Bundes ein nominelles Aktienkapital in Höhe von rund 2 Mrd. DM darstellt, so würde sich der überwiegend als Streubesitz anzusehende 'übrige Besitz' in Tabelle 2 um rund 25 % erhöhen. In Tabelle 3 würde sich

1) Vgl. Statistisches Bundesamt, Das Eigentum am Kapital der deutschen Aktiengesellschaften, Wirtschaft und Statistik, N.F., 11. Jg., 1959, S. 77

Tabelle 3 : Grössenklassengliederung des Depotbesitzes an deutschen Aktien und Investmentzertifikaten

Nominalbetrag des einzelnen Depots in 1.000 DM				Anzahl der Depots		Nominalbeträge	
				in 1.000	in %	Mio. DM	in %
bis unter	5			314,6	62,0	535,7	7,1
5 "	"	10		77,3	15,2	547,1	7,3
10 "	"	25		64,3	12,7	1.003,3	13,4
25 "	"	50		26,9	5,3	936,3	12,5
50 "	"	100		13,4	2,6	910,3	12,2
100 "	"	250		7,4	1,5	1.125,6	15,0
250 "	"	500		1,9	0,4	663,2	8,9
500 und mehr				1,3	0,3	1.763,8	23,6
Inländische Depots zusammen				507,1	100	7,485,3	100
Ausländische Depots				20,6	-	837,7	-

Quelle: Berndsen, Rudolf, Der Depotbesitz an deutschen Aktien, Wirtschaft und Statistik, N.F., 11.Jg., 1959, S. 418

die Zahl der Depots von 0,5 Mio. auf mehrere Millionen erhöhen, da allein die Privatisierung von Preußag und Volkswagenwerk die Gesamtzahl der Depots auf über 2 Mio. erhöht hat bzw. hatte. Die gesamte Erhöhung des nominellen Aktienkapitals durch Privatisierung würde ganz überwiegend in die unterste Größenklasse (unter 5.000 DM) fallen.

Insgesamt kann man sagen, daß eine Dekonzentration durch Privatisierung innerhalb der von Tabelle 3 ausgewiesenen Verteilung (soweit man diese Verteilung überhaupt als aussagekräftig ansehen will) hauptsächlich durch eine starke Erhöhung der Grundgesamtheiten in den untersten Größenklassen und weniger durch Erhöhung ihrer Anteile am Gesamtkapital

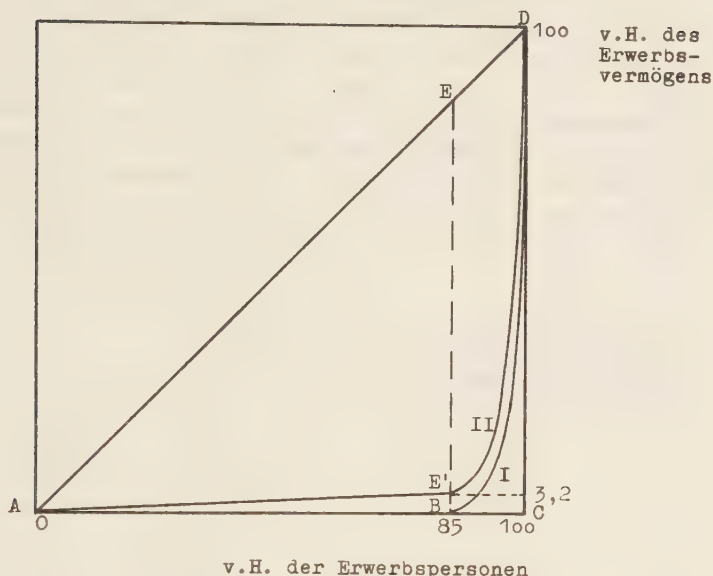
herbeigeführt wird.

Welche Dekonzentrationswirkung eine Privatisierung des gesamten erwerbswirtschaftlichen Kapitals des Bundes auf die Verteilung des privatwirtschaftlichen Erwerbsvermögens haben würde, lässt sich nur vermuten. Verschiedene Schätzungen¹⁾ des Gesamtvermögens in der BRD zeigen, daß es kaum statistische Anhaltspunkte für den Gesamtwert des Volksvermögens noch den darin enthaltenen Anteil des privatwirtschaftlichen Erwerbsvermögens gibt. Schreiber²⁾ fasst verschiedene Schätzungen dahingehend zusammen, daß das Volksvermögen (1957) bei möglicherweise grossen Fehlergrenzen einer solchen Schätzung etwa das Vierfache des Nettozialprodukts zu Faktorkosten beträgt und zu jeweils 1/3 auf öffentliches Vermögen, privates Erwerbsvermögen und Gebrauchsvermögen entfällt. Unterstellen wir als groben Schätzwert das gesamte private Erwerbsvermögen in Höhe von 300 Mrd. DM, so würde sich dieser Betrag im Falle einer vollständigen Privatisierung des gesamten Erwerbsvermögens des Bundes um maximal 10 Mrd. DM erhöhen lassen. Dieser einmalige Zuwachs des Gesamtvermögens stellt eine globale Umverteilung des Vermögens in der Weise dar, daß nunmehr die bisher vermögenslosen Arbeitnehmer einen Anteil von 3,2 % am Gesamtvermögen haben. Den mit der Privatisierung höchstens erreichbaren Dekonzentrationsgrad zeigt die geringe Verlagerung der ursprünglichen Verteilungskurve I nach II in Richtung auf die Gleichheitslinie.

1) Vgl. z.B. Krelle, Wilhelm, Bestimmungsgründe der Einkommensverteilung in der modernen Wirtschaft, in: Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 13, Berlin 1957, S. 92 f. und die dort zitierten Vermögensschätzungen S. 90 f.; ferner Grünig, Ferdinand, Versuch einer Volksvermögens-Rechnung der Deutschen Bundesrepublik. Sonderhefte des Instituts für Wirtschaftsforschung, N.F., Nr. 41, Berlin 1958; Hermann, K.A., Vermögensstatistik, a.a.O., S. 148ff.

2) Vgl. Schreiber, W., Vermögensbildung..., a.a.O., S. 67

Dekonzentrationswirkungen der Privatisierung



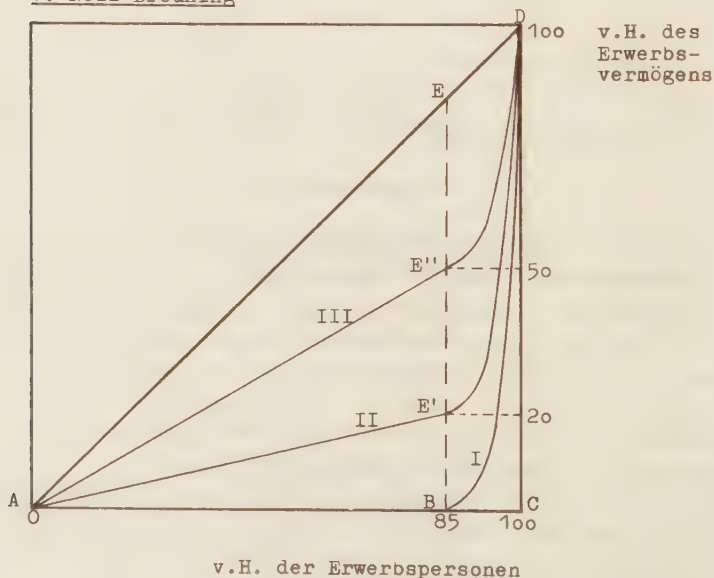
2) Die zeitlich begrenzte Umverteilung einer bestimmten Quote der Vermögenszuwächse im Plan v. Nell-Breunings

Im Rahmen seines Investivlohn-Plans unterstellt v. Nell-Breuning ein 5 %iges Wachstum der vorhandenen Vermögen. Den in der Ausgangssituation vorhandenen Kapitalstock setzen wir gleich 100. Von den Zuwächsen werden 50 % zugunsten der bisher weitgehend vermögenslosen Arbeitnehmer umverteilt. Diese 50 %ige Umverteilung kann nach v. Nell-Breunings Ansicht auf 10 Jahre beschränkt werden, weil in diesem Zeitraum die hälftige Umverteilung der Vermögenszuwächse bereits zur Umverteilung des Gesamtvermögens in "massiven Größenordnungen"¹⁾ führt. In zehn Jahren wächst das Gesamtvermögen von einem Anfangsbestand = 100 nach Art der Zinseszinsfunktion auf 163 am Schluß der Periode. Von dem gesamten Zuwachs entfällt ein 50 %iger Anteil in Höhe von 31,5 auf die begünstigten Arbeitnehmer. Am Schluß der Periode der Umverteilung haben die Arbeitnehmer von einem Gesamtkapital von 163 (bezogen auf

1) O.v.Nell-Breuning, Ist Eigentum eine Ordnungsmacht?
a.a.O., S.299

das Anfangskapital von 100) Vermögen in Höhe von 31,5, also rund $\frac{1}{5}$ des gesamten Vermögens. Wenn wir diese globale Umverteilungsquote in unser Verteilungsmodell (vgl. oben Abschnitt A, 3) eintragen, so gewinnen wir aus der Verschiebung der Ursprungskurve I in Richtung auf die Gleichheitslinie zur Verteilungskurve II eine Vorstellung von dem Dekonzentrationsgrad. Bei einer Umverteilung ad infinitum kennzeichnet Kurve III den optimal erreichbaren Dekonzentrationsgrad (50 % des Gesamtvermögens im Bereich der Arbeitnehmer), der schon nach 50 Jahren (mit 45,6% zugunsten der Arbeitnehmer) annähernd realisiert wäre.

Dekonzentrationswirkungen des Plans von v. Nell-Breuning



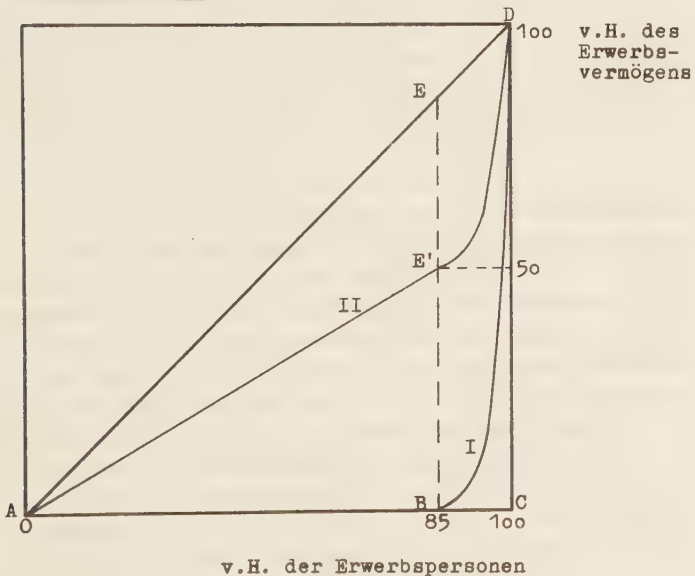
- 3) Die zeitlich nicht begrenzte Umverteilung einer bestimmten Quote der Vermögenszuwächse in den Plänen von Bachmann, Schreiber, Gleitze/Büttner und im SPD-Plan

Im Bachmann-Plan nähert sich der angestrebte Dekonzentrationsgrad einer Vermögensgleichverteilung. Die dekonzentrierte Verteilung soll erreicht werden durch eine 50%ige Umverteilung des Realkapitalzuwachses zugunsten der Arbeitnehmer. Der Zuwachs des Realkapitals soll 4 % betragen und

wird voll finanziert aus nicht ausgeschütteten Gewinnen. Die Umverteilung von 2 % des Realkapitalzuwachses in Form von Gratisaktien an die Arbeitnehmer ist zeitlich nicht begrenzt.

In unserem Verteilungsmodell würde eine solche Umverteilung zu dem mit Kurve II angedeuteten Dekonzentrationsgrad gegenüber der Ausgangssituation (Kurve I) führen. Es zeigt sich, daß

Dekonzentrationswirkungen des
Bachmann-Plans



die begünstigten Arbeitnehmer bei einer 50 %igen Umverteilung der Vermögenszuwächse ad infinitum niemals mehr als 50 % des gesamten Vermögens erhalten. Wie schon ausgeführt (vgl. Abschnitt A, 3), erreichen die Arbeitnehmer diesen Anteil nicht ganz, weil die ursprünglichen Vermögenseigentümer einen ständigen Vorsprung in Höhe des anfänglich vorhandenen Vermögens haben, dessen relativer Anteil am

wachsenden Gesamtvermögen ständig abnimmt.

Im folgenden sei noch kurz auf einige Besonderheiten der von Bachmann vorgeschlagenen Vermögensumverteilung eingegangen. Der im Rahmen des Bachmann-Plans angestrebte Dekonzentrationsgrad hängt nicht nur von der globalen Umverteilungsquote bei den Zuwächsen ab, sondern auch von den Modalitäten der Umschichtung der Kapitalbeteiligungen. Von den jährlichen Zuwächsen des Realkapitals werden jeweils 50 % in Form neu emittierter Gratis-Aktien in Nominalkapital verwandelt; soweit es sich nicht um Aktiengesellschaften handelt, sind andere Formen der Sachwertbeteiligung vorgesehen. Die neuen Aktien (oder sonstigen Sachwertpapiere) in Höhe von 50 % der Realkapitalzuwächse fallen allein den begünstigten Arbeitnehmern zu, während weitere 50 % der auf Selbstfinanzierung beruhenden Realkapitalzuwächse nicht zu einer entsprechenden nominellen Erhöhung des Aktienkapitals verwendet werden, sondern durch einen erhöhten Marktwert der Aktien zum Ausdruck kommen. Dieser auf Selbstfinanzierung beruhende Teil der Vermögenszuwächse fällt nicht ausschliesslich in das Eigentum der alten Aktionäre, da durch die Umverteilung auch die begünstigten Arbeitnehmer Aktienbesitzer geworden sind. Die Eigentumsverhältnisse am jeweils vorhandenen Realkapital bestimmen sich nach den Anteilen, die die alten Aktionäre und die neuen Aktionäre am gesamten Aktienkapital haben. Nach den Voraussetzungen des Bachmann-Plans erhalten die Arbeitnehmer sämtliche Zuwächse des nominellen Aktienkapitals, die alten Aktionäre haben den Anfangsbestand am Aktienkapital = 100 in Händen und vergrössern diesen Bestand nicht. Infolgedessen nimmt nicht nur der relative Anteil alter Aktien am gesamten Aktienkapital ständig ab, sondern zugleich auch der relative Anteil am gesamten Realkapital im Eigentum der alten Aktionäre. Unter den Prämissen des Bachmann-Plans tritt dann schliesslich eine Gleichverteilung sämtlicher Kapitalbeteiligungen an den Unternehmen zwischen alten Aktionären und neuen Aktionären (Arbeitnehmern) ein.

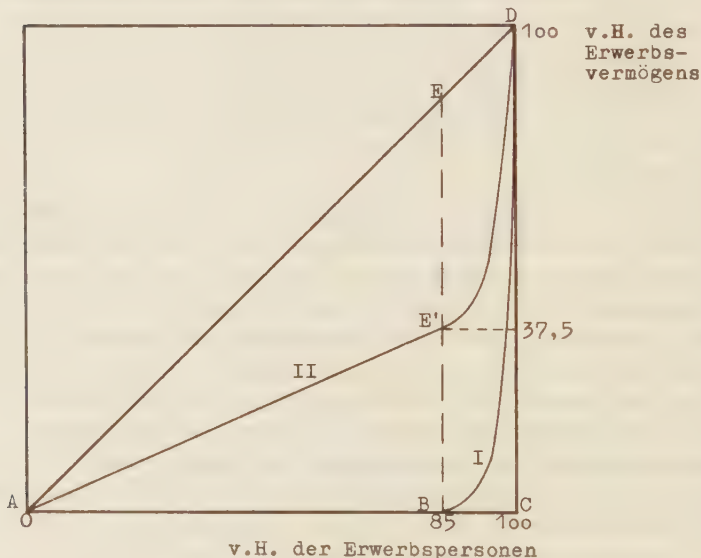
Das Ergebnis einer Gleichverteilung erklärt sich aus den speziellen Prämissen des Bachmann-Plans: der gesamte Netto-Vermögenszuwachs in den Unternehmen wird finanziert aus unverteilter Gewinnen, es wird also eine hundertprozentige Selbstfinanzierung der Netto-Investitionen unterstellt. Der Vorgang der Selbstfinanzierung stützt sich in starker Vereinfachung auf unverteilte Gewinne, von den sonstigen Selbstfinanzierungsmöglichkeiten (z.B. aus Abschreibungen) wird abgesehen. Die Unternehmen erhöhen ihr Eigenkapital nur durch die Ausgabe von Gratisaktien an die begünstigten Arbeitnehmer. Die gesamten Vermögenswerte, innerhalb derer sich die Umverteilung vollzieht, bestehen in Kapitalbeteiligungen, deren Wert durch die Vermehrung des Realkapitalbestandes im Wege der Selbstfinanzierung laufend erhöht wird. Die begünstigten Arbeitnehmer partizipieren an dieser Erhöhung der Vermögenswerte, indem sie an den nominellen Kapitalanteilen einen ständig steigenden Anteil erhalten.

Legt man abweichend von den engen Prämissen des Bachmann-Plans einen Vermögensbegriff¹⁾ zugrunde, der neben Kapitalbeteiligungen auch andere Vermögenswerte umfasst (z.B. die Sparkonten), so würde sich eine Gleichverteilung der Vermögenswerte über die im Bachmann-Plan vorgeschlagene Ausgabe von Gratisaktien an die Arbeitnehmer nicht mehr erreichen lassen. Unter Berücksichtigung der Geldvermögensbildung liesse sich vielmehr bei einer globalen Umverteilungsquote von 50 % der gesamten Vermögenszuwächse zugunsten der Arbeitnehmer nur eine Vermögensdekonzentration erreichen, bei der auf die Arbeitnehmer höchstens die Hälfte des bestehenden Gesamtvermögens entfällt.

1) Zum verwendeten Vermögensbegriff siehe oben, Abschnitt A, 2, a, S. 58 ff.

In dem Quantifizierungsbeispiel von Schreiber wird die bestehende Selbstfinanzierung aller Unternehmen durch das staatlich geförderte Mehrsparen der Arbeitnehmer auf die Hälfte reduziert. Nimmt man an, daß die Selbstfinanzierung 75 % des gesamten Netto-Vermögenszuwachses in den Unternehmen ausmacht,¹⁾ so würde bei fortlaufender Vermögensumverteilung in dieser Größenordnung (50 % der ursprünglichen Selbstfinanzierungsquote) der Anteil der begünstigten Arbeitnehmer annähernd 37,5 % des gesamten Erwerbsvermögens betragen.

Dekonzentrationswirkungen des Schreiber-Plans



¹⁾ Wir unterstellen eine maximale Selbstfinanzierungsrate von 75 % der Gesamtfinanzierung des Netto-Vermögenszuwachses in Unternehmen, um die höchstmögliche Dekonzentrationswirkung des Plans darzustellen; verschiedene Schätzungen führen zu einer niedrigeren Selbstfinanzierungsquote, vgl. hierzu Oberhauser, A., Die wirtschaftlichen Auswirkungen..., a.a.O., S. 16; Zimmermann, Karl, Vermögensbildung und Selbstfinanzierung bei den industriellen Aktiengesellschaften seit der Währungsreform, WWI-Mitteilungen, 13. Jg., 1960, S. 135; Baumgart, Egon, Krengel, Rolf und Moritz, Werner, Die Finanzierung der industriellen Expansion in der Bundesrepublik während der Jahre des Wiederaufbaus. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Sonderheft Nr. 49, Berlin 1960, S. 28, 74 ff.

Der Umverteilungsmechanismus im Schreiber-Plan beruht ganz entscheidend auf dem volkswirtschaftlichen Kreislaufzusammenhang, demzufolge ein durch staatliche Prämien induziertes Mehrsparen der Arbeitnehmer deren Anteil am Gesamteinkommen (zu Lasten des Anteils der Unternehmereinkommen) erhöht. Im Zusammenhang mit diesem Umverteilungsmechanismus setzt sich Schreiber auch ausführlich mit dem Phänomen der Selbstfinanzierung auseinander.

Die Selbstfinanzierung legt nach Schreibers Ansicht dem Konsumenten eine Art indirekte Steuer auf, d.h. die Konsumenten leisten Konsumverzicht, damit Neukapital in den Unternehmen gebildet werden kann; der Gegenwert dieses Konsumverzichts falle den Unternehmern als individueller Vermögenszuwachs zu.¹⁾ Da nun aber die Kreislaufgewinne aus bestimmten Marktkonstellationen entspringen und ihr Entstehen weder den Unternehmern noch den Arbeitnehmern zugeschrieben werden könne, komme eine Umverteilung entsprechender Eigentumstitel aus Kreislaufgewinnen (bzw. Selbstfinanzierung) nur zugunsten der Gesamtheit der Konsumenten in Betracht.²⁾ Hinsichtlich der wachstumsnotwendigen Restquote der Selbstfinanzierungsgewinne gelte, daß alle Konsumenten bzw. privaten Haushalte, wenn sie erst einmal am gewerblichen Kapitaleigentumsmäßig beteiligt sind, auch an dem durch Selbstfinanzierungsgewinne verursachten Vermögenszuwachs der Unternehmen teilnehmen. Diese Quelle der Vermögensbildung sei dann nicht mehr Privileg der bisher Vermögenden.³⁾

Demnach ist die Frage der Beteiligung der Arbeitnehmer am Aktienkapital für die Dekonzentrationswirkungen bei Realisierung des Plans von erheblicher Bedeutung, wie Schreiber selbst hervorhebt. Nach den Intentionen des Schreiber-Plans soll es zulässig sein, daß die prämiengünstigten Sparkonten der Arbeitnehmer in Aktien-Depots umgewandelt werden. Obwohl die quantitativen Umverteilungseffekte zugunsten der Arbeitnehmer im Schreiber-Plan sehr weitgehend präzisiert sind, geht Schreiber bei der Darlegung seines Plans nicht näher auf die Frage ein, in welchem Umfange die Vermögensbildung der Arbeitnehmer in Form des Aktienerwerbs erfolgen soll.

1) Vgl. W.Schreiber, Vermögensbildung...., a.a.O., S. 34,45

2) Ebenda, S. 46 f.

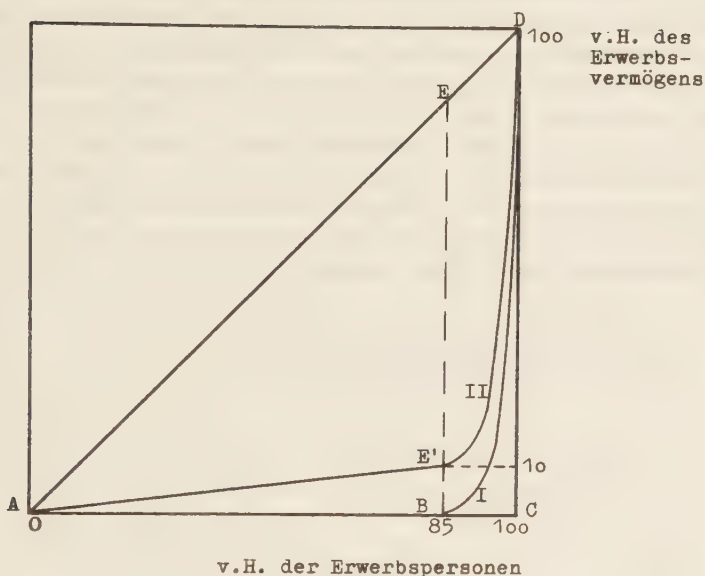
3) Ebenda, S. 56 f.

Da im Schreiber-Plan nicht näher bestimmt ist, welchen Anteil am gesamten Eigenkapital der Unternehmen die begünstigten Arbeitnehmer durch Änderungen in der Verteilung des neugebildeten Vermögens erhalten sollen, bleibt auch weitgehend unbestimmt, in welchem Umfange der Vermögenszuwachs aus Selbstfinanzierung auf die Arbeitnehmer entfällt. Bemerkenswert ist noch, daß die breite Streuung von Kapitalanteilen im Schreiber-Plan nur im Sinne einer Initialzündung institutionalisiert werden soll. Es ist aber ganz unwahrscheinlich, daß die einmalige Prämienverteilung für auf die Dauer von fünf Jahren festgelegte freiwillige Sparleistungen bereits eine breiteste Streuung von Aktienbesitz herbeiführt. Im Schreiber-Plan ist nämlich nicht sichergestellt, daß die Unternehmen neue Aktien in solchem Umfange emittieren, daß die Arbeitnehmer ihre Sparkonten in Aktien-Depots umwandeln können.

Nach dem SPD-Plan würde eine Vermögensabgabe von 20 % der gesamten Gewinne in Unternehmen mit Gewinnen über 1 Mio. DM eine Beteiligung der Arbeitnehmer an der Vermögensbildung ermöglichen, deren Größenordnungen nach vorsichtiger Schätzung bis 10 % des gesamten Vermögenszuwachses in Unternehmen (Unternehmen ohne Wohnungsbau, vgl. Tabelle 1, S. 5) betragen würde. Bei einer zeitlich unbegrenzten Vermögensumverteilung in dieser Größenordnung könnte die Beteiligung der Arbeitnehmer am gesamten Vermögensbestand einen Anteil von maximal 10 % nicht übersteigen.¹⁾

1) Eine gewisse Unsicherheit der Schätzung der Dekonzentrationswirkung des SPD-Plans ergibt sich daraus, daß im Zuge wirtschaftlichen Wachstums immer mehr Unternehmen mit ihren Gewinnen in die Größenklasse über 1 Mio. DM hineinwachsen. Der unterstellte Anteil von 10% am gesamten Vermögenszuwachs in Unternehmen - dem ein Fünftel der Gesamtgewinne über 1 Mio. DM entspricht - bliebe im Zeitablauf dann unverändert, wenn die Summe der Gewinne über 1 Mio. DM im gleichen Maße zunimmt wie die gesamte Vermögensneubildung in den Unternehmen. Nimmt die gesamte Vermögensneubildung schneller zu als die Summe der Gewinne über 1 Mio. DM, so würde die Unverteilungsquote zugunsten der Arbeitnehmer unter 10% absinken, nimmt hingegen die Vermögensneubildung langsamer zu als die Summe der Großgewinne, so würde der relative Anteil der begünstigten Arbeitnehmer am laufenden Vermögenszuwachs in den Unter-

Dekonzentrationswirkungen des SPD-Plans

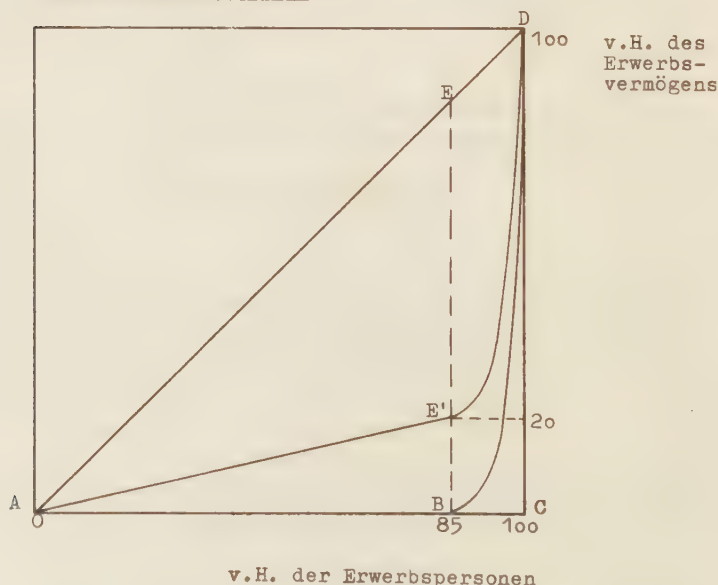


Der Gleitze/Büttner-Plan bezieht sich auf die laufenden Vermögenszuwächse in allen privaten erwerbswirtschaftlichen Unternehmen, die ein Aktivkapital von 10 Mio. DM und mehr haben. Von diesem Teil der gesamten Vermögenszuwächse in Unternehmen sollen 50 % zugunsten der Arbeitnehmer umverteilt werden. Als Maximalschätzung nehmen wir an, daß die Vermögenszuwächse in allen Unternehmen zu 75 % auf Selbstfinanzierung beruhen. Ein wie hoher Teil der Selbstfinanzierung auf die Unternehmen mit über 10 Mio. DM Aktiv-

nehmen mehr als 10 % betragen. In diesem Fall ergibt sich bei einer genügend langen Umverteilung auch ein höherer Anteil der Arbeitnehmer am Vermögensbestand als 10 %.

kapital entfällt, lässt sich nur annähernd schätzen. Da die Bilanzstatistiken sich nur auf Aktiengesellschaften stützen, gehen wir von den steuerlichen Einheitswertstatistiken aus, in denen alle privaten Erwerbsunternehmen erfasst und nach Größenklassen der Einheitswerte gegliedert sind.¹⁾ Der Einheitswert ist die Differenz zwischen dem (steuerlich bewerteten) gesamten Aktivkapital abzüglich den Schulden eines Unternehmens. Da in den Größenklassen über 5 Mio. DM Einheitswert der Anteil der Einheitswerte am gesamten Aktivkapital rund 50 % beträgt, können wir annehmen, daß in den Größenklassen über 5 Mio. DM Einheitswert alle Unternehmen

Dekonzentrationswirkungen des
Gleitze/Büttner-Plans



1) Vgl. zum folgenden Statistisches Bundesamt, Finanzen und Steuern, Reihe 6: Einkommen- und Vermögensteuern, IV. Einheitswerte der gewerblichen Betriebe, Stand: 1.1. 1957 (Ergebnisse der Einheitswertstatistik 1957) Stuttgart-Mainz 1961, S. 16 f. und 21 ff.

mit einem Aktivkapital über 10 Mio. DM enthalten sind. Wir nehmen weiterhin an, daß der Anteil des gesamten Aktivkapitals dieser Unternehmen mit mehr als 10 Mio. DM Aktivkapital an der Summe des Aktivkapitals aller Unternehmen in Höhe von 50 % zugleich denjenigen Anteil kennzeichnet, den die Unternehmen mit über 10 Mio. DM Aktivkapital an der Selbstfinanzierung aller Unternehmen haben. Es entfallen somit auf die vom Gleitze/Büttner-Plan belasteten Unternehmen ca. 37,5 % innerhalb der gesamten Selbstfinanzierungsquote bei allen Unternehmen. Von diesem Anteil der Unternehmen mit über 10 Mio. DM Aktivkapital an der Selbstfinanzierung werden nach dem Gleitze/Büttner-Plan 50 % zugunsten der Arbeitnehmer umverteilt; deren Anteil am gesamten Vermögen erreicht dann bei einer Umverteilung ad infinitum maximal 20 %.

4) Quantitativ unbestimmte Dekonzentrationswirkungen einiger Pläne (Föhl, DGB, DAG und Sozialausschüsse der CDU)

Der Föhl-Plan ist sehr konsequent auf eine gesamtwirtschaftliche Vermögensdekonzentration ausgerichtet. Während einerseits die laufenden Vermögenszuwächse in massiven Größenordnungen zugunsten der bisher besitzlosen Arbeitnehmer mittels komplizierter Änderungen des Steuersystems umverteilt werden sollen, stellt der Plan gleichzeitig sehr stark darauf ab, die Bildung hoher Individualvermögen aus laufenden Vermögenszuwächsen zu unterbinden. Im Föhl-Plan korrespondiert die Zunahme der unteren Vermögen innerhalb der Gesamtschichtung mit einer relativen Verminderung der hohen und höchsten Vermögen. Das erklärte Ziel des Plans ist es, über eine weitgehende Nivellierung der individuellen Vermögenszuwächse eine Dekonzentration in der Gesamtverteilung der Vermögen herbeizuführen. Die Dekonzentrationswirkungen lassen sich nicht exakt quantifizieren. Dies wird offensichtlich, wenn wir die Frage an den von Föhl vorgeschlagenen Verteilungsmechanismus richten, welche Quote des Vermögenszuwachses zugunsten der Arbeitnehmer bei voller Realisierung des Plans umverteilt wird: (1) Der von Föhl angegebene Betrag von 150 Mrd. DM ist nicht aus dem Plan

heraus bestimmt, es lässt sich weder im Plan ein begründender Hinweis finden, noch lässt sich nachträglich eine sinnvolle Begründung konstruieren. (2) Das Umsatzsteueraufkommen setzt zunächst den quantitativen Rahmen für die Vermögensbildung der Arbeitnehmer. Dieser Rahmen wird dann von Föhl bei der weiteren Entwicklung des Plans variiert. Die progressive Gestaltung des Einkommensteuertarifs und die Erzwingung der Vollausschüttung von Gewinnen der Kapitalgesellschaften würden "die Ansammlung von Riesenvermögen unmöglich machen" und "das Ende der Selbstfinanzierung"¹⁾ bedeuten (einschränkend bemerken wir hierzu, daß die Höhe der Selbstfinanzierung nicht ausschliesslich durch den ausgewiesenen 'nichtausgeschütteten Gewinn' bestimmt ist). Bei unveränderter Höhe der Nettoinvestition soll der Wegfall der Selbstfinanzierung und teilweise des Sparens der Unternehmerhaushalte aus ausgeschütteten Gewinnen in voller Höhe durch das vermehrte Sparen der Arbeitnehmer ersetzt werden. Wir haben aber zu berücksichtigen, daß sich bisher Umsatzsteueraufkommen und Selbstfinanzierung (einschliesslich Sparen aus Gewinneinkommen) nicht in der gleichen Grössenordnung bewegen.

Es ist daher einerseits notwendig, im Föhl-Plan einen nur partiellen Wegfall der Umsatzsteuer zuzulassen. Andererseits ist aber eine Vollausschüttung der Gewinne und ein gänzlich Unterbinden des Sparens aus Gewinneinkommen nicht beabsichtigt, weil die Notwendigkeit zur Erhaltung einer Eigenfinanzierung der Unternehmen in gewisser Mindesthöhe besteht²⁾ - obwohl Föhl die Erzwingung der Vollausschüttung im Rahmen seines Plans mehrmals ausdrücklich fordert. Dieser nicht reduzierbare Rest der Selbstfinanzierung würde aber die Marge schmälern, in die die Arbeitnehmer mit ihrer vermehrten Vermögensbildung eintreten könnten.

1) Vgl. Föhl, C., a.a.O., S. 189

2) Ebenda, S. 182 f.

Zu beachten ist ferner, daß mit dem verringerten Umfang der Vermögensbildung der Arbeitnehmer auch der zu erlassende Teil der Umsatzsteuer kleiner wird. Man kann deshalb nicht mehr davon ausgehen, daß das Umsatzsteueraufkommen den quantitativen Rahmen für die Vermögensbildung der Arbeitnehmer setzt. Auf der anderen Seite lässt Föhl offen, wie hoch der relative Anteil der restlichen, unreduzierbaren Selbstfinanzierung an der gesamten ursprünglichen Selbstfinanzierung sein soll, so daß auch von dieser Seite her das quantitative Ausmaß der Vermögensbildung der Arbeitnehmer unbestimmt bleibt.

Im übrigen variiert auch der relative Anteil dieser unerlässlichen Restquote der Selbstfinanzierung in seiner Höhe, weil die Erhöhung des Haftungskapitals durch vermehrte Vermögensbildung der Arbeitnehmer in Form neu emissionierter Anteilspapiere die Finanzierungsstruktur in dem Sinne ändert, daß der relative Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital erhöht wird, womit die aufrecht zu erhaltende Mindestquote der Selbstfinanzierung in ihrer Höhe eine von der Umverteilung abhängige Variable wird.

Dem von Föhl geplanten Umverteilungsmechanismus fehlt ein fester Bezugspunkt, von dem aus sich die einzelnen Maßnahmen in ihren quantitativen Effekten ordnen und aufeinander abstimmen liessen. Die Frage bleibt offen, ob mit einer regulierenden Besteuerung der Arbeitseinkommen ein Mehrsparen der Arbeitnehmer in solcher Höhe induziert werden kann, dass ein angestrebter Dekonzentrationseffekt auf die Vermögensschichtung eintritt. Die sonstigen Verlagerungen anderer Größen im Rahmen des Plans entsprechen sich nicht in ihren Größenordnungen. Die Progression der Einkommenbesteuerung hat z.B. im Föhl-Plan die doppelte Aufgabe, den Ausfall von Umsatzsteueraufkommen in voller Höhe zu ersetzen und zugleich so restriktiv auf die Gewinneinkommen zu wirken, wie es die vermehrte Ersparnisbildung der Arbeitnehmer (in Höhe der Umsatzsteuer) erfordert. Die verschiedenen finanzwirt-

schaftlichen Steuerungsmaßnahmen sollen also nicht nur die Kreislaufgrößen umstrukturieren, sondern auch noch selbst zu einer Umstrukturierung der Steuereinnahmen des Staates in der gleichen quantitativen Größenordnung wie die Kreislaufgrößen (Sparen aus Gewinneinkommen und aus Arbeitseinkommen) führen, obwohl zwischen den steuerlichen incentives keine Funktionalbeziehungen wie zwischen den Kreislaufbeziehungen bestehen.

In den Plänen des DGB, DAG und der Sozialausschüsse der CDU ist eine bestimmte Umverteilungsquote der Vermögenszuwächse zugunsten der Arbeitnehmer ebenfalls nicht festgelegt. Die Bestimmung der Umverteilungsquote soll vielmehr Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern auf betriebsindividueller Ebene überlassen bleiben. Dabei müsste im Falle einer Realisierung dieses Plans damit gerechnet werden, dass sich zwischen den Unternehmen oder zwischen den Branchen ganz unterschiedliche Umverteilungsquoten herausbilden, so daß gesamtwirtschaftlich nicht abzusehen ist, mit welcher globalen Umverteilungsquote auf längere Sicht zu rechnen ist. In dem DGB-Plan ist ganz offen gelassen, ob die Umverteilungsquoten betrieblich oder überbetrieblich (z.B. durch Gesetz) festgelegt werden sollen, so daß dem Plan nicht entnommen werden kann, eine wie starke Vermögensdekonzentration angestrebt wird.

Teil III : Die Begrenzung der erreichbaren Vermögensdekonzentration unter Berücksichtigung der Einkommensverteilung

A. Die Bedeutung der Einkommensverteilung für die erreichbare Vermögensdekonzentration

Im Anschluss an die in Teil II vorgenommene Analyse der Dekonzentrationswirkungen einzelner Pläne im Falle ihrer Realisierung soll nunmehr im III. Teil geprüft werden, ob die angestrebte Vermögensdekonzentration auch tatsächlich erreicht und beibehalten werden kann. Zur Klärung dieser Frage erweist es sich als notwendig, auf die Beziehungen zwischen Vermögensverteilung und Einkommensverteilung näher einzugehen.

Wie sich aus den erörterten Vorgängen der Vermögensdekonzentration unmittelbar ergibt, ist mit einer partiellen Umverteilung der Vermögenszuwächse eine Änderung in der Einkommensverteilung verbunden, denn das im Rahmen einiger Pläne induzierte Mehrsparen der Arbeitnehmer erhöht zugleich deren Anteil am Gesamteinkommen. Aus der veränderten Verteilung der Vermögenszuwächse zugunsten der Arbeitnehmer resultiert ferner, daß die Arbeitnehmer in dem Maße, wie sie am gesamtwirtschaftlichen Erwerbsvermögen beteiligt werden, zusätzlich Teile des Besitzeinkommens (Zinsen, Dividenden) auf sich vereinigen. Die Erhaltung des einmal erreichten Dekonzentrationsgrades hängt davon ab, wie stark die Veränderungen in der Einkommensverteilung sind, die sich infolge der veränderten Verteilung des Gesamtvermögens ergeben. Wir unterstellen dabei zunächst, daß die Pläne nur bis zum annähernden Erreichen der angestrebten Vermögensdekonzentration wirksam sind. Die Einkommensverteilung in Abhängigkeit von der veränderten Vermögensverteilung setzt dann ein Maß für den möglichen Grad der langfristigen Verteilungsänderung bei den Vermögen. Dies sei an folgender Überlegung verdeutlicht: Wenn sich statistisch nachweisen lässt, daß sich bei einer einmal erreichten Dekonzentration der Vermögen die Einkommensverteilung nicht entscheidend in Richtung auf eine Dekonzentration verändert, dann liegt

die Vermutung nahe, daß sich wegen der stark differenzierten Möglichkeiten der Vermögensbildung innerhalb der Gesamteinkommensverteilung die erreichte Vermögensdekonzentration als nicht sehr stabil erweist. Es bestehen erhebliche Schwierigkeiten bei der statistischen Verifizierung dieser Überlegung. Es erscheint daher zweckmässig, im weiteren davon auszugehen, dass der erreichte Dekonzentrationsgrad der Vermögen in einer völligen Gleichverteilung besteht. Dieses Vorgehen hat den analytischen Vorteil, dass sich die bei extremer Realisierung der Vermögensdekonzentration (Vermögensgleichverteilung) ergebenden grösstmöglichen Veränderungen der Einkommensverteilung statistisch verifizieren lassen. Es kann gezeigt werden, dass bei einer völligen Gleichverteilung der Vermögen ein nicht unerheblicher Grad der Ungleichverteilung bei den Einkommen bestehen bleibt.

Wie weitere Überlegungen zeigen, lässt sich die Vermögensdekonzentration unter diesen Annahmen (zeitlich begrenzte Wirksamkeit der Pläne bis zum annähernden Erreichen der völligen Gleichverteilung) auch nicht durch scharfe redistributive Eingriffe in die Verteilung von Einkommen und Vermögen aufrecht erhalten.

Zur weiteren Klärung der Frage, ob die einmal erreichte Vermögensdekonzentration langfristig stabil ist, soll davon ausgegangen werden, dass die Wirksamkeit der betrachteten Pläne zeitlich bis zum annähernden Erreichen des angestrebten Dekonzentrationsgrades begrenzt ist und die Dekonzentration nicht in einer Gleichverteilung, sondern allenfalls in einer globalen Umverteilung von 50 % zugunsten der Arbeitnehmer besteht. Es ergeben sich jetzt andere als die oben angedeuteten Schlußfolgerungen hinsichtlich der Stabilität des einmal erreichten Dekonzentrationsgrades. Es entfallen die stabilisierenden Wirkungen einer ad infinitum weiterwirkenden partiellen Umverteilung laufender Vermögenszuwächse auf Vermögens- und Einkommensverteilung - das Mehrsparen der Arbeitnehmer erhöht ja zugleich deren Anteil am Gesamteinkommen -, wenn die Pläne ausser Kraft gesetzt sind. Die erreichte Vermögensdekonzentration kann dann nur beibehalten werden, wenn die Arbeitnehmer eine genügend hohe Ersparnisbildung (wie vor

dem Aussetzen der Pläne) freiwillig einhalten. Die Voraussetzungen hierzu werden im einzelnen untersucht (z.B. die erforderliche Progressivbesteuerung der Einkommen). Bei einer bestimmten Ungleichverteilung der Einkommen kann man sich - zumindest hypothetisch - vorstellen, daß die Vermögensbildung der Arbeitnehmer gerade so gross ist (z.B. 50 % der Vermögenszuwächse), daß der erreichte Dekonzentrationsgrad in der Vermögensverteilung (annähernd 50 % des Gesamtvermögens entfallen auf die Arbeitnehmer) eingehalten wird.

B. Die Veränderungen der Einkommensverteilung bei einer dekonzentrierten Vermögensverteilung

1) Beziehungen zwischen Vermögens- und Einkommensverteilung

Mit jedem Eingriff in die Vermögensverteilung im Sinne einer Dekonzentration ist eine Veränderung der Einkommensverteilung verbunden; umgekehrt ist eine nachhaltige Vermögensdekonzentration abhängig von einer Veränderung der gegebenen Einkommensverteilung. Diese Wechselbeziehung zwischen Vermögens- und Einkommensverteilung soll nunmehr untersucht werden. Einerseits bilden die fundierten Einkommen aus Vermögen einen Teil des Einkommens, andererseits wird das Vermögen aus gesparten Einkommensteilen gebildet. Ein hoher Grad der Ungleichverteilung bei den Vermögen kann in erheblichem Maße mitbestimmend sein für die Konzentration der Einkommen. In umgekehrter Richtung dürfte die gegenseitige Abhängigkeit zwischen Vermögens- und Einkommensverteilung noch stärker sein: Da das laufende Einkommen die entscheidende Zuflußgrösse für das Vermögen bildet (abgesehen von Eroschaften und sonstigen unentgeltlichen Vermögensübertragungen), ist es langfristig gesehen sehr wahrscheinlich, daß bei einer gegebenen hohen Einkommenskonzentration auch starke Konzentrationstendenzen im Bereich der Vermögen unausbleiblich sind. In starker Vereinfachung ist die funktionale Beziehung zwischen Vermögens- und Einkommenskonzentration von Föhl¹⁾ folgendermassen umrissen worden: Die Einkommen aus Vermögen (Be-

1) Siehe Diskussionsbeitrag von G. Föhl auf der Tagung des Vereins für Socialpolitik, Köln 1956, in: Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F. Bd. 13, Berlin 1957, S. 117 f.

sitzeinkommen) in Höhe von etwa 15 % des Volkseinkommens konzentriert sich auf einen relativ kleinen Kreis von Einkommensbezieher; diese stehen mit sehr hohen Durchschnittseinkommen an der Spitze der Einkommenspyramide und sparen den nicht mehr konsumierbaren Teil des Jahreseinkommens über DM 50.000 hinaus gewissermassen 'automatisch'¹⁾, während die Bezieher der durchschnittlich sehr niedrigen Arbeitseinkommen kaum zum Sparen in der Lage seien. Das habe zur Folge, daß fast der gesamte Zuwachs des Vermögens immer wieder demselben Kreis zufällt.

Würde es nun gelingen, mit wirtschaftspolitischen Mitteln eine gleichmässige Vermögensverteilung zugunsten der Arbeitnehmer durchzusetzen und damit die bestehende Verteilungsautomatik zu durchbrechen, so würde sich nicht nur die personelle Einkommensverteilung, sondern auch die funktionelle zugunsten der Arbeitnehmer verändern.²⁾ O. v. Nell-Breuning³⁾ hebt hervor, daß in dem Maße, wie durch breitere Vermögensstreuung das "Klassenmonopol" der gesellschaftlichen Minderheit der Produktionsmitteleigentümer, die bisher eine zu Lasten der Arbeitseinkommen "überhöhte Monopolrente" beziehen, abgebaut wird, der Anteil des Arbeitseinkommens am Volkseinkommen steigt und die Anteile der Grundrente und Kapitalrente am Volkseinkommen sinken. Es ist demnach zu unterscheiden zwischen der unmittelbaren Wirkung eines erhöhten Sparens der Arbeitnehmer, derzufolge die Unternehmergewinne zusammengepresst werden, und der mittelbaren Wirkung im Zuge zunehmender Verbreiterung der Vermögensstreuung, derzufolge die heute fast ganz in das "Unternehmereinkommen" eingehenden funktionellen Einkommensarten Grundrente und Kapitalrente stärker anderen Personen zufließen. Infolgedessen werde im Falle der breitgestreuten Vermögensbildung das Einkommen der Arbeitnehmer aus einem im Verhältnis zur gesamten Einkommenserhöhung überproportional

-
- 1) Eine ähnliche Interpretation findet sich bei Jecht, Horst, Finanzpolitik und Kapitalbildung, a.a.O., S. 6
 - 2) Vgl. Preiser, Erich, Erkenntniswert und Grenzen der Grenzproduktivitätstheorie, Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, Bd. 89, 1953, S. 40 ff.
 - 3) Vgl. O.v. Nell-Breuning, Ist Eigentum eine Ordnungsmacht? in: Wirtschaft und Gesellschaft heute, Bd. 3, a.a.O., S. 298 f.

gewachsenen Arbeitseinkommen (Lohn oder Gehalt) und einem unterproportional gewachsenen Einkommen aus Vermögen (Zins, Dividende usw.) bestehen.¹⁾

In welchem Umfange sich der Spielraum für die Erhöhung des Arbeitseinkommens als Folge eines durch breite Vermögensstreuung weitgehend abgebauten 'Klassenmonopols' ausdehnen würde, bleibt ungewiss. Wie v. Nell-Breuning²⁾ einräumt, hat die These Oppenheimers und Preisers von der Monopolrente aus Produktionsmitteleigentum zwar keine volle Anerkennung gefunden, ist aber auch seiner Ansicht nach nicht widerlegt worden. Wir fügen hinzu, daß im Rahmen der verschiedenen Pläne zur breitgestreuten Vermögensbildung die möglicherweise aus dem Abbau der erwähnten Monopolrente zu erwartende Steigerung der Arbeitseinkommen für die zusätzliche Vermögensbildung der Arbeitnehmer keine Rolle spielt, auch nicht im Plan O.v.Nell-Breunings. Im Rahmen der einzelnen Pläne soll sich das Einkommen der Arbeitnehmer genau in dem Maße ihres Mehrsparens erhöhen. Die erforderliche zusätzliche Einkommenssteigerung bzw. entsprechende zusätzliche Ersparnisbildung verringert die Gewinneinkommen um einen gleich grossen Betrag.³⁾

Die durch eine Änderung der Vermögensverteilung auf die Arbeitnehmer umgelenkten Besitzeinkommen würden in jeder weiteren Periode sowohl deren Vermögensbesitz als auch das ihnen daraus zufließende Besitzeinkommen kumulativ erhöhen, wenn diese Besitzeinkommen immer wieder gespart würden. Dieser einkommenssteigernde Effekt (der teilweise umgelenkten Besitzeinkommen) in den unteren und mittleren Einkommensschichten wird im allgemeinen als gering veranschlagt⁴⁾, d.h. das Einkommen des einzelnen Arbeitnehmers wird (abseits der unmittelbar einkommenssteigernden Effekte des Mehrsparens) durch zusätzliche Einkünfte aus Kapitalvermögen pro Jahr nicht wesentlich erhöht, und eine ständige Wiederanlage dieser Zusatzeinkommen in Kapitalvermögen erhöht den individuellen Vermögensbesitz der Arbeitnehmer auf kurze Sicht nicht entscheidend.

1) Vgl. O.v.Nell-Breuning, Ist Eigentum eine Ordnungsmacht? a.a.O., S. 299

2) Ebenda, S. 298

3) Vgl. hierzu Oberhauser, A., Die wirtschaftlichen Auswirkungen und Grenzen des Investivlohnes, a.a.O., S. 30 ff.

4) Vgl. z.B. Krelle, W., Bestimmungsgründe der Einkommensverteilung..., a.a.O., S. 79; ferner O.v.Nell-Breuning, Ist Eigentum eine Ordnungsmacht? a.a.O., S. 299

Demgegenüber dürfte sich der mit einer Vermögensumverteilung *pari passu* in den oberen Einkommensschichten ergebende einkommensmindernde Effekt auf die individuellen Einkommen sehr viel schärfer auswirken, weil hier der prozentuale Anteil der Besitzeinkommen nach der oben zitierten Ansicht Föhls hoch ist.

Insgesamt wird aber wegen des schwachen Gewichts der Besitzeinkommen am Gesamteinkommen (der Prozentanteil schwankt nach verschiedenen Schätzungen um 15 %) die Verteilung des Gesamteinkommens bei einer Umstrukturierung der Besitzeinkommen vermutlich nicht so grundlegend verändert, daß damit schon ein Abbau der Vermögensbildungsvorteile der hohen Einkommen eintritt.

Verschiedene Pläne zur breitgestreuten Vermögensbildung beschränken sich daher nicht nur auf eine Umschichtung der Vermögensneubildung, sondern zielen darüber hinaus auch auf eine Nivellierung der hohen Arbeitseinkommen durch eine scharfe Progressivbesteuerung ab. Damit soll gewährleistet werden, daß die bei einer Realisierung der Pläne einmal erreichte Dekonzentration der Vermögen nicht durch eine aus der weiterhin bestehenden hohen Ungleichverteilung der Nichtsvermögens-Einkommen zu erwartende ungleichmässige Sparkapitalbildung wieder aufgehoben wird. Ergänzend zu Vorschlägen einer scharfen Progressivbesteuerung der Einkommen tritt in einigen Plänen eine sehr hohe Progression in der Erbschaftsbesteuerung, um ein kumulatives Anwachsen der grossen Vermögen von Generation zu Generation in Grenzen zu halten. Mit der vorgeschlagenen hohen Progressivbesteuerung von Einkommen und Erbschaft greifen die Pläne auf die beiden Quellen für die Bildung hoher Vermögen über. Dies tritt sehr deutlich im Föhl-Plan und weniger im Plan der SPD hervor. In letzter Zeit haben auch die christlichen Gewerkschaften eine scharfere Steuerprogression bei Einkommen und Vermögen als Voraussetzung für die Realisierung und langfristige Stabilisierung einer breiten Vermögensstreuung gefordert.

Im folgenden soll untersucht werden, welche Möglichkeiten einer breitgestreuten Vermögensbildung bestehen, wenn die entsprechenden Voraussetzungen hierfür im Bereich der Einkommen und vererblichen Vermögen durch eine scharfe SteuerprogreSSION geschaffen werden sollen. Wir gehen dabei von der Hypothese aus, daß eine breitgestreute Vermögensbildung bis zum grösstmöglichen Ausmass, d.h. bis zur Gleichverteilung realisiert ist. Diese sehr extreme Annahme einer völligen Gleichverteilung des Produktivvermögens ist erforderlich, um (a) die Einflüsse der Einkommensverteilung auf die Vermögensverteilung isoliert betrachten zu können, und (b) um die breitgestreute Vermögensbildung in ihrer weitestgehenden Verwirklichung zur Grundlage der folgenden Überlegungen zu machen. Dazu nehmen wir an, daß sich das gesamte produktiv angelegte Vermögen der Volkswirtschaft mit Hilfe einer oder mehrerer zusammenwirkender Pläne so umverteilen läßt, daß die Vermögensverteilung einer Gleichverteilung entspricht.

Unter dieser extremen Annahme völliger Gleichverteilung des Vermögens soll geprüft werden, welche Veränderung in der Schichtung der Einkommen als Folge der veränderten Vermögensverteilung zu erwarten sind. Je nachdem, ob durch eine solche Gleichverteilung des Besitzeinkommens die gegebene Ungleichheit in der Verteilung der Gesamteinkommen wesentlich in Richtung auf eine geringere Ungleichheit der Verteilung reduziert wird oder nicht, ergeben sich unterschiedliche Folgerungen für die Fortdauer der erreichten breiten Vermögensstreuung.

Wird die gegebene Ungleichverteilung der Gesamteinkommen durch die Pläne erheblich verringert, d.h. nimmt bei annähernder oder völliger Gleichverteilung der Besitzeinkommen die Steilheit des Einkommensgefälles wesentlich ab, so ist unter Annahme annähernd uniformer Spar- und Konsumneigungen der Einkommensbezieher ein langfristiger Bestand der erreichten breiten Vermögensstreuung sehr wahrscheinlich.

Wird dagegen die gegebene grosse Ungleichheit in der Verteilung der Gesamteinkommen durch eine Gleichverteilung der Besitzeinkommen nicht wesentlich verändert, so ist ein langfristiges Weiterbestehen der breiten Vermögensstreuung nicht wahrscheinlich, denn selbst bei annähernd gleicher Konsum- und Sparneigung aller Einkommensbezieher hätten die Bezieher hoher Einkommen in ihrer Vermögensbildung einen steten Vorteil gegenüber den Beziehern kleiner und mittlerer Einkommen. Wollten die Bezieher mittlerer und kleiner Einkommen ihr absolutes und relatives Zurückbleiben in der personellen Vermögensbildung hinter den Beziehern hoher Einkommen ausgleichen, so könnten sie dies nur über eine Erhöhung ihrer Sparquote versuchen. Damit wäre zwar keine Einschränkung ihres Konsums verbunden, - denn entsprechend der These v. Nell-Breunings würde ein Mehrsparen dieser Einkommensschichten ihr Einkommen in gleichem Maße erhöhen -, wohl aber ein Absinken ihrer Konsumquote, das insoesondere in den unteren Einkommensklassen an eine Grenze des Existenz- bzw. Lebensniveaus stösst. Innerhalb der gesamten Einkommensschichtung ist diese Grenze relativ, d.h. der als 'lebensnotwendig' erachtete Mindestkonsum variiert mit der Einkommenshöhe, weil sich in der Gegenwart der soziale Rangwettstreit der Einkommensklassen untereinander auch auf den erreichbaren Konsumstandard ausdehnt.

Eine Anpassung der absoluten Höhe individueller Sparbeträge (pro Einkommensperiode) im Bereich kleiner und mittlerer Einkommen an die Ersparnis aus hohen Einkommen würde erfordern, daß die Sparquote mit abnehmender Einkommenshöhe steigt. Wenn wir uns auf die empirische Analyse der Zusammenhänge zwischen individueller Sparquote und Einkommenshöhe von Duesenberry/Modigliani¹⁾ stützen,

1) Vgl. Duesenberry, James, S., Income-Consumption Relations and their Implications, in: Income, Employment and Public Policy. Essays in Honor of Alvin H. Hansen. New York 1948 S. 54 ff.; ders.: Income, Saving and the Theory of Consumers Behaviour, Cambridge (Mass.) 1949; Modigliani, Francesco, Fluctuations in the Saving-Income-Ratio: A Problem in Economic Forecasting, in: Studies in Income and Wealth, Vol. II, National Bureau of Economic Research. New York 1949, S. 371 ff.; zu ähnlichen empirischen Ergebnissen gelangt La Roche, Christian, Empirische Konsum- und Sparfunktion, Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 86. Jg., 1950, S. 209 f.

scheint nun aber die individuelle Sparquote in der Weise von der Einkommenshöhe abzuhängen, daß mit steigendem individuellem Einkommen die Sparquote zunimmt und die Einkommensbezieher sich hinsichtlich der Höhe ihrer Konsumausgaben bzw. ihres Lebensstandards an ihrer Stellung in der Einkommenshierarchie orientieren. Das würde bedeuten, daß die Einkommensbezieher im Bereich mittlerer und kleiner Einkommen ihren einmal erreichten Lebensstandard beibehalten und diesen im Falle von allgemeinen Einkommenssteigerungen entsprechend dem gestiegenen Lebensstandard in höheren Einkommensklassen ebenfalls erhöhen. Im Bereich der untersten Einkommensklassen ist damit zu rechnen, daß hier überhaupt keine nennenswerten Sparbeiträge anfallen.¹⁾ Es ist ferner zu berücksichtigen, daß es bei starker Ungleichverteilung der Einkommen einem großen Teil der Einkommensbezieher mit unterdurchschnittlichen Einkommen nicht möglich ist, durch hohe Sparquoten die laufende Vermögensbildung auf die in höheren Einkommensklassen erreichte Höhe zu bringen.

Eine anfangs gegebene Gleichverteilung des Vermögens und damit der Besitz-einkommen wird bei weiterhin bestehender Konzentration des gesamten Einkommens in jeder folgenden Periode in Richtung auf eine Ungleichverteilung des Vermögens abgebaut. Der Prozess einer immer stärkeren Ungleichverteilung zugunsten der höheren Einkommen vollzieht sich kumulativ. Denn infolge der akkumulierten höheren Vermögenszuwächse in den oberen Einkommensklassen steigen die fundierten Einkommen relativ stärker. Zugleich erweitern

Zur Diskussion der These von Duesenberry und Modigliani siehe Ismar, Heinz, Lange, Günther und v. Schweinitz, Hildur, Die Konsum- und Investitionsfunktion. Untersuchung für die Bundesrepublik Deutschland. Forschungsberichte des Landes Nordrhein-Westfalen, Nr. 1024, Köln/Opladen 1962, S. 271 f. und die dort zitierte Literatur.

- 1) Statistische Enquêtes des Statistischen Instituts der Universität Oxford lassen vermuten, daß eine Ersparnisbildung in nennenswertem Umfang überhaupt erst oberhalb des Durchschnittseinkommens einsetzt (vgl. Lydall, H.F., British Incomes and Savings, Oxford 1955, zit. nach Jeht, Horst, Staatliche wirtschaftspolitik und Einkommensverteilung, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 13, Berlin 1957, S. 145).

die am stärksten erhöhten Einkommen bei konstanter Konsumneigung den Rahmen für die laufende absolute Vermögensbildung.

2) Änderungen in der Einkommensverteilung bei Annahme einer Gleichverteilung der Vermögen

Im folgenden soll der quantitative Effekt einer Gleichverteilung des Vermögensbesitzes und entsprechend des Besitz-einkommens im Rahmen der Einkommensverteilung statistisch analysiert werden, um die Bedeutung der vorangegangenen Betrachtungen empirisch zu überprüfen.

Das verfügbare steuerstatistische Material gewährt nun in der BRD nur einen sehr beschränkten Einblick in die tatsächliche Schichtung der Einkommen. Als besonders erschwerend wirkt sich nicht nur die steuerstatistische Mindererfassung der Einkommen aus, sondern vor allem die steuerstatistisch nach anderen Maßstäben als nach ökonomischen Kategorien erfasste Einkommensschichtung. Insofern ist nicht nur die auf der Basis steuerstatistischen Materials beruhende Schichtung der Gesamteinkommen ein sehr problematischer Ausgangspunkt, sondern auch die Isolierung der Besitzeinkommen innerhalb dieser Schichtung. Auf die materialbedingten Schwierigkeiten kann hier nicht im einzelnen eingegangen werden, diese sind von Jostock/Ander in jüngerer Zeit eingehend dargelegt worden.¹⁾ Die folgenden Überlegungen haben wegen dieser materialbedingten Schwierigkeiten nur einen beschränkten Aussage-wert, weil sie sich lediglich auf die Einkommensschichtung beziehen, wie sie aus der Einkommensteuerstatistik entnommen werden kann.

Die Schichtung des gesamten steuerstatistischen Einkommens ergibt sich aus der Zusammenfassung der Schichtung²⁾ der veranlagten Einkommen der unbeschränkt Steuerpflichtigen aus den sieben einzelnen Einkommensarten mit der Schichtung der Einkommen aus unselbständiger Arbeit bei den nichtveranlagten Lohnsteuerpflichtigen. Eine solche Zusammenfassung ist für die Ergebnisse der Einkommensteuerstatistik des Jahres 1954, die wegen der sehr detaillierten Ergebnisse einer gleich-

1) Vgl. Jostock/Ander, Konzentration der Einkommen und Vermögen, a.a.O., S. 179 ff.

2) Innerhalb dieser Schichtung sind die nicht-entnommenen Körperschaftsgewinne nicht zurechenbar.

zeitig durchgeführten Sondererhebung viele Aufschlüsse über die Einkommensschichtung bei einzelnen Einkommensarten geben könnte, mit der Lohnsteuerstatistik nicht möglich, weil letztere erst ein Jahr später für das Jahr 1955 erstellt wurde. Wir müssen uns daher auf die Einkommensteuer- und Lohnsteuerstatistik für 1957 beschränken.

Die Schichtung des Gesamtbetrages der veranlagten Einkünfte der unbeschränkt Steuerpflichtigen einschliesslich der Einkommen der nichtveranlagten Bruttoeinkommen der Lohnsteuerpflichtigen zeigt Tabelle 4 (Spalte 3).

Aus der Gesamtschichtung der Einkommen nehmen wir die auf die Einkunftsarten aus Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung und die sonstigen Einkünfte entfallenden Einkommen als reine Besitzeinkommen heraus, ferner noch die gesamten Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft sowie aus Gewerbebetrieb, die überwiegend Besitzeinkommen darstellen,¹⁾ und vermehren diesen Teil des Gesamteinkommens um die in der Einkommensschichtung nicht erscheinenden unverteilten Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit, die man als reine Besitzeinkommen betrachten könnte. Es ergibt sich bei Gleichverteilung dieser Besitzeinkommen auf die unveränderte Gesamtheit der Steuerpflichtigen die in Tabelle 4 ausgewiesene veränderte Schichtung der Gesamteinkommen (Spalte 4). Wie zu erwarten, wird der Anteil in den niedrigsten Grössenklassen angehoben, während die Anteile in den oberen Grössenklassen reduziert werden. Trotz dieser weitgehenden Nivellierung der Einkommensschichtung durch die Gleichverteilung der Besitzeinkommen bleibt ein nicht unbeachtlicher Grad der Ungleichverteilung in der gesamten Einkommensschichtung bestehen, der auf der Ungleichverteilung der Arbeitseinkommen aus selbständiger Arbeit und unselbständiger Arbeit beruht. Dies lässt vermuten, daß innerhalb der Gesamtschichtung der Einkommen die Arbeitseinkommen wesentlich zur Un-

1) Die erforderlichen Abzüge für Unternehmerlohn können nicht berücksichtigt werden, weil deren jeweilige Höhe in den einzelnen Einkommensgrößenklassen statistisch nicht ausgewiesen sind und auch nicht annähernd geschätzt werden können, siehe ferner unten, S. 121, 124 ff.

Tabelle 4: Die Umstrukturierung der Schichtung der Einkommen in der BRD bei Gleichverteilung der Besitzeinkommen, 1957

Einkommensgruppe in 1.000 DM	in %		
	Steuer- pflich- tige	Einkünfte nach der Einkommen- u. Lohnsteuer- statistik +)	Einkünfte bei Gleichverteilung der Besitzein- kommen ++)
1	2	3	4
unter 3	30,1	9,7	17,1
3 bis " 5	29,0	21,2	26,0
5 " " 8	28,7	32,0	35,0
8 " " 12	7,9	13,8	12,3
12 " " 16	2,0	5,3	3,7
16 " " 25	1,3	5,1	2,8
25 " " 50	0,7	4,7	1,8
50 " " 100	0,2	3,0	0,7
100 und mehr	0,1	5,2	0,6

+) vor der Besteuerung

++) Besitzeinkommen: gesamte Einkünfte aus Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung und sonstige Einkünfte sowie gesamte Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft und aus Gewerbebetrieb, erhöht um die unverteiltten Gewinne der Unternehmer mit eigener Rechtspersönlichkeit

Quellen: Statistisches Bundesamt, Finanzen und Steuern, Reihe 6: Einkommen- und Vermögensteuern, I. Einkommen- und Körperschaftsteuer 1954 und 1957, Stuttgart und Mainz 1962, S. 140 f.; Statistisches Jahrbuch für die BRD 1961, S. 444 und 1963, S. 544

gleichverteilung der Gesamteinkommen beitragen. Man könnte im Zweifel sein, ob bei dem obigen Verfahren der Umverteilung der Besitzeinkommen wirklich alle Besitzeinkommen erfasst sind. In der Einkommensart aus selbständiger Arbeit (freie Berufe usw.) sind sicherlich Besitzeinkommensanteile, sie lassen sich jedoch nicht eliminieren. Andererseits bestehen die Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft sowie aus Gewerbebetrieb nicht nur aus reinen Besitzeinkommen, weil in diesen Einkunftsarten teilweise Kompensationen für geleistete Arbeit enthalten sind, die nicht isoliert werden können. Diese Abgrenzungsschwierigkeiten bei den Besitzeinkommen können,

da sie nicht gravierend sind, vernachlässigt werden. Selbst wenn eine richtige Zurechnung dieser Besitzeinkommensteile möglich wäre, würde das Ergebnis der obigen Berechnung nicht wesentlich beeinträchtigt: bei Gleichverteilung aller Besitzeinkommen bleibt eine Ungleichverteilung in der Gesamtschichtung der Einkommen bestehen.

Da die Einkommen- und Lohnsteuerstatistik in der BRD nur gewisse Anhaltspunkte zur Verteilung von Arbeits- und Besitzeinkommen liefert, soll kurz auf die detaillierteren statistischen Berechnungen von Kuznets¹⁾ eingegangen werden, die die Schätzung für die BRD im wesentlichen bestätigen. Die Zahlen für die USA sind nicht nur vollständiger und detaillierter, sie erstrecken sich auch auf einen grösseren zusammenhängenden Zeitraum, so daß die Aussagekraft gegenüber den Ergebnissen für die BRD noch erhöht wird. Es kann ferner angenommen werden, daß das zeitliche Zurückliegen der amerikanischen Zahlen (1919-1938) ihre repräsentanz für die Einkommensverteilung in hochindustrialisierten Ländern nach dem II. Weltkrieg nicht wesentlich vermindert (sofern man langfristig annähernd konstante Ausschüttungsgewohnheiten der Kapitalgesellschaften unterstellt), weil die langfristige Entwicklung der Prozentanteile der obersten Prozente der Einkommensbezieher am Gesamteinkommen zwar Veränderungen, jedoch keine gravierenden Einbrüche zeigt.

In Tabelle 5 gibt Zeile a für die obersten Prozentbänder bis 5 % und für die unteren 95 % der Einkommensbezieher den %-Anteil am Gesamteinkommen an. In Zeile b ist der %-Anteil der Arbeitseinkommen am Gesamteinkommen²⁾ des %-Bandes ausgewiesen: an den 13,1 % (des Gesamteinkommens) vom 1 %-Band sind die Arbeitseinkommen mit 51,9 % beteiligt, an den 75,3 % der unteren 95 % der Einkommensbezieher mit 90,4 %. Der durchschnittliche Anteil der Arbeitseinkommen am Gesamteinkommen liegt bei 84,2 %; da auch das oberste 5 %-Band einen noch darunter liegenden Anteil von 65,3 % hat, bestätigt sich die obige Annahme, daß die Besitzeinkommen in den

1) Vgl. Kuznets, Simon, Shares of Upper Income Groups in Income and Savings, New York 1953, S. 27 ff.

2) Zu den Arbeitseinkommen rechnen Arbeitnehmer- und Unternehmereinkommen, die zusammen mit den Besitzeinkommen im engeren Sinne (Pacht und Miete, Zinsen, Dividenden) das Gesamteinkommen bilden, vgl. Kuznets, S., a.a.O., S. 28 u. 3 ff.

Tabelle 5: Prozentuale Einkommensverteilung bei hypothetischer Gleichverteilung bzw. Nicht-Berücksichtigung der Besitzzeinkommen in den USA. Jahresdurchschnitte

		1919 - 1938					
		Gesamtbevölkerung	Prozent-Band				untere 95 %
		(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
a)	%-Anteil am Gesamteinkommen	100	13,1	6,6	4,9	24,7	75,3
b)	" der Arbeitseinkommen am Gesamteinkommen des Prozent-Bandes	84,2	51,9	78,8	83,0	65,3	90,4
c)	" der Arbeitseinkommen am Gesamteinkommen (b x a)	84,2	6,8	5,2	4,1	16,1	68,0
d)	" am gleichverteilten Besitzzeinkommen	15,8	0,16	0,32	0,32	0,79	15,0
e)	" am Gesamteinkommen bei gleichverteilten Besitzzeinkommen (c + d)	100	7,0	5,5	4,4	16,9	83,1
f)	" am Gesamteinkommen ausschl. Besitzzeinkommen	100	8,1	6,2	4,9	19,2	80,8

Quelle: Kuznets, Simon, Shares of Upper Income Groups in Income and Savings, New York 1953, S. 29

obersten Einkommensklassen den grösseren Anteil ausmachen. Zeile c zeigt den %-Anteil der Arbeitseinkommen am Gesamteinkommen. In Zeile d ist das Besitzeinkommen auf alle Prozentbänder gleichmässig verteilt. Da das gesamte Besitzeinkommen einen Anteil von 15,8 % am Gesamteinkommen in a hat, entfällt bei Gleichverteilung des Besitzeinkommens auf jedes 1 %-Band 1 % von 15,8 %, auf das 1. Prozentband 0,158 % des gesamten Besitzeinkommens, auf das Band der obersten 5 % das Fünffache von 0,158 % = 0,79 % des gesamten Besitzeinkommens (Zeile d). In Zeile e sind die Anteile des auf Arbeitseinkommen beschränkten Prozentbandes in c mit dem gleichverteilten Besitzeinkommen in d addiert zum Gesamteinkommen.¹⁾

Der Unterschied zwischen a und e besteht darin, daß die in a enthaltenen Besitzeinkommen in e gleichverteilt sind. Ein Vergleich der %-Anteile einzelner Bänder in a und e zeigt, daß die Reduktion der Besitzeinkommen sich im 1. Prozentband am stärksten auswirkt, nämlich in einer Senkung des %-Anteils um fast die Hälfte von 13,1 % auf 7 %, hingegen im 2. - 5. Prozentband schwächer wird, d.h. in jedem dieser Prozentbänder unter 10 % bleiben dürfte. Für die obersten 5 % insgesamt (Spalte 5) sinkt der %-Anteil von 24,7 % auf 16,9 %, was sich zum grössten Teil aus der starken Reduzierung des Anteils des 1. Prozentbandes erklärt.

In Zeile f sind die Besitzeinkommen aus den Gesamteinkommen herausgenommen und die verbleibenden Arbeitseinkommen als %-Anteile des jeweiligen Prozentbandes am Gesamt-Arbeitseinkommen ausgewiesen. Die Verteilung des Gesamteinkommens ohne Berücksichtigung der Besitzeinkommen verändert sich gegenüber der Verteilung des Gesamteinkommens in Zeile a nicht sehr erheblich. Anders ausgedrückt: die Ungleichverteilung der Arbeitseinkommen innerhalb der Gesamteinkommensverteilung trägt wesentlich zur Ungleichverteilung des Gesamteinkommens bei. Bei der Gewinnung von f ergibt sich zwangsläufig eine Unterbewertung der oberen %-Anteile. Zur Berechnung der tatsächlichen %-Anteile der einzelnen oberen Prozentbänder müsste nämlich das steuer-

1) Vgl. hierzu und zum folgenden Kuznets, S., a.a.O., S. 28 ff.

statistische Basismaterial neu aufbereitet werden. Denn durch den Fortfall der Besitzeinkommen bei den Individual-einkommen ist deren Größengliederung eine andere als in a. Die tatsächlichen %-Anteile der oberen Prozentbänder würden bei richtiger Größengliederung der Individualeinkommen über den in f ausgewiesenen liegen.

Auch in Zeile e liegen aufgrund des gleichen statistischen Effekts die einzelnen oberen %-Anteile etwas zu niedrig, weil auch hier die individuellen Einkommen durch die Verminderung des in ihnen enthaltenen Besitzeinkommens (infolge Gleichverteilung) eigentlich eine erneute Größengliederung anstelle der noch von a her zugrunde liegenden erfordert. Bei richtiger Größengliederung der Individual-einkommen in e würden die %-Anteile der obersten 5 % (statt 16,9 %) und der Anteil des 1. Prozentbandes (statt 7 %) mehr betragen. Bei Berücksichtigung dieses statistischen Effekts verringern sich die ursprünglichen %-Anteile in a bei einer hypothetischen Gleichverteilung der Besitzeinkommen in Zeile e weniger als aus der Tabelle ersichtlich.

Kuznets führt noch eine Variante in der Berechnung des Besitzeinkommens ein (siehe Tabelle 6). Zu den Besitzeinkommen im engeren Sinne (Pacht und Mieten, Zinsen, Dividenden) in Tabelle 5 sind noch Teile des Unternehmereinkommens mit dem Charakter von Besitzeinkommen (z.B. Eigenkapitalverzinsung) hinzuzurechnen. Könnte man diesen Teil des Unternehmereinkommens statistisch exakt ermitteln, so wäre für ihn kennzeichnend, daß er innerhalb des gesamten Unternehmereinkommens kaum ein bedeutendes Gewicht hat. Er stellt auch kein reines Besitzeinkommen dar, weil er zu einem Teil als Kompensation für das Management angesehen werden muss. wegen der statistischen Schwierigkeiten der Ermittlung des im Unternehmereinkommen enthaltenen Besitzeinkommens nimmt Kuznet an, daß die über die Ungleichverteilung der Arbeitseinkommen der unselbständig Beschäftigten hinausgehende Ungleichverteilung der Unternehmereinkommen auf diesen Besitzeinkommensanteil im Unternehmereinkommen zurückzuführen ist. In Tabelle 6 besteht das Arbeitseinkommen aus dem Einkommen der unselbständig Beschäftigten

Tabelle 6: Prozentuale Einkommensverteilung bei hypothetischer Gleichverteilung bzw. Nicht-Berücksichtigung der Besitzeinkommen (einschl. Besitzeinkommen im Unternehmereinkommen) in den USA. Jahresdurchschnitte 1919 - 1938

	Gesamt- bevöl- kerung	Prozent-Band				untere 95
		1.%	2.+3.%	4.+5.%	0.- 5.%	
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
a) %-Anteil am Gesamteinkommen	100	13,1	6,6	4,9	24,6 ³⁾	75,4 ³⁾
b) " der Arbeitseinkommen ¹⁾ am Gesamteinkommen des Prozent-Bandes	82,4	41,7	72,0	81,6	57,8	90,4
c) " der Arbeitseinkommen ¹⁾ am Gesamteinkommen	82,4	5,5	4,7	4,0	14,2	68,1
d) " am gleichverteilten Besitzeinkommen 2)	17,6	0,18	0,35	0,35	0,88	16,8
e) " am Gesamteinkommen bei gleichverteilten Besitzeinkommen 2)	100	5,7	5,1	4,4	15,1	84,9
f) " am Gesamteinkommen ausschl. Besitzeinkommen 2)	100	6,7	5,7	4,9	17,3	82,7

Anmerkungen: 1) Ohne Besitzeinkommen im Unternehmereinkommen
 2) einschließlich Besitzeinkommen im Unternehmereinkommen
 3) gegenüber den entsprechenden Werten in Tabelle 5 ergeben sich geringfügige rechnerische Abweichungen

Quelle: Kuznets, Simon, Shares of Upper Income Groups
 in Income and Savings, a.a.O., S. 31

und aus demjenigen Teil der Unternehmereinkommen, der die gleiche Ungleichverteilung in den obersten 5 % aufweist wie die Einkommen der unselbständig Beschäftigten. Der restliche Teil der Unternehmereinkommen (innerhalb des obersten 5 %-Bandes) ist dem in diesem Bereich vorhandenen Besitzeinkommen im engeren Sinne hinzuzufügen. Infolgedessen ist nunmehr im Vergleich zu Tabelle 5 der Gesamtanteil der Arbeitseinkommen am Gesamteinkommen niedriger (82,4 % statt 84,2 %), der Anteil der gesamten Besitzeinkommen am Gesamteinkommen höher (17,6 % statt 15,8 %). Da ansonsten das Berechnungsverfahren das gleiche wie in Tabelle 5 ist, sei nur noch kurz auf die Ergebnisse eingegangen.

Wie zu erwarten, ist in Tabelle 6 bei Gleichverteilung der begrifflich weiter gefassten Besitzeinkommen (Zeile e) die Verminderung der %-Anteile der oberen Prozentbänder grösser. Unter Berücksichtigung des statistischen Effekts, der bei der Berechnung von e und f zu etwas zu niedrigen Werten für die oberen Prozentbänder führt, würde bei richtiger Größengliederung der Individualeinkommen die Verminderung der %-Anteile des 1. - 5. Prozentbandes infolge Gleichverteilung der Besitzeinkommen geringer sein.

Bei diesem erweiterten Begriff des Besitzeinkommens bildet die Ungleichverteilung der Arbeitseinkommen die wesentliche Komponente der Ungleichverteilung der Gesamteinkommen (vgl. Zeile f). Bei völliger Gleichverteilung des erweiterten Besitzeinkommens bleibt die ursprüngliche Ungleichverteilung des Gesamteinkommens (vor Redistribution der Besitzeinkommen) im wesentlichen erhalten (vgl. Zeile e). Wie Kuznets¹⁾ bemerkt: "Nevertheless, even under the drastic assumption that property incomes - as inclusive as possible in their coverage - are equally distributed, substantial inequality between the shares of the top 5 percent and the lower 95 percent remains." Auf die obersten 5 % entfällt mit rund 17 % des Gesamteinkommens

1) Vgl. Kuznets, S., Shares of Upper Income Groups in Income and Savings, a.a.O., S. 27 ff.

pro Kopf etwa das 3,4-fache im Vergleich zum gesamten pro-Kopf-Durchschnitt oder das 4-fache im Vergleich zum pro-Kopf-Anteil der unteren 95 % der Personen. Gegenüber der originären Ungleichverteilung des Gesamteinkommens, die in Zeile a statistisch erfasst ist, würde bei einer hypothetischen Gleichverteilung der gesamten Besitzeinkommen die ursprüngliche Ungleichverteilung zu mehr als Zweidrittel bestehen bleiben.

Unterstellt man für die deutschen Verhältnisse eine ähnlich starke Remanenz der Ungleichverteilung des Gesamteinkommens trotz völliger Gleichverteilung der Besitzeinkommen - wobei die Gleichverteilung eine sehr extreme Realisierung des Konzepts der breitgestreuten Vermögensbildung voraussetzt - so erscheint folgende Schlussfolgerung zulässig: Die bei Gleichverteilung der Vermögen nicht wesentlich veränderte Ungleichverteilung der Einkommen macht es wahrscheinlich, daß die Einkommenskonzentration die zunächst erreichte Dekonzentration der Vermögen zum Teil wieder aufhebt, weil die höchsten Individualeinkommen immer noch einen erheblichen Vorteil in der Vermögensbildung gegenüber den mittleren und kleinen Individualeinkommen haben.

Es ist zu berücksichtigen, daß hier die relativen Einkommensunterschiede zwischen den höchsten und den niedrigsten Einkommen Bedeutung haben, denn bei dem Konzept einer breitgestreuten Vermögensbildung handelt es sich nicht um eine "Mittelschichtenproblem",¹⁾ d.h. um die Relationen zwischen mittleren und hohen Einkommen und deren Vermögensbildungsmöglichkeiten, sondern um eine Vermögensumverteilung hauptsächlich zugunsten derjenigen Arbeitnehmer, die ein durchschnittliches und unterdurchschnittliches Arbeitnehmereinkommen haben. Es sind nämlich in erster Linie

1) Wie L. Wolkersdorf (Zur Frage der Vermögensbildung in breiten Schichten, a.a.O., S. 85) und O. Vogel (Begriff, Typen und Wirkungen der Unternehmenskonzentration, a.a.O., S. 8) betonen, soll sich die breite Vermögensstreuung in erster Linie auf die Mittelschichten beziehen, die bereits über Vermögen in gewisser Höhe verfügen.

diejenigen Bevölkerungsschichten angesprochen, die einen Vermögensbestand von fast Null haben, also nicht einmal über ein grösseres Sparkonto verfügen.

Es kann auch nicht davon ausgegangen werden, daß bei hohen wie bei niedrigen Individualeinkommen die gleiche Konsum- bzw. Sparneigung besteht. Die Sparneigung ist in den untersten Einkommensklassen am geringsten, wodurch sich der relative Vorsprung der oberen Einkommensklassen in der Vermögensbildung noch erhöht. Im Rahmen von Umverteilungsplänen lässt sich die Sparquote der unteren Einkommensklassen zwar erhöhen (absolut auch durch die häufig im Rahmen der Pläne eintretende Erhöhung des Anteils der Lohn- und Gehaltseinkommen am Volkseinkommen), jedoch nur in **begrenztem Masse**. Unter der Prämisse einer bereits erreichten Gleichverteilung des Vermögens kann die Aufrechterhaltung dieses Verteilungsstatus nur erwartet werden, wenn in den unteren und mittleren Einkommensklassen absolut ebensoviel aus dem laufenden Einkommen gespart wird - was nach den obigen Annahmen über die Sparquote in Abhängigkeit von der Einkommenshöhe eine weitgehende Dekonzentration der Einkommensschichtung voraussetzt. Eine solche Dekonzentration liesse sich aber nur durch äusserst drastische Eingriffe in die primäre oder sekundäre Einkommensverteilung erreichen.

C. Voraussetzungen zur Aufrechterhaltung der erreichten Vermögensdekonzentration

1) Die Aufrechterhaltung einer erreichten Vermögensdekonzentration durch verschärfte Progressivbesteuerung der Vermögen und Einkommen

a) Progressivbesteuerung der Vermögen

Bevor das Problem einer Aufrechterhaltung der erreichten Vermögensdekonzentration durch die erforderlichen Eingriffe in die Einkommensverteilung diskutiert werden kann, ist noch auf einen anderen Tatbestand näher einzugehen. Eine annähernde Gleichverteilung des Vermögens kann langfristig durch verschiedene Einflüsse in Richtung auf eine zunehmende Ungleichheit der Verteilung umstrukturiert werden, so z.B.

durch Erbschaften und Vermögensübertragungen. Es müsste also langfristig durch entsprechende redistributive Maßnahmen die Ansammlung überdurchschnittlich hoher individueller Vermögen unterbunden werden. In einem marktwirtschaftlichen System sind nun aber die Möglichkeiten einer solchen Vermögensredistribution beschränkt. Das für das marktwirtschaftliche System grundlegende Rechtsinstitut des Privateigentums setzt hierfür enge Grenzen. Denn hohe konfiskatorische Steuern auf das bestehende und vererbte Vermögen stehen in direktem Widerspruch zum wirtschaftspolitischen Konzept einer Förderung der Vermögensbildung. Eine stark dekonzentrativ wirkende Ausgestaltung der Vermögensteuer durch Erhöhung der Tarife und eine stärkere Progression würde zunächst voraussetzen, dass man sich über das grundsätzliche steuerpolitische Axiom einer Vermeidung von Substanzminderungen durch die Vermögensteuer hinwegsetzt.¹⁾

Auch den redistributiven Wirkungen von Vermögensabgaben sind in einer Marktwirtschaft enge Grenzen gesetzt, wie das Beispiel der Lastenausgleichsabgaben in Höhe von 50 % auf Vermögen und Schuldnergewinne (Hypotheken- und Kreditgewinne) anlässlich der Währungsreform 1948 deutlich gezeigt hat. Aus vorwiegend ökonomischen Gründen hat sich eine so massive Umverteilung, wie sie ursprünglich geplant war, als nicht durchführbar erwiesen.²⁾ Die langfristige Tilgung der Abgabeschuld (in 30 Jahren mit Annuitäten von 2,2 bis

-
- 1) Vgl. Ehrlicher, Werner, Art. 'Vermögensteuer', in: Staatslexikon, 6. Aufl., Bd. 8, Freiburg 1963, S. 183. Wie Neumark hervorhebt, wird es sich bei der Vermögensteuer in der Regel nur um eine mässige Proportionalsteuer handeln können, die im allgemeinen weniger einer Veränderung der Besitzverhältnisse dienen kann als der Veränderung der Einkommensverhältnisse (durch geringe Höherbelastung der fundierten Einkommen), vgl. Neumark, Fritz, Grundsätze und Arten der Haushaltsführung und Finanzbedarfsdeckung, in: Handbuch der Finanzwissenschaft, Bd. 1, 2. Aufl., Tübingen 1952, S. 626.
- 2) Vgl. Hartmann, Alfred, Art. 'Lastenausgleich', in: Staatslexikon, 6. Aufl., Bd. 5, Freiburg 1960, S. 285 ff. und Ehrlicher, Werner, Art. 'Vermögensabgaben', in: Staatslexikon, 6. Aufl., Bd. 8, Freiburg 1963, S. 177 ff.

3,4 % auf das jeweilige am Währungsstichtag vorhandene Vermögen) kann von den meisten Pflichtigen aus dem laufenden Einkommen getragen werden und führt nicht zu wesentlichen Substanzeinbußen, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß sich einerseits die Marktwerte der belasteten Vermögen inzwischen vervielfacht haben und andererseits in vielen Fällen der Anteil der belasteten Vermögen am Gesamtvermögen durch den großen Zuwachs an neugebildeten, nichtbelasteten Vermögen abgesunken ist, so daß insgesamt die Effektivbelastung des gesamten Vermögens sich auf weniger als 1 % verringert hat.¹⁾ Eine Vermögensumverteilung ist durch den Lastenausgleich nicht bewirkt worden.²⁾

Schon bei einer gegebenen hohen Vermögenskonzentration sind den Möglichkeiten einer Vermögensredistribution mit Hilfe der gegebenen, relativ hohen progressiven Erbschaftsbesteuerung³⁾ bestimmte Grenzen gesetzt. Wie Haller⁴⁾ hervorhebt, würde im Falle einer konfiskatorischen Erbschaftsteuer einer der wichtigsten Anreize zur Vermögensbildung in erheblichem Maße gelähmt: die Zukunftsicherung für die Familie. In zahlreichen Fällen wären, wenn die Eigentumsform des Wertpapiers nicht gegeben ist, eine Zerschlagung der Produktionseinheit oder die Bildung gesellschaftlicher Unternehmungsformen die Folge einer konfiskatorischen Erbschaftsteuer, wodurch der Typ des Einzelunternehmers immer mehr zurückgedrängt würde.⁵⁾ Diese Beschränkungen gelten erst recht für den Versuch, mittels redistributiver Besteuerung⁶⁾ eine annähernde Ver-

1) Vgl. Häuser, Karl, Die steuerliche Beeinflussung der Einkommens- und Vermögenskonzentration in der Bundesrepublik, in: Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 20/II, Berlin 1960, S. 1130

2) Vgl. Leist, K., Investitionen und Sozialstruktur in Westdeutschland, a.a.O., S. 26 f.

3) Vgl. Häuser, K., a.a.O., S. 1130 f.

4) Vgl. Haller, Heinz, Finanzpolitik, 2. Aufl., Tübingen/Zürich 1961, S. 202

5) Ebenda, S. 202

6) Das Argument für eine starke Redistribution ererbten Vermögens ist die Wahrung der "Startgleichheit"; zugleich wird häufig auch eine Beschneidung des Erbrechts gefordert, vgl. z.B. Rüstow, Alexander, Zwischen Kapitalismus und Kommunismus, Ordo, Bd. 2, (1949), S. 153 f.; Fisher, Allen G.B., Alternative techniques for promoting stability in a capitalistic society, American Economic Review, Bd. XL, 1950, S. 356 ff.

mögensgleichverteilung aufrecht zu erhalten. Die Erbschaftsteuer müsste dann konsequenterweise so ausgestaltet sein, daß bereits jede Erhöhung eines individuellen Vermögens durch Erbschaft über die allgemein zulässige Durchschnittshöhe hinaus mit einer konfiskatorisch wirkenden Progressivsteuer belegt wird.

Selbst wenn man sich aber entschließen würde, eine scharfe Progressivbesteuerung der bestehenden und vererbten Vermögen - trotz der damit verbundenen negativen Nebenwirkungen auf die allgemeine Bereitschaft zur Vermögensbildung - als Mittel zur Aufrechterhaltung einer erreichten Vermögensdekonzentration einzusetzen, muß der Erfolg recht zweifelhaft erscheinen. Denn die Vermögensverteilung erweist sich im Zeitablauf als außerordentlich unstabil. Da es sich bei den Vermögen um Bestandsgrößen handelt, haben hier demographische Faktoren einen sehr viel größeren Einfluß auf die personelle Verteilung als z.B. auf die Verteilung der Stromgrößen 'Einkommen'. Mittels konfiskatorischer Erbschaftsbesteuerung kann zwar die Ansammlung großer individueller Vermögen verhindert werden. Im Falle einer sehr weitgehenden Vermögensdekonzentration würde beispielsweise eine konfiskatorische Erbschaftsteuer so wirken, daß beim Übergang des Erbes vom Elternteil auf das Kind die Erbschaft zum größten Teil vom Staat eingezogen würde.¹⁾ Die konfiskatorische Erbschaftsbesteuerung könnte aber die Durchbrechung der bestehenden Vermögensverteilung nicht verhindern, wenn in einem anderen Falle das Erbe des Elternteils auf zehn erbberechtigte Kinder übergeht, und die Erbzersplitterung sich in nachfolgenden Generationen infolge hoher Kinderzahl wiederholt. Schon nach wenigen Generationen würden in den stets kinderreichen Familien die individuellen Vermögen sehr stark unter die zulässige Mindesthöhe (bei gegebenem Dekonzentrationsgrad) absinken.

1) Vgl. hierzu die Diskussion eines geeigneten Konzentrationsmaßstabs in Teil II, A, 2, b.

Bei den folgenden Überlegungen, die sich mit der Aufrechterhaltung eines erreichten Dekonzentrationsgrades durch Nivellierung der Einkommen beschäftigen, ist somit zu beachten, daß ein einmal erreichter Dekonzentrationsgrad bei den Vermögen sehr unstabil ist und mittels direkter Vermögensbesteuerung kaum stabilisiert werden kann.

b) Progressivbesteuerung der Einkommen zwecks Aufrechterhaltung einer erreichten Vermögensgleichverteilung

Es sei zunächst unterstellt, daß (a) die mittels der Pläne erreichte Vermögensdekonzentration im Zeitablauf nicht von den demographischen Einwirkungen her (siehe oben, Abschnitt 1,a) umstrukturiert wird; (b) der erreichte Dekonzentrationsgrad als hypothetischer Fall eine völlige Gleichverteilung der Vermögen darstellt, weil sich in diesem Extremfall die korrespondierenden Änderungen in der Einkommensverteilung (infolge Gleichverteilung der Besitzeinkommen) am ehesten statistisch verifizieren liessen (siehe oben, Abschnitt B); und (c) die Pläne nur solange wirksam sind, bis der angestrebte Dekonzentrationsgrad annähernd erreicht ist.

Unter diesen Voraussetzungen liegt die Vermutung nahe, daß nur dann langfristig Aussicht auf eine Aufrechterhaltung der erreichten Dekonzentration der Vermögen besteht, wenn es gelingt, die Verteilung der Einkommen so zu dekonzentrieren, daß die Vermögensbildungsvorteile der hohen Einkommen weitgehend abgebaut werden.

Wir haben deshalb noch zu prüfen, welche generelle Möglichkeit in einem marktwirtschaftlichen System besteht, über eine weitere Verschärfung einer bereits bestehenden starken Einkommensteuerprogression¹⁾ die Ungleichverteilung der personellen Einkommen im Sinne einer gleicheren Verteilung abzuschwächen und so die Voraussetzung für eine Vermögensdekonzentration mit langfristigen Bestand zu schaffen.

Eine noch stärkere progressive Belastung der höheren Einkommen (bei insgesamt hoher Belastung) würde ohne Zweifel nivellierend

1) Vgl. hierzu Zeitel, Gerhard, Die Steuerlastverteilung in der Bundesrepublik Deutschland, Tübingen 1959, S. 119 ff.; Häuser, K., a.a.O., S. 1126 f.

auf die Einkommensverteilung wirken. Wir betrachten hier nur den direkten Nivellierungseffekt durch Besteuerung über einen mit steigender Einkommenshöhe wachsenden marginalen Steuerabzug (bis zu einem hohen Plafond) bei den höheren Einkommen.

Die weiteren redistributionspolitischen Möglichkeiten, die sich aus der Progressivbesteuerung der höheren Einkommen ergeben, sollen hier unberücksichtigt bleiben. Eine dieser Möglichkeiten besteht in der mittelbaren Redistribution, bei der das Steueraufkommen aus der Steuerprogression bei der Erstellung von Kollektivgütern, die der Allgemeinheit zugute kommen und den einzelnen Einkommensschichten nicht zugerechnet werden können, herangezogen wird. Der damit verbundene Redistributionseffekt dürfte so gering sein, daß er vernachlässigt werden kann. Selbst die Möglichkeit, das auf die Progression entfallende Steueraufkommen den Einkommensbezieher mit unter dem Gesamtdurchschnitt liegendem Einkommen als Transfereinkommen zuzuweisen, muß im Rahmen einer Marktwirtschaft hinsichtlich des quantitativen Umverteilungseffektes innerhalb der gegebenen Einkommensverteilung als gering veranschlagt werden, wie Berechnungen¹⁾ zeigen. Wegen der geringen fiskalischen Ergiebigkeit der Progressivbesteuerung würde sich die einschneidende Veränderung der Einkommensverteilung in Richtung auf eine stärkere Gleichverteilung über Transfereinkommen (die durch Progressivbesteuerung den hohen Einkommen zu entziehen und den niedrigen Einkommen zuzuweisen wären) nur durch eine überaus scharfe Progressivbesteuerung der höheren Einkommen und Einbeziehung der mittleren Einkommensschichten in die Progression erreichen lassen. Eine relativ geringe Einkommensredistribution dürfte in Verbindung mit umfangreichen Staatsausgaben bereits eine sehr hohe Steuerbelastung der mittleren und insbesondere der höheren Einkommen bedeuten. Die damit verbundene Steuerprogression verschärft sich in dem Maße, wie die oben angedeutete Einkommensredistribution verstärkt wird.

1) Vgl. Schmidt, Kurt, Die Steuerprogression, Basel/Tübingen 1960, S. 65 f. und 101 f. und die dort zitierte Literatur.

Es genügt für unsere Zwecke, wenn wir nur die unmittelbare Redistribution der Einkommen durch Progressivbelastung der oberen Einkommen betrachten und alle weiterwirkenden Redistributionsmöglichkeiten (annähernde Gleichverteilung des auf die Progression entfallenden Steueraufkommens in Form öffentlicher Güter oder direkter Zuweisung an untere Einkommensschichten als Transfereinkommen) ausser Acht lassen. Es kann nämlich gezeigt werden, daß bereits eine Verstärkung der absoluten Progression der Steuerbelastung der höheren Einkommen zu Transformationseffekten führt, die das marktwirtschaftliche System selbst in Frage stellen. Wir beschränken uns im folgenden auf eine Zusammenfassung derjenigen Argumente, die uns am wichtigsten erscheinen.

Der nivellierende Effekt der Progressivbesteuerung der höheren Individualeinkommen, der in einer Abflachung der Einkommenspyramide zum Ausdruck kommt, führt zu einer verringerten vertikalen sozialen Mobilität innerhalb der Einkommensschichtung; d.h., die Chancen des Aufstiegs innerhalb der Einkommenspyramide, aber auch die Gefahren des Abstiegs sind umso geringer, je mehr die Ungleichheit der Einkommensverteilung abgeschwächt wird.¹⁾ Wir gehen hierbei von der häufig angewendeten, stark vereinfachenden Annahme aus, daß allein die Einkommensschichtung die Sozialstruktur widerspiegelt.²⁾ Für die folgenden Überlegungen erweist es sich als zweckmässig, zur Veranschaulichung der restriktiven Effekte der Progression auf die soziale Mobilität sowohl von der Schichtung der Bruttoeinkommen als auch von der Schichtung der Nettoeinkommen auszugehen.

-
- 1) Vgl. hierzu Schmidt, K., a.a.O., S. 115 f. und S. 140; ferner Hofstätter, P.H., Einführung in die Sozialpsychologie, Wien/Stuttgart 1954, S. 472 ff.
 - 2) Vgl. Lorenz, Charlotte, Art. 'Sozialstatistik', in: Handbuch der Soziologie, Hrsg.: W. Ziegenfuß, Stuttgart 1955, S. 354 ff.; Leist, K., Investitionen und Sozialstruktur in westdeutschland, a.a.O., S. 5; Samuelson, P.A., Volkswirtschaftslehre, 2. Aufl., (Übers. nach der 3. Auflage im Original), Köln-Deutz 1955, S. 361; Bosch, Werner, Die Sozialstruktur in West- und Mitteldeutschland, Bonn 1958, S. 10 f.

Die Unterschiede in den Bruttoeinkommen haben vor allem dann für unsere Analyse Bedeutung, wenn die Höhe des jeweiligen individuellen Bruttoeinkommens den sozialen Status markiert. Wir nehmen an, daß die Antriebskräfte des Individuums einerseits vom ökonomischen Motiv eines höchstmöglichen Entgelts für den Beitrag zum Sozialprodukt und andererseits vom mehr oder minder ausser-ökonomischen Motiv des sozialen Ranges gesteuert werden. Bestimmt die Höhe des Bruttoeinkommens den sozialen Rang, die Höhe des Nettoeinkommens hingegen den Rang in der Faktorentlohnung, so werden die restriktiven Wirkungen der Steuerprogression auf das ökonomische Kalkül des Entgelts teilweise kompensiert durch den sozialen Rangwettstreit der Wirtschaftssubjekte, der von der Steuerprogression nicht tangiert wird.¹⁾ Für den sozialen Status des einzelnen in der Gesellschaft hochentwickelter westlicher Volkswirtschaften sind nun heute in aller Regel neben dem Bruttoeinkommen auch Statusanzeichen von Bedeutung, für die das verfügbare Einkommen die Basis bildet, so insbesondere der Konsumstandard und der Vermögensbesitz. Dehnt sich der soziale Rangwettstreit auf Statusanzeichen aus, für die das verfügbare Einkommen entscheidend ist, so wirkt die Steuerprogression auf diese Statusanzeichen restriktiv.

Die retributiven Wirkungen der Progression auf die Antriebe für den menschlichen Leistungswillen treffen ohne Zweifel für die Bezieher von Arbeitseinkommen zu. Da mit zunehmender Einkommenshöhe der durchschnittliche Steuersatz wächst, werden gerade im Bereich der hohen Einkommen Anreize zur Steigerung der Arbeitsleistung am stärksten geschwächt. Das Gewicht der Schichtung der Arbeitseinkommen innerhalb der Schichtung der Gesamteinkommen ist so beträchtlich (wie oben gezeigt wurde, bestimmt der Grad

1) Wie K. Schmidt (Die Steuerprogression, a.a.O., S. 119) hervorhebt, lässt sich daraus auch erklären, daß der 'desincentive effect' der Steuerprogression auf die menschliche Arbeitsleistung geringer ist als das ökonomische Kalkül vermuten lässt.

der Ungleichverteilung der Arbeitseinkommen entscheidend denjenigen der Gesamteinkommen), daß sich die Drösselung des Leistungsanspornes infolge der Steuerprogression auch im Bereich der hohen Einkommen insgesamt bemerkbar macht. Bei den von der Steuerprogression betroffenen hohen Arbeitseinkommen handelt es sich in aller Regel um diejenigen, die einen entscheidenden Beitrag zum wirtschaftlichen Wachstum leisten.

Will man sich wegen dieser wachstumsmindernden Wirkungen der Steuerprogression nicht entschliessen, eine verschärfte Steuerprogression einzuführen, so bleiben die Vorteile der hohen Einkommen bei der Vermögenssildung im Vergleich zu den kleinen und mittleren Einkommen bestehen. Eine einmal erreichte Dekonzentration der Vermögen ist dann langfristig nicht aufrecht zu erhalten.

Bevor wir abschliessend einige wichtige Schlußfolgerungen aus den voranstehenden Überlegungen ziehen, sei kurz auf das bisher vernachlässigte Phänomen der Steuerüberwälzung eingegangen. Die aufgezeigten Wirkungen der Steuerprogression werden natürlich erheblich modifiziert, wenn Steuerüberwälzungen erfolgen. Eine generalisierende These über die Überwälzbarkeit der progressiven Steuerbelastung in der Art, daß ganz überwält werden kann oder nicht, ist nach dem heutigen Stande der wissenschaftlichen Diskussion sicherlich nicht aufrecht zu erhalten.¹⁾ Die Überwälzungsmöglichkeiten bei der hier hauptsächlich relevanten progressiven Einkommensteuer sind jedenfalls nicht generell gegeben. Ob und in welchem Umfang eine Steuerüberwälzung gelingt, hängt von den fallweise verschiedenen Bedingungen ab, deren Parameter-Werte bekannt sein müssten, wollte man mehr als nur Vermutungen aufstellen.²⁾

-
- 1) Der von C. Föhl (Kritik der progressiven Einkommensbesteuerung, Finanzarchiv, N.F., Bd. 14, 1952/53, S. 88 f.) gegen die progressive Einkommensbesteuerung erhobene Einwand, sie führe bei den Unternehmereinkommen nicht zu Differenzierungen der Steuerbelastung, weil sie im wesentlichen überwält werde, ist in der darauf folgenden Diskussion weitgehend abgeschwächt worden, auch von Föhl selbst (vgl. Föhl, Carl, Das Steuerparadoxon, Finanzarchiv, N.F., Bd. 17, 1956/57, S. 1 ff. und die dort zitierten Diskussionsbeiträge.)
 - 2) Vgl. Krelle, Wilhelm, Zur Wirkung der progressiven Einkommensbesteuerung, Finanzarchiv, N.F., Bd. 16, 1955/56, S. 22 ff.; Jecht, Horst, Staatliche Wirtschaftspolitik und Einkommensverteilung, a.a.O., S. 135

Hinsichtlich des Ziels unserer Analyse haben wir methodisch zwei Situationen zu unterscheiden: die Untersuchung der Redistributionswirkung einer absoluten Progression der Gesamtsteueroelastung der Einkommen bezieht sich auf eine Periode, während die Wirkungen von Steuerüberwälzungsvorgängen auf die Einkommensverteilung nur durch den Vergleich von zwei aufeinander folgenden Perioden beurteilt werden können. Das heisst, die Ergebnisse der Steuerüberwälzung während der Untersuchungsperiode oder einer früheren Periode haben sich in der statistisch messbaren Einkommensverteilung der Untersuchungsperiode bereits niedergeschlagen. Sie werden ebenso wenig von der Analyse erfasst wie die Überwälzungswirkungen in zukünftigen Perioden. Somit tritt die meistens mit der Analyse von Steuerwirkungen verbundene Überwälzungsproblematik hier nicht hervor.¹⁾

Eine methodisch ganz andere Situation liegt vor, wenn wir nunmehr annehmen, daß die bestehende Progression verschärft wird, um mit der damit herbeigeführten Nivellierung der Einkommen die Voraussetzung für eine langfristig stabile Gleichverteilung der Vermögen zu schaffen. Es erhebt sich dann die Frage, ob nicht im Zuge der verschärften Steuerprogression auch die Überwälzungsvorgänge anders verlaufen und die nivellierenden Wirkungen der verschärften Steuerprogression erheblich modifizieren. In welchem Umfange dies der Fall sein kann, ist nicht zu ermitteln. Wir haben angenommen, daß die nivellierende Wirkung der Progression eintritt und die Wirkungen der eventuellen Steuerüberwälzung nicht berücksichtigt. Dies führt uns zu dem Ergebnis, daß mit der Steuerprogression so restriktive Nebenwirkungen verbunden sind, daß sie nicht als ein geeignetes Mittel erscheinen kann, die Voraussetzungen für eine breite Vermögensstreuung herzustellen. Die Überwälzungsvorgänge werden nun aber immer nur die Nivellierungseffekte der Steuerprogression abschwächen, nicht sie unterstützen. Insofern gefährdet die Steuerüberwälzung, wenn sie in grösserem Umfange gelingt, die Erreichung bzw. Aufrechterhaltung einer breiten Vermögensstreuung.

1) Vgl. Jecht, Horst, Staatliche Wirtschaftspolitik und Einkommensverteilung, a.a.O., S. 135

Wir können zusammenfassend festhalten, daß die sekundäre Einkommensverteilung im marktwirtschaftlichen System keinen geeigneten wirtschaftspolitischen Ansatzpunkt für eine langfristige Aufrechterhaltung einer breitgestreuten Vermögensstruktur bietet, wenn die Vermögensumverteilung nur bis zum Erreichen des angestrebten Dekonzentrationsgrades einer Gleichverteilung wirksam ist. Die erforderliche Nivellierung der Einkommen über eine Steuerprogression hat zu starke restriktive Nebenwirkungen auf das Wirtschaftswachstum im Gefolge.¹⁾ Eine verschärfte Progressivbesteuerung der Einkommen, die die Ungleichheit der Einkommensschichtung nahezu völlig beseitigt, würde die privatwirtschaftliche Initiative vermutlich zu sehr einschränken. Der Staat kann die negativen Wirkungen, die sich in gesamtwirtschaftlichen Wachstums-minderungen niederschlagen, durch eine erhöhte eigene wirtschaftliche Aktivität auszugleichen versuchen, was langfristig zu unerwünschten Transformationseffekten des Systems führen müsste. Er kann andererseits die verminderten 'incentives' zur privatwirtschaftlichen Leistungserstellung als Folge erhöhter Steuerbelastungen nicht dadurch ausgleichen, daß er mittels steuerlicher Sonderbegünstigungen eben diese 'incentives' wieder steigert, weil damit die Redistributionswirkung der Progressivbelastung aufgehoben wird. Die angestrebte positive Wirkung der Redistribution, durch Nivellierung der Einkommen die Voraussetzung für eine langfristig gewährleistete breite Streuung der Vermögensbildung zu schaffen, würde nicht eintreten.

1) Aus diesen Gründen muß auch der Föhl-Plan unrealisierbar scheinen, denn die im Föhl-Plan angestrebte Reduzierung aller überdurchschnittlich hohen Einkommen auf höchstens 60.000 DM (jährlich) konsumtiv verwendbares Individualeinkommen und einen sparfähigen Einkommensanteil, der der Höhe der durchschnittlich gesparten Beträge in mittleren und unteren Einkommensklassen angepasst ist, würde zwar die über den Plan erreichbare Vermögensdekonzentration stabilisieren, andererseits aber so stark restriktive Wirkungen auf das Wirtschaftswachstum ausüben, daß es fraglich erscheint, ob sich die Vermögensumverteilung mangels genügender Sachvermögensbildung in den Unternehmen überhaupt noch in nennenswertem Umfang durchführen lässt.

2) Die Aufrechterhaltung eines bestimmten Vermögensdekonzentrationsgrades

Die extreme Voraussetzung (b) 'völlige Gleichverteilung der Vermögen' soll nunmehr aufgehoben werden. Wir haben die Prämisse einer Vermögensgleichverteilung bisher ausschliesslich aus analytischen Gründen verwendet; insbesondere ist die Gleichverteilung nicht als Norm in dem Sinne aufzufassen, daß eine Gleichverteilung der Vermögen das letztlich anzustrebende Ziel einer jeden Umverteilungsmassnahme darstellt. In der Tat ist von keinem der Pläne eine Gleichverteilung des gesamten Vermögens vorgesehen. Die analytische Zweckmässigkeit einer hypothetisch unterstellten Gleichverteilung ergab sich daraus, daß nur bei Gleichverteilung einigermaßen gesicherte Schätzungen vorgenommen werden können, wie sich die Einkommensverteilung (bei gleichverteilten Besitzeinkommen) ändert. Die Änderungen in der Einkommensverteilung infolge einer Dekonzentration der Vermögen sind nicht mehr mit der gleichen statistischen Sicherheit abzuschätzen, wenn in Übereinstimmung mit den Plänen angenommen wird, daß der angestrebte Dekonzentrationsgrad nicht in der völligen Vermögensgleichverteilung besteht, sondern - um ein konkretes Beispiel zu nennen - in einer 50 %igen Umverteilung des Vermögens zugunsten der Arbeitnehmer. Die gesamte Einkommensverteilung ist dann nicht mehr nur von der Ungleichheit der Arbeitseinkommen bestimmt - wie dies bei Gleichverteilung der Vermögen der Fall ist - sondern zum Teil auch von der Ungleichverteilung des Besitzeinkommens, weil nunmehr die obersten 15 % der Erwerbspersonen 50 % der Besitzeinkommen auf sich vereinigen.

Für die weiteren Überlegungen soll die Voraussetzung (c) beibehalten werden; es wird also angenommen, daß die Pläne nicht mehr weiterwirken, wenn das Umverteilungsziel - z.B. daß auf beide Bereiche 50 % entfallen - annähernd erreicht ist.

Unter der Voraussetzung (a), daß keine demographischen Einflüsse auf die bestehende Vermögensverteilung einwirken und den erreichten Dekonzentrationsgrad der Vermögen verändern, lassen sich folgende allgemeine Feststellungen treffen: Der erreichte Dekonzentrationsgrad der Vermögen (z.B. 50 % des Vermögens entfallen auf den Bereich der Arbeitnehmer) wird von der Einkommensverteilung her nicht verändert, wenn in den beiden Bereichen der Grundgesamtheit (ursprünglich vermögenslose Arbeitnehmer und ursprüngliche Vermögensbesitzer) durchschnittliche Sparquoten bestehen, die zu gleich hohen absoluten Gesamtsparbeträgen in beiden Bereichen führen. Das kann gewährleistet sein, wenn die Arbeitnehmer, deren Anteil am gesamten Vermögensbestand im obigen Beispiel 50 % erreicht hat, in jeder weiteren Periode eine freiwillige Ersparnis in Höhe von 50 % des gesamten laufenden Vermögenszuwachses erreichen.

Theoretisch ist eine Einkommensverteilung vorstellbar, bei der in beiden Bereichen gleiche durchschnittliche Sparbeträge zu einer hälftigen Aufteilung des gesamten Vermögenszuwachses in jeder Periode auf die beiden Bereiche führt. Das impliziert die Voraussetzung, daß auch diejenigen Vermögenszuwächse, die nicht aus gesparten Teilen des laufenden privaten Einkommens herrühren, sich je zur Hälfte auf beide Gruppen aufteilen. Es handelt sich hierbei um die Vermögenszuwächse, die bei einer weiterhin bestehenden wachstumsnotwendigen Mindestquote der Selbstfinanzierung in Wertsteigerungen des Aktienkapitals zum Ausdruck kommen. Es müsste also in unserem stark vereinfachten Modellbeispiel das Aktienkapital je zur Hälfte auf beide Bereiche aufgeteilt sein und ferner jede Emission neuer Aktien sich zu gleichen Teilen auf die beiden Bereiche aufteilen. Würde nämlich das Aktienkapital zum überwiegenden Teil zum Vermögen des einen Bereichs gehören, so würde bei gleicher Ersparnis beider Bereiche dieser Bereich mehr als 50 % des gesamten Vermögenszuwachses in einer Periode auf sich vereinigen, weil in diesen Bereich der überwiegende

Teil des Vermögenszuwachses aus Selbstfinanzierung fällt.

Das obige Modellbeispiel setzt nun aber nicht voraus, daß sich die Ungleichheiten von Einkommen und Vermögen völlig entsprechen. Bei einer gegebenen Ungleichverteilung des gesamten Einkommens auf beide Bereiche kann bei ganz bestimmten durchschnittlichen Sparquoten in beiden Bereichen (und gleichen Anteilen am gesamten nominellen Aktienkapital) angenommen werden, daß sich der gesamte Vermögenszuwachs im Verhältnis 50 : 50 auf beide Bereiche in jeder Periode aufteilt, so daß der bereits erreichte Status der Vermögensverteilung aufrecht erhalten bleibt. Es ist zu beachten, daß gleiche absolute Sparerträge in beiden Bereichen nicht mehr durch den Umverteilungsmechanismus der Pläne herbeigeführt werden. Es handelt sich vielmehr um Sparneigungen, die auf autonome Verhaltensweisen zurückzuführen sind.

Wenn man sich der Duesenberry/Modigliani-Hypothese über die Sparneigung in Abhängigkeit von der Einkommenshöhe anschliesst, kann man davon ausgehen, daß im Bereich B, in dem sich 15 % der Erwerbstätigen (Selbständige) mit hohem Einkommen befinden, die durchschnittliche Sparquote sehr viel höher ist als im anderen Bereich A, in dem 85 % der Erwerbstätigen (unselbständig Beschäftigte) ein durchschnittlich niedrigeres Einkommen haben. Bei ungleichen durchschnittlichen Sparquoten in beiden Bereichen ist die herrschende Ungleichheit in der Verteilung der Einkommen entscheidend für die Frage, ob die erreichte Vermögensverteilung beibehalten werden kann. Damit der Bereich der Arbeitnehmer (A) bei einer niedrigeren durchschnittlichen Sparquote (als im oberen Bereich B) 50 % der jeweiligen Vermögenszuwächse auf sich vereinigt, müsste auf diesen Bereich mehr als 50 % des gesamten Einkommens entfallen: bei einem Anteil von 60 % am Gesamteinkommen würde eine durchschnittliche Sparquote von 10 % gewährleisten, daß auf diesen Bereich ein gleich hoher Sparbetrag entfällt

wie auf den oberen Bereich, wenn dort die durchschnittliche Sparquote 15 % beträgt. Beide Bereiche würden jeweils 6 % des Gesamteinkommens sparen; die Gesamt-Sparquote beider Bereiche würde also 12 % betragen. Bei einer Gesamt-Sparquote beider Bereiche (A + B) von 20 % müssten beide Bereiche jeweils 10 % des Gesamteinkommens bzw. der Bereich A 16,7 % und der Bereich B 25 % des auf den einzelnen Bereich entfallenden Einkommens sparen, wenn die bestehende globale Vermögensverteilung im Verhältnis 50 : 50 auf beide Bereiche bestehen bleiben soll.

Es ist nun noch näher darauf einzugehen, daß sich die Einkommensverteilung zugunsten der Arbeitnehmer (Bereich A) infolge ihres vermehrten Sparens verändert. Wenn man annimmt, dass die Arbeitnehmer nach dem Aussetzen der Pläne eine durchschnittliche Ersparnisbildung in unveränderter Höhe freiwillig einhalten, bleibt auch die zu ihren Gunsten veränderte Verteilungssituation bei den Einkommen bestehen. Der gegenwärtig gegebene Einkommensanteil des Bereichs A am Gesamteinkommen beider Bereiche (A + B) sei mit maximal 65 % angenommen. Die Gesamt-Sparquote beider Bereiche soll 20 % betragen und der Bereich A sich zur Hälfte an der gesamten Ersparnis beider Bereiche beteiligen. Unter diesen Voraussetzungen kann man davon ausgehen, daß infolge des Mehrsparens im Bereich A der Einkommensanteil dieses Bereichs von 65 % auf maximal 75 % ansteigen kann. Die Arbeitnehmer im Bereich A müssten bei einem Einkommensanteil von 75 % 13,3 % ihres Einkommens sparen, um 50 % zur Gesamtersparnis beider Bereiche beizutragen. Der Einkommensanteil des Bereichs B sinkt von 35 % auf 25 %; bei einer Sparquote von 40 % im Bereich B würde dieser Bereich zur Hälfte an der gesamten Ersparnisbildung beider Bereiche (A + B) beteiligt sein.

Will man nun die gegenwärtige Ausgangssituation im Bereich A bezüglich der Sparquoten (vor dem Wirksamwerden der Pläne) mit der Situation nach Erreichen der angestrebten Vermögensdekonzentration (also nach dem Auslaufen

der Pläne) vergleichen, so ergibt sich die Schwierigkeit, dass über die gegenwärtige Sparquote im Bereich der Arbeitnehmer nur Vermutungen möglich sind. Nach vorsichtiger Schätzung dürften die Arbeitnehmer gegenwärtig mit nicht mehr als 25 % an der gesamten Ersparnisbildung beider Bereiche beteiligt sein. Daraus ergibt sich - bei dem für Bereich A unterstellten Anteil von 65 % am Gesamteinkommen und einer Gesamt-Sparquote beider Bereiche von 20 % - eine Sparquote von 7,7 % im Bereich A.

Unser Zahlenbeispiel liefert uns - bei allen Vorbehalten, die gegen einen solchen Quantifizierungsversuch erhoben werden können - einen gewissen Anhaltspunkt für folgende Feststellungen: Wenn die Pläne nach einem annähernden Erreichen des angestrebten Dekonzentrationsgrades aussetzen, kann die erreichte globale Vermögensumverteilung im Verhältnis 50 : 50 beibehalten werden, falls die Arbeitnehmer ihre durchschnittliche Sparquote gegenüber der gegenwärtigen Situation (vor dem Wirksamwerden der Pläne) annähernd auf die zweifache Höhe steigern (von 7,7 % auf 13,3 %). Eine solche Steigerung der Sparquote dürfte im Bereich des Möglichen liegen; denn der einzelne Arbeitnehmer verfügt dann schon über ein individuelles Vermögen in bestimmter Höhe, wodurch eine gewisse Umstrukturierung des Sparverhaltens gefördert werden könnte. Es ist jedenfalls nicht auszuschliessen, dass der in der Duesenberry/Modigliani-Hypothese wiedergegebene Zusammenhang zwischen Einkommenshöhe und Konsum- bzw. Sparquote nicht mehr so stringent ist, wenn auf Bereich A bereits die Hälfte des gesamten Vermögens entfällt.

Gelingt eine Umstrukturierung der durchschnittlichen Sparneigung in Bereich A in der Weise, dass die einmal erreichte Vermögensverteilung zwischen beiden Bereichen stabilisiert wird, so erscheint es nicht notwendig, eine übermässig scharfe Progressivbesteuerung einzuführen, um zu verhindern, dass die Vermögensbildungsvorteile der hohen Individualeinkommen (im Bereich B)

zu Verschiebungen in der erreichten Vermögensverteilung zwischen beiden Bereichen führen. Denn gegenüber der Situation vor Wirksamwerden der Pläne ist nach dem Auslaufen der Pläne in Bereich B - bei einem von 35 % auf 25 % gesunkenen Anteil am Gesamteinkommen und einem von 75 % auf 50 % verringerten Anteil an der Gesamtersparnis - eine Reduzierung der Sparquote von 43 % auf 40 % ausreichend für die Aufrechterhaltung der erreichten Vermögensdekonzentration.

Schliesslich könnten nach dem Auslaufen der Pläne verschiedene Formen der Förderung des freiwilligen Sparens, die an die Stelle des kollektiven Zwangssparens im Rahmen der Pläne treten, zur erforderlichen Umstrukturierung des Sparverhaltens der Arbeitnehmer beitragen.

Eine Prüfung der Frage, welcher Grad der Ungleichverteilung der Einkommen in der Realität möglich ist, damit der einmal erreichte Dekonzentrationsgrad weiterhin aufrecht erhalten bleibt, würde den Rahmen der vorliegenden Arbeit überschreiten. Das vorhandene statistische Material lässt eine empirische Überprüfung der erforderlichen Umstrukturierung der gegebenen Einkommensverteilung nicht zu. Unsere Ausführungen sollten auch nur die Möglichkeit aufzeigen, dass bei einer bestimmten Einkommensverteilung ein erreichter Dekonzentrationsgrad der Vermögen beibehalten werden kann.

Man könnte nun in Erwägung ziehen, dass die Vermögensumverteilung mittels der Pläne auch dann noch fortgeführt wird, wenn der angestrebte Dekonzentrationsgrad bereits annähernd erreicht ist - wobei die Vermögensdekonzentration nicht so extrem sein soll, dass sie einer annähernden Gleichverteilung entspricht. Eine verschärfte Progressivbelastung der Einkommen erscheint in diesem Fall nicht erforderlich, um die erreichte Vermögensdekonzentration zu stabilisieren, weil die fortlaufende Umverteilung der Vermögenszuwächse sicherstellt, dass der einmal erreichte Dekonzentrationsgrad

der Vermögen aufrecht erhalten bleibt. Das Problem der Erreichung und Aufrechterhaltung des Dekonzentrationsgrades besteht dann darin, ob sich der Plan verwirklichen lässt.

Schlussbetrachtung

Wie im Verlaufe unserer Untersuchung dargelegt wurde, ergeben sich bei Anwendung des Konzentrationsmaßstabs der Gleichverteilung für die einzelnen Pläne recht unterschiedliche Grade der angestrebten Vermögensdekonzentration. Hierbei haben wir generell unterstellt, daß die Pläne realisiert werden können. Des weiteren setzten wir uns mit der Frage auseinander, ob sich eine einmal erreichte Dekonzentration der Vermögen aufrecht erhalten lässt, wenn die Vermögensumverteilung nach Erreichen des angestrebten Dekonzentrationsgrades nicht mehr fortgeführt wird. In diesem Zusammenhang erwies es sich als notwendig, auf die Beziehungen zwischen Vermögens- und Einkommensverteilung einzugehen. Einzelne Pläne beschränken sich nicht nur auf eine Verteilungsänderung bei den Vermögen, sondern versuchen den erreichten Grad der Vermögensdekonzentration durch redistributive Eingriffe in die Verteilung der Einkommen (und der Vermögen) langfristig zu stabilisieren. Es lässt sich nachweisen, daß als Folge der Dekonzentration der Vermögen und der damit veränderten Verteilung der Besitzeinkommen die Einkommensverteilung nicht so stark nivelliert wird, daß die Unterschiede in den Vermögensbildungsmöglichkeiten aus den laufenden Individualeinkommen aufgehoben werden. Selbst wenn die Vermögen - und damit die Besitzeinkommen - völlig gleichverteilt werden, bleibt in der Gesamtschichtung der Einkommen ein erheblicher Grad der Ungleichverteilung bestehen. Auf längere Sicht würde also sogar eine einmal erreichte völlige Gleichverteilung des Vermögens in relativ kurzen Fristen wieder in Richtung auf eine zunehmende Konzentration abgebaut. Dabei ist zu beachten, daß die meisten Pläne eine solche extreme Umverteilung des

Vermögens wie die völlige Gleichverteilung nicht anstreben. Es würden dann die Unterschiede in den individuellen Vermögensbildungsmöglichkeiten aus laufenden Einkommen noch grösser sein.

Um die destabilisierenden Faktoren, die auf einen erreichten Dekonzentrationsgrad der Vermögen einwirken können, analytisch zu erfassen, erwies es sich als zweckmässig, vom Extremfall einer Gleichverteilung der Vermögen auszugehen. Dabei darf nicht übersehen werden, dass der Dekonzentrationsgrad der Vermögensverteilung nicht schon an sich stabil und nur durch die Einwirkungen von der Einkommensverteilung her infrage gestellt wird. Es ist vielmehr von erheblicher Bedeutung, daß schon durch Erbschaften und sonstige Vermögensübertragungen der erreichte Dekonzentrationsgrad der Vermögen sehr schnell in Richtung auf eine zunehmende Konzentration verändert wird. Wollte man sich entschliessen, eine konfiskatorisch wirkende Progressivbesteuerung der Erbschaften und des Vermögensoestandes - trotz ihrer 'eigentumsfeindlichen' Eigenschaften - anzuwenden, so muss dennoch fraglich erscheinen, ob sich damit eine Aufrechterhaltung des erreichten Grads der Vermögensdekonzentration langfristig sicherstellen lässt. Denn infolge der demographischen Einflüsse auf die Vermögensverteilung lässt sich durch Progressivbesteuerung des bestehenden und ererbten Vermögens allenfalls verhindern, daß individuelle Vermögen über die (bei gegebenem Dekonzentrationsgrad) zulässige Höhe hinaus steigen, nicht jedoch deren Absinken unter die zulässige Mindesthöhe. Ferner liesse sich unter der extremen Voraussetzung einer Vermögensgleichverteilung der erreichte Dekonzentrationsgrad nur aufrechterhalten, wenn die Einkommen durch eine scharfe Progressivbesteuerung weitgehend nivelliert werden, um zu verhindern, dass die erreichte Dekonzentration der Vermögen infolge der unterschiedlichen Vermögensbildungsmöglichkeiten aus dem laufenden Einkommen aufgehoben wird. Die erforderliche scharfe Progressivbesteuerung der Einkommen würde aber vermutlich so restriktive

Wirkungen auf die soziale Mobilität und das wirtschaftliche Wachstum haben, daß dieser weg nicht eingeschlagen werden kann.

Zu einem anderen Ergebnis gelangt man, wenn in Übereinstimmung mit den Plänen angenommen wird, dass die erreichte Dekonzentration nicht den Extremfall einer Gleichverteilung darstellt. Werden die Pläne nach dem annähernden Erreichen des angestrebten Dekonzentrationsgrades ausser Kraft gesetzt, so scheint eine Aufrechterhaltung der erreichten Vermögensdekonzentration möglich zu sein. Es wird entscheidend darauf ankommen, ob die Arbeitnehmer, wenn sie z.B. durch die Umverteilung der Vermögenszuwächse mit annähernd 50 Prozent am gesamten Vermögen beteiligt worden sind, nach dem Aussetzen der Pläne weiterhin 50 Prozent zur gesamten Ersparnisbildung beitragen. Im folgenden vergleichen wir die Ausgangssituation vor dem Wirksamwerden der Pläne mit der Situation nach Realisierung der Pläne, in der der angestrebte Dekonzentrationsgrad annähernd erreicht ist. Berücksichtigt man, dass sich bei vermehrtem Sparen der Arbeitnehmer deren Anteil am Gesamteinkommen erhöht, so dürfte die erforderliche Umstrukturierung des Sparverhaltens nicht auf unüberwindliche Schranken stossen. Eine Steigerung ihrer gegenwertigen Sparquote auf die doppelte Höhe würde bereits ausreichen, um die erreichte Verteilungssituation bei den Vermögen zu stabilisieren. Eine Änderung des Sparverhaltens wird möglicherweise auch gefördert durch die Tatsache, dass die Arbeitnehmer nach dem Aussetzen der Pläne bereits über Individualvermögen in bestimmter Höhe verfügen. Schliesslich könnte eine zweckadäquate, gegenüber der Ausgangssituation nicht übermässig verschärfte Progressivbesteuerung der Einkommen sowie der Vermögen und Erbschaften zur langfristigen Stabilisierung der erreichten Vermögensdekonzentration beitragen.

Ob eine einmal erreichte Vermögensdekonzentration aufrecht erhalten werden kann, hängt demnach vom Grad der Vermögensdekonzentration ab. Bei einer globalen Umverteilungsquote

von mehr als 50 Prozent zugunsten des Bereichs der Arbeitnehmer wird es immer schwieriger, den erreichten Dekonzentrationsgrad in der Vermögensverteilung langfristig beizubehalten: im extremen Fall einer erreichten Gleichverteilung müssten die Arbeitnehmer entsprechend ihrem Anteil an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen 85 Prozent der Gesamtersparnis aus ihrem Einkommen aufbringen, was eine Steigerung ihrer ursprünglichen Sparquote auf die dreifache Höhe bedeuten würde. Da bei Gleichverteilung der Vermögen eine gewisse Ungleichverteilung der Einkommen bestehen bleibt, gegen die eine überaus scharfe Progressivbesteuerung der Einkommen einzusetzen nicht zweckmässig wäre, dürfte sich langfristig die Verteilungssituation nicht stabilisieren lassen. Welcher Dekonzentrationsgrad in der Vermögensverteilung sich langfristig gerade noch stabilisieren liesse unter Berücksichtigung der gegebenen Ungleichverteilung der Einkommen, kann nicht ermittelt werden. Wir haben uns darauf beschränkt, den von den Plänen höchstens angestrebten Dekonzentrationsgrad von 50 Prozent zugunsten der Arbeitnehmer zu erörtern, bei dem einige Gründe die Möglichkeit zu eröffnen scheinen, dass die mittels der Pläne einmal erreichte Vermögensdekonzentration sich langfristig als stabil erweist, wenn die Pläne nicht mehr wirken.

Es sei abschliessend noch einmal hervorgehoben, dass die Umverteilung von Teilen der Vermögenszuwächse auf den Bereich der Arbeitnehmer in zwei zeitlich aufeinander folgenden Phasen unterschiedlich auf die Vermögensverteilung wirkt. In der ersten Phase bewirken die Pläne eine Änderung der Vermögensschichtung. Bei einer Umverteilung von 50 Prozent der laufenden Vermögenszuwächse zugunsten der Arbeitnehmer würde diese - ausgehend von einem Vermögensbestand gleich Null - nach 50 Jahren fast die Hälfte des gesamten vorhandenen Vermögensbestandes auf sich vereinigen, wenn der Vermögensbestand mit einer jährlichen Rate von 5 % wächst. In der zweiten Phase wirken die

Pläne in erster Linie stabilisierend auf den erreichten Dekonzentrationsgrad in der Vermögensverteilung, die Verteilungsänderungen werden dann immer unbedeutender. Will man sich nicht entschliessen, die Pläne mit ihren Umverteilungsmechanismen, die mehr oder weniger Zwangscharakter aufweisen, in dieser Phase abzusetzen, sondern sie ad infinitum weiterwirken zu lassen, so ist die langfristige Stabilität der Vermögensdekonzentration von der Realisierbarkeit des jeweiligen Plans abhängig. Im Rahmen unserer Untersuchung haben wir die Realisierbarkeit der Pläne als generell gegeben unterstellt.

Literaturverzeichnis

A. Bücher und Aufsätze

- Arndt, Helmut Begriff und Arten der Konzentration,
u. Ollenburg, Günter in: Schriften des Vereins für Social-
politik, N.F., Bd. 20/I, Berlin 1960,
S. 3 ff.
- Bachmann, Herbert Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer,
Gewerkschaftliche Monatshefte, 4.Jg.,
1953, S. 208 ff.
- ders. Vermögensstreuung durch Tarifvertrag,
Recht der Arbeit, 10.Jg., 1957, S.451 ff.
- ders. Eigentumsstreuung über Sozialkapital,
Sozialer Fortschritt, 7.Jg., 1958,
S. 150 ff.
- ders. Die Bildung und Verteilung von Sozial-
kapital, Sozialer Fortschritt, 7.Jg.,
1958, S. 64 ff.
- ders. Irrtümer in der Miteigentums-Problematik,
Sozialer Fortschritt, 8.Jg., 1959,
S. 155 ff.
- Baumgart, Egon,
Krengel, Rolf
u. Moritz, Werner Die Finanzierung der industriellen Ex-
pansion in der Bundesrepublik während
der Jahre des Wiederaufbaus. Deutsches
Institut für Wirtschaftsforschung, N.F.,
Sonderheft Nr. 49, Berlin 1960
- Berghändler, Lothar Eigentum und Sozialordnung, Wirtschafts-
dienst, 35.Jg., 1955, S. 73 ff.
- Berle jr., A. H.
u. Means, G. C. The modern Corporation and private
Property, New York 1932

- Berndsen, Rudolf Der Depotbesitz an deutschen Aktien, Wirtschaft und Statistik, N.F., 11.Jg., 1959, S. 417 ff.
- Birnbaum, Hans Die Volksaktie. Privatisierung des Bundesvermögens, München 1960
- Bombach, Gottfried Die verschiedenen Ansätze der Verteilungstheorie, in: Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 17, Berlin 1959, S. 95 ff.
- ders. Preisstabilität, wirtschaftliches Wachstum und Einkommensverteilung, Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 95.Jg., 1959, S. 1 ff.
- Bosch, Werner Die Sozialstruktur in West- und Mitteldeutschland, Bonn 1958
- Bräuer, Karl (Hrsg.) Der Bund als Konzern-Unternehmer. Schriftenreihe des Bundes der Steuerzahler, Heft 7, Bad Wörishofen 1954
- Breidbach, H.-J. Privatisierung. Schriftenreihe des Deutschen Industrieinstituts, Heft 8, Köln 1960
- Büttner, H. W. Eigentumsstreuung über Sozialkapital, Sozialer Fortschritt, 7.Jg., 1958, S. 77 ff.
- ders. Sozialkapital bringt Eigentum für alle, welt der Arbeit v. 13.1.1961
- ders. Alles andere ist Vernebelung des eigentlichen Ziels, Junge Wirtschaft, 9.Jg., 1961, S. 51 ff.
- Claussen, Wilhelm Die Entwicklung der Eigentumsverhältnisse seit 1945, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 221 v.28.11.1961, S. 2077 ff.

- Coester, Franz Miteigentum und Vermögensbildung der Arbeitnehmer in der Marktwirtschaft. Schriftenreihe des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität Köln, Untersuchung Nr.8, Köln 1954
- Dittmar, Rupprecht Miteigentum - ein praktischer Vorschlag. Ein Gesetzesvorschlag über das Miteigentum der Arbeitnehmer, Hrsg.: Sozialausschüsse der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft, Königswinter 1957
- ders. Miteigentum - kein praktischer Vorschlag? Eine Antwort auf die Stellungnahme zu Miteigentum - ein praktischer Vorschlag, Hrsg.: Sozialausschüsse der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft, Königswinter 1958
- Duesenberry, J. S. Income-Consumption Relations and their Implications, in: Income, Employment and Public Policy. Essays in Honor of A.H. Hansen, New York 1948, S. 54 ff.
- ders. Income, Saving and the Theory of Consumers Behaviour, Cambridge (Mass.) 1949
- Ehrlicher, Werner Art. 'Vermögensabgaben', in: Staatslexikon, 6.Aufl., Bd. 8, Freiburg 1963, S. 177 ff.
- ders. Art. 'Vermögensteuer', in: Staatslexikon, 6.Aufl., Bd. 8, Freiburg 1963, S. 180 ff.
- Fandré, Helmut Zum Problem der Streuung des Eigentums an Unternehmungen, Berlin 1961
- Fisher, Allan G. B. Alternative techniques for promoting stability in a capitalistic society, American Economic Review, Bd. 40, 1950, S. 356 ff.

- Föhl, Carl Kritik der progressiven Einkommensbesteuerung, Finanzarchiv, N.F., Bd. 14, 1952/53, S. 88 ff.
- ders. Das Steuerparadoxon, Finanzarchiv, N.F., Bd. 17, 1956/57, S. 1 ff.
- ders. Über die Möglichkeiten einer Beeinflussung der Vermögensbildung und ihrer Verteilung, Finanzarchiv, N.F., Bd. 19, 1958/59, S. 132 ff.
- ders. Ursachen und Beeinflussbarkeit der Vermögenskonzentration, in: Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 22, Berlin 1961, S. 156 ff.
- Frentzel, Gerhard Die gewerbliche Betätigung der öffentlichen Hand. Schriftenreihe des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Bonn 1958
- Fürst, Gerhard Konzentration der Betriebe und Unternehmen, in: Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 20/I, Berlin 1960, S. 71 ff.
- Gleitze, Bruno Lohnpolitik und Vermögensverteilung, Sozialer Fortschritt, 6.Jg., 1957, S. 53 ff.
- ders. Die Bildung und Verteilung von Sozialkapital, Sozialer Fortschritt, 7.Jg., 1958, S. 32
- ders. Sozialkapital und Konjunktur, Konjunkturpolitik, 4.Jg., 1958, S. 257 ff.
- Grünig, Ferdinand Versuch einer Volksvermögens-Rechnung der Deutschen Bundesrepublik, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, N.F., Sonderheft Nr. 41, Berlin 1958

- Gunzert, Rudolf Was ist Konzentration? Frankfurt/M. 1960
- Haller, Heinz Finanzpolitik, 2.Aufl., Tübingen,
Zürich 1961
- Hankel, Wilhelm
u. Zweig, Gerhard Die Vermögensbildung der Arbeitnehmer
in der Marktwirtschaft, Sozialer Fort-
schritt, 6.Jg., 1957, S. 73 ff., 136 ff.,
159 ff.
- Hartmann, Alfred Art. 'Lastenausgleich', in: Staats-
lexikon, 6.Aufl., Bd. 5, Freiburg
1960, S. 285 ff.
- Häuser, Karl Die steuerliche Beeinflussung der Ein-
kommens- und Vermögenskonzentration in
der Bundesrepublik, in: Schriften des
Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd.
20/II, Berlin 1960, S. 1097 ff.
- Häussler, Erwin Zum Lohnstreik in der Metallindustrie,
Der Gewerkschafter, 2.Jg., 1954, Nr.6/7,
S. 21 ff.
- ders. Der Arbeitnehmer von morgen, 3.Aufl.,
Stuttgart 1956
- ders. Konturen einer neuen Schicht,
Stuttgart 1958
- ders. Zu neuen Ufern, Soziale Ordnung, 1958,
Nr. 6, S. 150 ff.
- Hermann, K. A. Art. 'Vermögensstatistik', in: Hand-
wörterbuch der Sozialwissenschaften,
Bd. 11, Göttingen 1961, S. 148 ff.
- Heyde, Ludwig Abriss der Sozialpolitik, 10.Aufl.,
Heidelberg 1953
- Hinkel, Karl Wirtschaftsprobleme am Jahresende, Der
Gewerkschafter, 1.Jg., 1953, Nr. 6/7,
S. 4 ff.

- Hinkel, Karl Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktionsmitteleigentum, Gewerkschaftliche Monatshefte, 7.Jg., 1956, S. 407 ff.
- Hirche, Kurt Die Kommödie der Privatisierung, 2. Aufl., Köln 1959
- ders. Das Experiment der Volksaktie, Köln 1961
- Höffner, Joseph Eigentumsstreuung als Ziel der Sozialpolitik, in: Eigentum und Eigentümer in unserer Gesellschaftsordnung. Veröffentlichungen der Walter-Raymond-Stiftung, Bd. 1, Köln/Opladen 1960, S. 34 ff.
- Hofstätter, P. H. Einführung in die Sozialpsychologie, Wien/Stuttgart 1954
- Huhle, Fritz Sparwille und Sparfähigkeit als Komponenten der Spartätigkeit, in: Beiträge zur Theorie des Sparens und der wirtschaftlichen Entwicklung. Schriften des Instituts für Spar-, Giro- und Kreditwesen, Bd. 1, Berlin 1958, S. 85 ff.
- Ismar, Heinz Die Konsum- und Investitionsfunktion.
- Lange, Günther Untersuchung für die Bundesrepublik u. v. Schweinitz, Hildur Deutschland. Forschungsberichte des Landes Nordrhein-Westfalen, Nr. 1024, Köln/Opladen 1962
- Jecht, Horst Staatliche Wirtschaftspolitik und Einkommensverteilung, in: Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 13, Berlin 1957, S. 126 ff.
- ders. Finanzpolitik und Kapitalbildung, Tübingen 1958
- Jostock, Paul Das Sozialprodukt und seine Verwendung, Paderborn o.J.

- Jostock, Paul Art. 'Volksvermögen', in: Staatslexikon, 6.Aufl., Bd. 8, Freiburg 1963, S. 359 ff.
- Jostock, Paul
u. Ander, Albert Konzentration der Einkommen und Vermögen, in: Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 20/I, Berlin 1960, S. 179 ff.
- Kaldor, Nicholas Alternative Theories of Distribution, Review of Economic Studies, Bd. 23, 1955/56, S. 83 ff.
- Kellerer, Hans Zur statistischen Messung der Konzentration, in: Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 20/I, Berlin 1960, S. 41 ff.
- Kloten, Norbert Finanzpolitik, Einkommensgestaltung und Vermögensschichtung, Ordo, Bd. 9, 1957, S. 199 ff.
- Krelle, Wilhelm Zur Wirkung der progressiven Einkommensbesteuerung, Finanzarchiv, N.F., Bd. 16, 1955/56, S. 22 ff.
- ders. Bestimmungsgründe der Einkommensverteilung in der modernen Wirtschaft, in: Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 13, 1957, S. 55 ff.
- Kuznets, Simon Shares of Upper Income Groups in Income and Savings, New York 1953
- LaRoche, Christian Empirische Konsum- und Sparfunktion, Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 86.Jg., 1950, S. 205 ff.
- Lauffs, Hans Unternehmenskonzentration beim Bund, in: Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 20/I, Berlin 1960, S. 523 ff.

- Leist, Klaus Investitionen und Sozialstruktur in Westdeutschland, Zürich 1956
- Libbert, Wolfram Gleichgewichtswerte für Preisniveau und Einkommensverteilung in einer wachsenden Wirtschaft, Berlin 1962
- Lindrath, Hermann Wege zur Reprivatisierung, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 1 v. 3.1.1958, S. 8 f.
- ders. Breite Streuung des Eigentums, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 42 v. 4.3.1959, S. 397 f.
- ders. Keine Freiheit ohne Eigentum, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 102 v. 10.6.1959, S. 1005 f.
- Lipfert, Helmut Gefahren der Konzentration für den Streubesitz, in: Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 20/III, Berlin 1960, S. 1661 ff.
- Littmann, Konrad Über einige Zwangsläufigkeiten der Vermögensverteilung in der Marktwirtschaft, Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 113, 1957, S. 205 ff.
- ders. Zunehmende Staatstätigkeit und wirtschaftliche Entwicklung, Köln/Opladen 1957
- v.Loesch, Achim Zur Problematik des Miteigentums, Berlin 1961
- Lorenz, Charlotte Art. 'Sozialstatistik', in: Handbuch der Soziologie, Hrsg.: W. Ziegenfuss, Stuttgart 1955, S. 331 ff.

- Lydall, H. F. British Incomes and Savings, Oxford 1955
- Marx, Karl Das Kapital, Bd. 1, Hrsg.: K. Kautsky,
Stuttgart 1914
- Michel, Hartmut Eigentumspolitik, Tübingen 1962
- Modigliani, Francesco Fluctuations in the Saving-Income
Ratio: A Problem in Economic Forecasting,
in: National Bureau of Economic Research,
Studies in Income and Wealth, Vol. II,
New York 1949, S. 371 ff.
- Müller, J. Heinz Nivellierung und Differenzierung der
Arbeitseinkommen in Deutschland seit
1925, Berlin 1954
- ders. Wirtschaftliche Fragen der Bildung
breitgestreuten Eigentums, Ordo, Bd.
10, 1958, S. 291 ff.
- ders. Art. 'Konzentration', in: Staatslexikon,
6.Aufl., Bd. 5, Freiburg 1960, S. 16 ff.
- ders. Konzentration und Wettbewerb, in:
Schriften des Vereins für Socialpolitik,
N.F., Bd. 22, Berlin 1961, S. 117 ff.
- ders. Die Bildung breitgestreuten Eigentums
als Mittel der Gesellschaftspolitik,
in: Naturordnung, Festschrift für
J. Messner, Innsbruck 1961, S. 316 ff.
- v.Nell-Breuning, Oswald, Eigentumsbildung in Arceiterhand,
Paderborn o.J., 2.Aufl. 1955
- ders. Konsumlohn - Investitionslohn, Der
Gewerkschafter, 2.Jg., 1954, Nr. 1,
S. 11 ff.
- ders. Sparen ohne Konsumverzicht, Der Volks-
wirt, 11.Jg., 1957, S. 2051 ff.

- v.Nell-Breuning, Oswald, Wirtschaft und Gesellschaft heute,
Bd. 1: Grundfragen, Freiburg 1956
- ders. Wirtschaft und Gesellschaft heute,
Bd. 3: Zeitfragen 1955 - 1959,
Freiburg 1960
- ders. Der Lohn als Erwerbsmittel und Eigentumsquelle, in: Eigentum und Eigentümer in unserer Gesellschaftsordnung. Veröffentlichungen der Walter-Raymond-Stiftung, Bd. 1, Köln/Opladen 1960, S. 51 ff.
- Neumark, Fritz Grundsätze und Arten der Haushaltsführung und Finanzbedarfsdeckung, in: Handbuch der Finanzwissenschaft, 2.Aufl., Bd. 1, Tübingen 1952, S. 606 ff.
- Oberhauser, Alois Die wirtschaftlichen Auswirkungen und Grenzen des Investivlohnes. Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland, IV. Eigentum, Heft 2, Paderborn o.J.
- ders. Finanzpolitik und private Vermögensbildung, Köln/Opladen 1963
- Preiser, Erich Der Kapitalbegriff und die neuere Theorie, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 165, 1953, S. 241 ff.
- ders. Erkenntniswert und Grenzen der Grenzproduktivitätstheorie, Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, Bd. 89, 1953, S. 25 ff.
- ders. Multiplikatorprozess und dynamischer Unternehmergewinn, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 167, 1955, S. 89 ff.

- Rüstow, Alexander Zwischen Kapitalismus und Kommunismus, Ordo, Bd. 2, 1949, S. 100 ff.
- Samuelson, P. A. Volkswirtschaftslehre, 2.Aufl. (Übersetzung nach der 3.Aufl. im Original), Köln-Deutz 1955
- Schmidt, Kurt Die Steuerprogression, Basel/Tübingen 1960
- Schreiber, Wilfrid Vermögensbildung in breiten Schichten. Schriftenreihe des Bundes Katholischer Unternehmer, N.F., 4, Köln 1958
- ders. Investieren, Sparen, Wirtschaftswachstum und Eigentumsbildung, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 171, 1959, S. 251 ff.
- Spiegelhalter, Franz Eigentumsbildung. Pläne und Möglichkeiten, Neuwied am Rhein 1959
- Vogel, Otto Begriff, Typen und Wirkungen der Unternehmenskonzentration. Deutsches Industrieinstitut, Berichte zur Wirtschaftspolitik, Nr. 1/1959, Köln 1959
- Weisser, Gerhard Die Eigentumsbildung als Mittel sozialen Ausgleichs, Wirtschaftsdienst, 35.Jg., 1955, S. 84 ff.
- Wolkersdorf, Lorenz Zur Frage der Vermögensbildung in breiten Schichten, Finanzarchiv, N.F., Bd. 20, 1959/60, S. 74 ff.
- Zeitel, Gerhard Die Steuerlastverteilung in der Bundesrepublik Deutschland, Tübingen 1959
- Zimmermann, Karl Vermögensbildung und Selbstfinanzierung bei den industriellen Aktiengesellschaften seit der Währungsreform, WWI-Mitteilungen, 13.Jg., 1960, S. 135 ff.

B. Sonstige Veröffentlichungen

Allgemeine Vorbemerkungen zum Entwurf des Bundeshaushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1960, Anlage zur Bundestagsdrucksache 1400

Bundesministerium für wirtschaftlichen Besitz des Bundes (Hrsg.), Der Bund als Unternehmer, Bad Godesberg 1960

Bund der Steuerzahler (Hrsg.), Die Bundes-Konzerne. Schach dem Staatskapitalismus durch Privatisierung. Schriftenreihe des Bundes der Steuerzahler, Heft 10, Bad Wörrishofen 1957

'Gerechte Vermögensbildung', Antrag Nr. 46 des Parteivorstandes nebst Arbeitsunterlage, in: Vorlage Nr. 3, Anträge 1 - 81 des Parteitags der SPD in Hannover vom 21.-25. November 1960

Protokollauszug des Parteitags der SPD in Hannover vom 21.-25. November 1960

Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 2 v. 12.1.1957, S. 70; Nr. 238 v. 30.12.1958, S. 2378

Gesetz über die Überführung der Anteilsrechte an der Volkswagenwerk-GmbH in private Hand, Bundesgesetzblatt, Bd. I, Nr. 39 v. 27.7.1960

Gesetzesvorschlag der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag über die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand, Deutscher Bundestag, 2. Wahlperiode, 1953, Drucksache 2712

Miteigentum der Arbeitnehmer, eine Stellungnahme der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Hrsg.: Hauptvorstand der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Abtlg. Wirtschaftspolitik und Betriebsverfassung, Hamburg 1955

Deutsche Bundesbank, Die Vermögensbildung und ihre Finanzierung im Jahre 1959, Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Juli 1960, S. 55 ff.

" " Die Vermögensbildung und ihre Finanzierung im Jahre 1961, Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Juli 1962, S. 57 ff.

Deutsche Bundesbank, Die Vermögensbildung und ihre Finanzierung im Jahre 1962, Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Mai 1963, S. 3 ff.

Statistisches Bundesamt, Das Eigentum am Kapital der deutschen Aktiengesellschaften, Wirtschaft und Statistik, N.F., 9.Jg., 1957, S.

" " Das Eigentum am Kapital der deutschen Aktiengesellschaften, Wirtschaft und Statistik, N.F., 11.Jg., 1959, S.76 ff.

" " Das Eigentum am Kapital der deutschen Aktiengesellschaften, Statistik der BRD, Bd. 188, Stuttgart/Mainz 1957

" " Finanzen und Steuern, Reihe 6: Einkommen- und Vermögensteuern, IV. Einheitswerte der gewerblichen Betriebe, Stand: 1.1.1957, Stuttgart/Mainz 1961

" " Finanzen und Steuern, Reihe 6: Einkommen- und Vermögensteuern, I. Einkommen- und Körperschaftsteuer 1954 und 1957, Stuttgart/Mainz 1962

Statistisches Jahrbuch des Deutschen Reiches 1937, S. 416

Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1961, S. 444 u. 1963, S. 138, 544

o. V., Sparen, ohne zu sparen? Die Aussprache, 7.Jg., 1957, S. 325 ff.

Volkswirtschaft, Pressedienst der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Nr. 299 v. 2.11.1960

Lebenslauf

Am 15.4.1934 wurde ich als Sohn des Ingenieurs Robert Dietrichs und seiner Ehefrau Anna, geb. Preßl, in Hannover geboren.

Von 1940 bis 1943 besuchte ich die Volksschule in Berlin und danach bis 1944 in Helmstedt. Dort wurde ich anschliessend in das Gymnasium Juleanum aufgenommen und besuchte ab 1950 das Naturwissenschaftliche Gymnasium in Wuppertal-Vohwinkel, wo ich im März 1954 die Reifeprüfung bestand.

Im Mai 1954 begann ich das Studium der Volkswirtschaft an der Universität Bonn, das ich nach neun Semestern im Juli 1958 mit dem Diplomexamen für Volkswirte abschloss.

Im Oktober 1958 übernahm ich eine Dissertation bei Herrn Prof. Dr. J. Heinz Müller, der mich als wissenschaftlichen Mitarbeiter in seinem Institut für Allgemeine Wirtschaftsforschung der Universität Freiburg einstellte und mir im Januar 1962 eine wissenschaftliche Assistentenstelle übertrug.

